

DER BAYERISCHE LANDRAT

1829—1848

Eine Studie über dessen Einführung und Entwicklung unter besonderer Würdigung der Tätigkeit der mittelfränkischen Landratsversammlung. Ein Beitrag zur Geschichte der Selbstverwaltung in Bayern im 19. Jahrhundert.

Inaugural-Dissertation
der Juristischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von
Peter Pierer von Esch
aus Wien

Approbiert am: 1. Dezember 1960

1960

Referent: Professor D. Dr. Hans Liermann
Dekan: Professor Dr. Schnorr v. Carolsfeld

DER BAYERISCHE LANDRAT 1829—1848

Eine Studie über dessen Einführung und Entwicklung unter besonderer Würdigung der Tätigkeit der mittelfränkischen Landratsversammlung. Ein Beitrag zur Geschichte der Selbstverwaltung in Bayern im 19. Jahrhundert.

Inaugural-Dissertation
der Juristischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von
Peter Pierer von Esch
aus Wien

Approbiert am: 1. Dezember 1960

Referent: Professor D. Dr. Hans Liermann
Dekan: Professor Dr. Schnorr v. Carolsfeld



INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
1. Kapitel: Die Geschichte des Landrates	3
2. Kapitel: Die Wahl der Landräte im Rezatkreis	21
3. Kapitel: Der Geschäftsgang des Landrates	31
4. Kapitel: Die Zuständigkeit des Landrates in Theorie und Praxis	33
5. Kapitel: Die Tätigkeit des mittelfränkischen Landrates im einzelnen	43
a) Die öffentliche Verwaltung und die Justiz	43
b) Das Verkehrswesen	47
c) Das Schulwesen	51
d) Die Errichtung der Heil- und Pflegeanstalt in Erlangen	53
e) Der Handel und das Gewerbe	59
f) Die Landwirtschaft	63
6. Kapitel: Das Landrats-Gesetz und die Verfassung von 1818	64
7. Kapitel: Die Entwicklung der vormärzlichen Selbstverwaltung in den übrigen süddeutschen Mittelstaaten	69
8. Kapitel: Der Landrat im Spiegel der Gesandtschaftsberichte	71
Schlußwort	76
Quellen- und Literaturverzeichnis	78
Abkürzungsverzeichnis	80
Anhang	80
a) Die Landratsmitglieder des Rezatkreises (von Mittelfranken) von 1829—1848	80
b) Die Aufstellung der Landratsakten im Bayer. Staatsarchiv Nürnberg	86



Digitized by the Internet Archive
in 2026

EINLEITUNG

Die Bedeutung des Begriffs „Landrat“ hat sich innerhalb der letzten 50 Jahre stark gewandelt. Die 1938 reichseinheitlich festgesetzte Bezeichnung „Landrat“ für den verantwortlichen Leiter eines Landkreises, die heute noch Gültigkeit besitzt, ließ nahezu vergessen, daß bis 1919 der Landrat in Bayern eine bedeutsame und ehrwürdige Verwaltungsinstitution beinhaltete: eine oberste Repräsentation der ganzen Landschaft, eine Körperschaft mit dem Recht, bestimmte Angelegenheiten des Regierungsbezirks in Selbstverwaltung zu führen und den zentralen Staatsorganen von sich aus Wünsche und Anregungen zu geben¹. In der vorliegenden Arbeit soll zunächst die Entstehungsgeschichte des „alten“ bayerischen Landrates vom Jahre 1828 und anschließend die Tätigkeit der Landratsversammlungen im Rezatkreis (= ab 1837 Mittelfranken) in der Zeit von 1828 bis 1848 untersucht und dargestellt werden.

Da nur spärliche Quellen über diesen historischen Landrat vorliegen, ist auch die diesbezügliche Literatur wenig umfangreich. Speziell das Wirken des Landrats im diesseitigen Königreich Bayern ist noch in keiner Darstellung eingehender gewürdigt worden.

Wenn sich der zweite Teil dieser Arbeit mit den Landratsverhandlungen im Rezatkreis beschäftigt, so geschieht dies in erster Linie deshalb, weil von sämtlichen bayerischen Kreisarchiven das Staatsarchiv für Mittelfranken in Nürnberg über die umfangreichsten Landratsakten verfügt. Der größte Teil des einschlägigen Aktenbestandes scheint im Verlauf des zweiten Weltkrieges in München vernichtet worden zu sein².

Ein Vergleich der gedruckten Landratsprotokolle ergibt, daß die mannigfaltigen Probleme, mit denen sich der Landrat in den ersten 20 Jahren seines Bestehens in den verschiedenen bayerischen Kreisen auseinandergesetzt hat, teilweise in Befolgung der Vorschriften des Gesetzes von 1828, teilweise auch in Überschreitung seiner gesetzlichen Zuständigkeit, weitgehend überall dieselben gewesen sind. Die

¹ R. Schreiber, Vom Landrat zum Bezirksverband der Pfalz, (In Pfälzischen Heimatblättern, 1954, S. 19).

² Wie Nachforschungen ergaben, sind für die Zeit von 1828—1848, abgesehen von dem fast lückenlosen Bestand im Kreisarchiv für Mittelfranken in Nürnberg, noch in folgenden Archiven vereinzelte Landratsakten vorhanden: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abteilung I (Allgemeines Staatsarchiv), Abteilung V (Staatsarchiv für Oberbayern), Geheimes Staatsarchiv und Geheimes Hausarchiv; ferner in den Staatsarchiven für Oberfranken (Bamberg), Unterfranken (Würzburg) und für Schwaben (Neuburg a. D.). Während im Staatsarchiv für die Oberpfalz (Amberg) einige Akten über die Einführung, Wahl und Ernennung der Landräte liegen, weist das Staatsarchiv für Niederbayern (Landshut) überhaupt kein einschlägiges Aktenmaterial auf. Die einzigen noch erhaltenen, zusammenhängenden Originalunterlagen von Verhandlungen der bayerischen Landräte aus den ersten 20 Jahren ihres Bestehens befinden sich in dem Bamberger Archiv. Es handelt sich dabei um Akten des oberfränkischen Landratspräsidiums. Alle anderen Landratsakten in den aufgeführten Archiven sind Regierungsakten über den Landrat.

Untersuchung der damaligen Verhältnisse im Rezatkreis darf aus diesem Grund auch stellvertretend für die übrigen Kreise gelten.

Bei der Darstellung der Landratstätigkeit ist der Bearbeiter bewußt nicht von einer chronologischen Wiedergabe aller Beratungen und Beschlüsse ausgegangen, sondern er hat versucht, im Anschluß an einen kurzen Umriss des Zuständigkeitsbereiches einzelne Sachgebiete zusammenzufassen, um auf diese Weise dem Leser einen besseren Überblick zu verschaffen. Es erschien ratsam, sich nicht immer auf eine bloße Zitierung der gefaßten Beschlüsse oder der an den König gestellten Anträge zu beschränken, sondern je nach Wichtigkeit von Fall zu Fall auch die Gesamtsituation auf dem jeweiligen Sektor kurz zu schildern und die Gründe anzuführen, die den Landrat zu seiner Stellungnahme bewogen.

Der Schwerpunkt der für die vorliegende Arbeit herangezogenen Quellen lag auf Regierungsakten, offiziellen Gesetzestexten, Landratsprotokollen und den jeweils im Kreis-Intelligenzblatt veröffentlichten Landratsabschieden. Das Aktenmaterial befand sich in der Hauptsache im Staatsarchiv für Mittelfranken in Nürnberg, daneben noch in den verschiedenen Abteilungen des Bayerischen Hauptstaatsarchives München und im Staatsarchiv für Oberfranken in Bamberg.

Mein aufrichtiger Dank gebührt Herrn Professor Dr. D. Liermann, der die Arbeit annahm und mir seine wohlwollende Unterstützung zuteil werden ließ. Herr Professor Dr. Spindler (München) und der leider inzwischen verstorbene Herr Professor Dr. Zimmermann (Erlangen) gaben mir wertvolle Hinweise. Auch den Herren Professor Dr. Rall (München), Oberstudienrat Dr. Baumann (Speyer) und Archivrat Dr. Zittel (München), die mir fördernd zur Seite standen, gilt mein Dank. Ganz besonders fühle ich mich Herrn Archivrat Dr. Hirschmann für seine liebenswürdige Betreuung im Nürnberger Staatsarchiv verpflichtet.

1. Kapitel

Die Geschichte des Landrates

Es steht fest, daß den unmittelbaren Anstoß zu dem durch König Ludwig im Jahre 1828 für ganz Bayern erlassenen Landratsgesetz das französische Vorbild gab. Ungeklärt ist aber die Frage, inwieweit bei der Einführung der Landräte, insbesondere bei der Namensgebung — im Rheinkreis bestand diese Institution schon seit 1816 — auch preußische Einflüsse eine Rolle spielten. Schreiber¹ weist darauf hin, daß der Name „Landrat“ damals eigentlich nur in Preußen eingelebt war, wo er allerdings kein Gremium, sondern eine Einzelperson, nämlich den leitenden Beamten der Kreisverwaltung, bezeichnete². Die Möglichkeit einer preußischen Beeinflussung folgert Schreiber aus der Tatsache, daß der erste Gouverneur des Generalgouvernements Mittelrhein der seinerzeit von Napoleon geächtete Berliner Polizeipräsident Justus Gruner war. Dereser³ hält bezüglich der Namensgebung ebenfalls eine Ausstrahlung von seiten der preußischen Verwaltung für wahrscheinlich.

Unter diesen Umständen scheint ein kurzer Rückblick auf die preußischen Wurzeln des Landratsamtes nicht uninteressant. Dabei ergibt sich überraschenderweise, daß die in verschiedenen deutschen Staaten bereits im 16. Jahrhundert auftauchenden Landräte zu dieser Zeit als Berater ihres Landesherrn mit dem späteren bayerischen Landrat bezüglich ihres Aufgabenbereiches eine erheblich größere Ähnlichkeit aufweisen als der preußische Landrat des 19. Jahrhunderts.

Die damaligen „Land-Räte“, oder an anderen Orten „Landes-Älteste“ genannt⁴, hingen eng mit den Landständen zusammen⁵. Das Bestehen von Landräten ist für zahlreiche Fürstentümer, Herzogtümer, Grafschaften und Bistümer nachweisbar⁶.

Das Landratsamt entstand in der Mark Brandenburg und wurde erst später in die anderen Gebietsteile der nachmaligen preußischen Monarchie verpflanzt⁷. Die Anfänge der ständischen Organe, in denen die eine Grundlage für das Landratsamt zu erblicken ist, fallen in die Zeit, als die Macht und das Ansehen der Landstände in der Mark Brandenburg in höchster Blüte standen⁸. Die andere Grund-

¹ Schreiber, a. a. O., S. 19.

² Es lag im Zug der Politik des Fürsten Hardenberg, die einen absoluten Beamtenstaat zum Ziel hatte, daß damals der preußische Landrat seiner Doppelstellung als Vertreter der Kreisstände und als königlicher Verwaltungsbeamter entkleidet und ausschließlich zum Staatsbeamten, zum Träger der Selbstverwaltung geworden war. Vgl. Bornhak, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, S. 394/395.

³ Vgl. F. Dereser, Der Landrat der Pfalz im Vormärz, S. 31.

⁴ J. Moser, „Von der Teutschen Reichs-Stände Landen“, S. 741.

⁵ Die ersten Schriften, in denen Landstände erwähnt werden, sind von Moser, a. a. O., S. 313, zusammengestellt.

⁶ Moser, a. a. O., S. 741.

⁷ F. Gelpke, Die Geschichtliche Entwicklung des Landratsamtes der preußischen Monarchie, S. 2.

⁸ Gelpke, a. a. O., S. 3.

lage bildet das kurfürstliche Landeskommissariat. Aus diesen beiden verschiedenen Elementen hervorgegangen entwickelte sich das Amt in Preußen zu einem Denkmal der ständischen Verfassung des 16. und 17. Jahrhunderts. Es wurde zu einem Bindeglied zwischen jener Verfassung und dem absoluten Staat und gestaltete sich in glücklicher Vereinigung des ständischen mit dem monarchischen Prinzip zum Träger der universalen Verwaltung im Lande⁹.

Bereits in Urkunden aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ist in Brandenburg von Landräten als einer bestehenden Einrichtung die Rede. Im Landtagsrezeß vom Jahre 1540 spricht Kurfürst Joachim II. noch von den Landständen, als er ihnen die Zusicherung gab, „keine wichtigen Sachen, daran des Landes Gedeih oder Verderb gelegen, ohne Unsern gemeinen Landständen Vorwissen und Rat schließen oder fürnehmen“ zu wollen¹⁰. Zehn Jahre später werden die Landräte schon ausdrücklich erwähnt. So heißt es in dem Landtagsabschied vom Dienstag nach Dionysii im Jahre 1550: „Zum anderen, wollen Wir auch Land-Räte vom Adel verordnen, welche, neben Unseren Hof-Räten bei Beratschlagung der Sachen, zu denen Quartalen sollen mitsitzen und gebraucht werden“¹¹. Während die Landräte den Landständen entstammten, kamen die Hofräte aus der kurfürstlichen Umgebung. Besonderes Ansehen genossen die Landräte in dem Herzogtum Mecklenburg. Dort oblag ihnen vor allem die Vertretung der Interessen der Ritterschaft gegenüber dem Landesherrn. Bei der Vereidigung mußten die Landräte ehrliche Beratschlagung und größte Verschwiegenheit versprechen¹². „Des Vaterlands Nutz und Frommen bestermaßen nach Möglichkeit zu befördern“ verpflichteten sie sich in Pommern¹³.

In dem Königlich Preußischen Rangreglement von 1705 sind die Landräte nach den Obrist-Lieutnants, den königlichen Kammerjunkern, den Ober-Forstmeistern und den Amt-Hauptleuten an der 72. Stelle eingeordnet. Es folgen an der 73. Position die anderen Stallmeister des Königs. Höher waren die Landräte in Mecklenburg und in Vorpommern eingestuft. In Mecklenburg standen sie wirklichen geheimen Räten gleich, in Vorpommern rangierten sie noch vor den Obrist-Lieutnants. Ähnlich verschieden wie ihre rangmäßige Klassifizierung waren der Wirkungskreis und die Zahl der Landräte in den einzelnen Ländern. Im allgemeinen dürfte ihre Hauptaufgabe in der Beratung der Landesherrn bestanden haben. Die meisten Landratsmitglieder, nämlich 39, hatte Holstein zu verzeichnen.

Zur Frage, auf welche Weise die Landräte in das Amt berufen wurden, vertritt Isaaksohn¹⁴ die Ansicht, daß sie in den einzelnen Provinzen von den Landständen gewählt und dann ihre Ernennung vom Kurfürsten bestätigt worden sei.

Glaubhafter erscheint die Meinung von Gelpke¹⁵, daß der Landesherr die Landräte selbständig berief und sie in geringerem Maße Vertreter der Stände, als vielmehr kurfürstliche Beamte waren. Es wird nämlich an keiner Stelle in den Ur-

⁹ Gelpke, a. a. O., S. 1.

¹⁰ Corpus Constitutionum Marchicarum, von Chr. v. Mylius, Teil VI, Band 1, Sp. 61.

¹¹ Corpus Constitutionum Marchicarum, a. a. O., Sp. 88.

¹² Der genaue Eidestext bei Moser, a. a. O., S. 756.

¹³ Moser, a. a. O., S. 758.

¹⁴ S. Isaaksohn, Geschichte des preußischen Beamtenthums, Band 2, S. 312.

¹⁵ Gelpke, a. a. O., S. 22.

kunden, in denen Landräte erwähnt werden, von ihrer Wahl gesprochen. Hätten die Landräte eine Vertretung der Stände dargestellt, so hätte Kurfürst Joachim Friedrich im Jahre 1599 nicht die Bildung einer solchen ständischen Vertretung anzuregen brauchen¹⁶. Dennoch dürften die Landräte bei ihrer Funktion im Staatsdienst besonders die Interessen ihres Standes berücksichtigt haben.

In ihr Amt berufen wurden die Landräte teils für wenige Jahre, teils auf Lebenszeit. In Mecklenburg erhielten sie eine Besoldung von jährlich 200 Talern und bei ihren Zusammenkünften zusätzlich pro Tag vier Taler. Infolge der kurfürstlichen Politik am Anfang des 17. Jahrhunderts und der ungeordneten Zustände während des 30jährigen Krieges scheint das Landratsamt vorübergehend außer Übung gekommen zu sein. Daß diese Einrichtung 1653 nicht mehr bestand, ist daraus zu schließen, daß in dem Landtagsrezeß vom 26. Juli 1653 nur noch von Land-Ständen die Rede ist¹⁷, sowie aus dem Fehlen der Landräte in dem Rangreglement vom 13. August 1688¹⁸.

Da jedoch das Beispiel Frankreichs, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Europa als Land des Fortschritts galt, für die in Bayern erfolgte Einrichtung der Landräte in erster Linie maßgeblich war, soll nunmehr, bevor die interne bayerische Entwicklung betrachtet wird, auf die französischen Wurzeln des Landrates beziehungsweise seiner Vorgänger näher eingegangen werden.

Die ersten Anfänge des Landrats in Frankreich liegen noch vor der Revolution in den Zeiten der alten Monarchie¹⁹, in denen die Provinzialversammlungen (*administrations provinciales*) dem König als Verwaltungsorgane treu an die Hand gehen. Zur Entstehung dieser Versammlungen zum Schutz des Landmannes gegen behördliche Willkür haben Mirabeau-Vater²⁰ und die Oekonomisten den ersten Anstoß gegeben. Ihre Einführung durch Ludwig XV. scheiterte trotz der wohlwollenden Haltung des Königs und Richelieus an dem Einfluß der Beamten, die in dem Landrat eine unangenehme Kontrolle sahen. Erst unter Ludwig XVI.²¹ wurde diese Institution von Jacques Necker²² in das Leben gerufen. Er übergab dem König im Jahre 1778 eine Denkschrift über Provinzialverwaltungen und erreichte in einigen Provinzen die versuchsweise Einberufung von Provinzialversammlungen.

Die Idee der Provinzialadministrationen ging bei der Neugestaltung Frankreichs in der Revolution nicht verloren, obwohl die Nationalversammlung 1789 diese Provinzialversammlungen aufgelöst hatte und an Stelle der bisherigen Provinzen nunmehr 83 Departements traten. Dem Departement, als der höchsten Verwaltungseinheit, standen neben dem Präfekten ein Präfekturrat (*conseil général de département*) vor²³, der sich alljährlich einmal auf höchstens 15 Tage versammelte. Dieser Departementsrat hatte sich in erster Linie mit Steuerfragen zu be-

¹⁶ Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, hersg. von L. Erdmannsdorfer, Band 10, S. 12 ff.

¹⁷ *Corpus Constitutionum Marchicarum*, a. a. O., Sp. 434.

¹⁸ *Corpus Constitutionum Marchicarum*, a. a. O., Sp. 587.

¹⁹ Vortrag des Freiherrn von Closen im 3. Ausschuß in Verhandlungen der 2. Kammer 1827/28 Beilagen Band VII S. 16 ff.

²⁰ Französischer Nationalökonom, geb. 3. 10. 1715, gest. 13. 7. 1789.

²¹ Regierungszeit 1774–1792.

²² Ab Juni 1777 französischer Finanzminister.

²³ Eingeführt in Frankreich durch das Gesetz vom 28. Pluiose VIII = 17. Februar 1800.

schäftigen. Unter Napoleon war er ein abhängiges Organ der Staatsgewalt, ohne eigentliche Selbständigkeit. Seine eng begrenzten Befugnisse lassen sich mit modernen Begriffen von demokratischer Selbstverwaltung nicht erfassen. Als Napoleon diese beratende Körperschaft wieder einführte, hatte er wohl kaum eine Stärkung des demokratischen Bewußtseins der Bürger im Auge, sondern wollte dem Volke einen für die Führung des Staates ungefährlichen und im Grund auch unbedeutenden Anteil an den Verwaltungsgeschäften geben²⁴.

Immerhin stellte der Departementsrat praktisch den direkten Vorläufer des späteren bayerischen Landrats dar. Nach dem Übergang jenes Gebietes, das man als die „bayerischen Besitzungen am Rhein“ bezeichnete, an die Krone Bayerns, trat am 25. Oktober 1816 in Kaiserslautern ein Wahlkollegium zur Wahl von 40 Kandidaten zusammen. Aus der Mitte dieser Kandidaten bestimmte die Staatsregierung in München 20 Mitglieder für das neue Gremium, das sich nun nicht mehr „Departement“, sondern „Landrat“ nannte.

In einer königlichen Entschließung vom 7. September 1816 an die Hofkommission in Speyer hatte es geheißsen, daß „dieser Departementalrat zunächst billig ein Surrogat der Landstände oder der Landesrepräsentation, nach welcher dermal das Verlangen so allgemein sich anspreche, sein werde“²⁵.

In Bayern werden schon in der Konstitution vom 1. Mai 1808²⁶, dem Ausgangspunkt der Schaffung eines einheitlichen bayerischen Staates und einer einheitlichen bayerischen Staatsverfassung, Kreisversammlungen und Kreisdeputationen erwähnt²⁷. Als ihre Doppelaufgabe war vorgesehen, die zur Bestreitung der Lokal Ausgaben nötigen Auflagen vorzuschlagen und Vorschläge und Wünsche für die Verbesserung des Zustandes des Kreises zu machen. Die Vorschläge sollten über das Innenministerium an den König gelangen. Infolge der dauernden Kriegswirren unterblieb jedoch vorerst die praktische Verwirklichung der geplanten Kreisvertretungen.

Ebenso sah der Verfassungsentwurf von 1814/15 neben der allgemeinen Nationalrepräsentation Kreisdeputationen und Landräte vor. Doch auch dieser zweite Versuch, Kreisvertretungen zu schaffen, mißlang, da durch Nebenversammlungen von Provinzialständen eine Schwächung der Einheit des Staates und andererseits eine Stärkung des Provinzialgeistes befürchtet wurde. Es wurde sogar die Besorgnis laut, die Kreisregierungen möchten in diesen Provinzialversammlungen ein Mittel finden, um das durchzusetzen, was man ihnen auf dem gewöhnlichen Weg verweigern würde²⁸. Auch der Kronprinz Ludwig sprach sich gegen die Kreisdeputationen „als die Geschäfte unnütz vermehrende, neue Unkosten machende, Spaltung veranlassen könnende Einrichtung“ aus²⁹.

Der Plan eines Landrates, taucht abermals in der Verordnung vom 2. Februar 1817³⁰ über die Bildung und Einrichtung der obersten Stellen des Staates und

²⁴ W. Marx, Die Geschichte des pfälzischen Landrats, S. 8.

²⁵ W. Marx, a. a. O., S. 10.

²⁶ Regierungsblatt 1808, S. 985.

²⁷ Titel 3 § IV und Titel 4.

²⁸ M. Doeberl, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, S. 57.

²⁹ M. Seydel, Bayerisches Staatsrecht, Band I, S. 217, Anmerkung 1.

³⁰ König Max Joseph entließ an diesem Tag Montgelas.

in der Staatsratsinstruktion vom 3. Mai 1817 auf³¹. Der Artikel VIII der Verordnung vom 2. Februar lautet: „Zur Begründung der Repräsentation, welche das Vertrauen des Volkes und die Kraft der Regierung in sich zu vereinigen geneigt ist, soll alljährlich in den Kreisen ein Landrat zusammenberufen und über die durch den Staatsrat ihm vorzulegenden Gegenstände der Gesetzgebung und Belegung in seinem Gutachten vernommen werden.“ Dieser Artikel hatte aber anscheinend nur provisorischen Charakter, denn es ist in ihm nicht einmal erwähnt, aus welchen Personen sich der Landrat zusammensetzen sollte. Trotzdem sind in ihm und in den ergänzenden Bestimmungen einige von der Verfassung von 1808 abweichende Gedanken enthalten. Der Landrat, nunmehr allgemeine Versammlung und Deputation in einem, unterstand nicht mehr wie in der Verfassung von 1808 dem Innenministerium, sondern dem Staatsrat. Dadurch wurde der Staatsrat in gewisser Beziehung auch zu einem Ersatz der Nationalrepräsentation. Er wurde beauftragt, mit den Landräten zu verhandeln und ihre Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen³². Wie aus einem Bericht des österreichischen Legationssekretärs Weißenberg vom 26. Dezember 1816 hervorgeht, waren diese Provinziallandräte als Surrogat für eine landständische Verfassung gedacht³³.

Es zeigte sich jedoch bald, daß man die Schaffung der Landräte nicht für dringend hielt, sondern den Staatsrat selbst als Beamtenparlament an die Stelle der ständischen Vertretung setzen wollte. Der Staatsrat sollte durch Vertreter aus den verschiedenen Kreisen ergänzt werden, und das Innenministerium wurde angewiesen, geeignete Kandidaten vorzuschlagen³⁴. Dieser geplante Ausbau des Staatsrates scheiterte jedoch. Ebensowenig wurde das durch das Visitationsrecht des Staates angestrebte engere Verhältnis zwischen Kreis und Regierung praktisch verwirklicht.

In der Verfassung vom 26. Mai 1818³⁵ fanden die Landräte sogar überhaupt keine Erwähnung mehr. Daß aber der Gedanke einer intensiveren Mitarbeit weiterer Volkskreise am staatlichen Geschehen immer mehr in den Vordergrund rückt, zeigten die einleitenden Worte der Verfassungsurkunde, in der von der „Wiederbelebung der Gemeindekörper durch die Wiedergabe der Verwaltung der ihr Wohl zunächst berührenden Angelegenheiten“ die Rede war. Auch die Absicht des am 17. Mai 1818 für das rechtsrheinische Bayern verkündeten Gemeindeedikts³⁶ war es, den Gemeinden ihr Selbstverwaltungsrecht durch Schaffung freigewählter Gemeindeorgane und durch die Gewährung eines umfassenden Wirkungskreises bei gleichzeitiger Beschränkung der Staatsaufsicht zurückzugeben³⁷. Bei dem ersten Zusammentritt der Ständeversammlung im Jahre 1819 wurde der Gedanke der Einführung von Landräten für das gesamte Königreich wieder aufgegriffen. Da-

³¹ Vgl. B. Zittel in Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 1955, Heft 3/4, S. 39; Döllinger, Band II, S. 331.

³² K. O. v. Aretin, Der Sturz des Grafen Montgelas (in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Band 20, Heft 1, S. 117).

³³ Gesandtschaftsberichte aus München Abt. II: Die Berichte der österreichischen Gesandten, bearbeitet von A. Chroust, Band 1, Nr. 104, S. 130.

³⁴ Vgl. Kabinettsorder vom 4. 3. 1817, HStA M, Ministerium des Inneren 45 406.

³⁵ Gesetzblatt 1818 S. 101; Döllinger, Band I, S. 380.

³⁶ Gesetzblatt 1818, Stück V S. 49; Döllinger XI, S. 35.

³⁷ Vgl. M. v. Pölnitz, Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, S. 28 ff.

bei mag es eine Rolle gespielt haben, daß der vorerst nur im Rheinkreis existierende Landrat die Erwartungen des Monarchen und der Staatsregierung nicht enttäuscht hatte. Der Abschied sprach die Zufriedenheit des Königs „über die freimütigen mit Bescheidenheit und schuldiger Ehrfurcht geäußerten Meinungen“ aus³⁸.

Diese für Bayern neue Einrichtung fand jedenfalls in den diesseitigen bayerischen Kreisen schnell Freunde. Der Abgeordnete Abendanz stellte am 24. Februar 1819 in der ersten Ständeversammlung den Antrag, „die Landräte, wie sie im Rheinkreis bestehen, auch im übrigen Königreich einzuführen“³⁹. Nach dem Antrag sollte den Landräten das Recht zustehen, a) die Gesetzesvorschläge zu erörtern und zu prüfen; b) die Umlagen in den Kreisen zu bewilligen und ihre Verwendung zu bestimmen; c) hinsichtlich der inneren Verwaltung auf lokale Rücksichten gegründete Bemerkungen zu machen; d) geeignete Wünsche und Anträge vorzubringen. Abendanz führte an, daß eine solche Anstalt jeden Mißbrauch der Amtsgewalt verhindern und dem Eigentum der Untertanen einen sicheren Schutz verschaffen würde. In der Sitzung vom 3. April 1819 referierte im Auftrag des dritten Ausschusses Freiherr von Bibra vor der Abgeordnetenversammlung und bejahte trotz der repräsentativen Verfassung und der damit verbundenen allgemeinen Ständeversammlung die Notwendigkeit und Nützlichkeit von Kreisversammlungen. Der Referent machte auf die Vorteile aufmerksam, die der Landrat dem Staat durch die genauen Kenntnisse der lokalen Verhältnisse und die dadurch allein mögliche zweckmäßige Benützung aller seiner Kräfte bringen könne⁴⁰. Während sich die Stände des Reiches früher als Nachfolger der altrömischen Ratsversammlungen betrachtet hatten⁴¹, wies v. Bibra auf den germanischen Ursprung der vorgeschlagenen Einrichtung hin: „Alt germanisch und vielfach bewährt ist die Beratung der einzelnen Provinzen zur Bestimmung, Vergleichung, Verteilung ihrer örtlichen Bedürfnisse und Lasten; unsere Vorfahren versammelten sich regelmäßig nach Gauen, um unter Vorsitz ihrer Grafen das gemeinsame Beste zu beraten, mehrmals dann mit diesen unter den Herzögen, öfters selbst unter den Kaisern“⁴².

Der Antrag des Abgeordneten Abendanz kam in der Sitzung der Ständeversammlung am 14. April 1819 zu Besprechung. Es wurde einstimmig beschlossen darauf anzutragen, daß die Regierung unter Berücksichtigung der in der Beratung der Ständeversammlung geäußerten Ansichten über den Wirkungskreis und über die Öffentlichkeit der Verhandlungen, die Einführung der Landräte alsbald verfügen und der nächsten Ständeversammlung die definitive Bestimmung der inzwischen provisorisch zu verordnenden Wahlart und des Wirkungskreises zur Beratung vorlegen solle⁴³. Diesem Wunsch der zweiten Kammer wurde durch die Regierung nicht entsprochen, da die erste Kammer aus Zuständigkeitsbedenken nicht beistimmte. Die Reichsräte vertraten den Standpunkt, daß die Initiative

³⁸ Amtsblatt für das königlich bayerische Gebiet auf dem linken Rheinufer, Nr. 21 vom 28. Juni 1817.

³⁹ Verhandl. d. 2. K. 1819, Band 3, S. 465 ff.

⁴⁰ Verhandl. d. 2. K. 1819, Band 3, S. 460 ff.

⁴¹ E. Hölzle, Die Idee einer altgermanischen Freiheit vor Montesquieu, (in Beiheft 5 der Historischen Zeitschrift, 1925, S. 10).

⁴² Verhandl. d. 2. K. 1819, Band 3, S. 460/61.

⁴³ Verhandl. d. 2. K. 1819, Band 4, S. 444/45, Band 5, S. 3, 98 ff.

über einen solchen neuen Gesetzgebungsgegenstand nicht der Ständeversammlung, sondern nur dem König zukommen würde⁴⁴.

Die gegebene Anregung ging aber nicht verloren. König Maximilian Joseph beauftragte am 20. Januar 1821 den Staatsminister Freiherrn von Zentner Bestimmungen über die Einführung von Landräten im rechtsrheinischen Bayern auszuarbeiten⁴⁵. Die vom König diesem Auftrag beigefügten Richtlinien setzten jedoch der Zuständigkeit des Landrates von Anfang an sehr enge Grenzen. Maximilian war nicht gewillt, auch nur einen kleinen Teil seiner Macht über die in der Verfassung festgelegten Zugeständnisse hinaus herzugeben. So sollte den Landräten eine solche Stellung gegeben werden, daß „sie nicht als eine ständische, sondern als eine Regierungsanstalt und als eine Ergänzung der Gemeindeverfassung erscheinen“.

Ihre Einführung sollte vom König „unmittelbar ohne Mitwirkung der Stände“ ausgehen können⁴⁶. Wie aus einer amtlichen Darstellung „Ideen und Materialien“ über die Errichtung von Landräten hervorgeht, war die damalige Einstellung der Ministerien des Innern und der Finanzen zu der geplanten Institution sehr positiv⁴⁷. Zwei Wochen vor Beginn der zweiten Ständeversammlung erschien ohne Zustimmung der Stände⁴⁸ eine königliche „Verordnung über die Einführung der Landräte in sämtlichen Kreisen des Königreiches“ vom 1. Januar 1822⁴⁹, wobei allerdings der Landrat im Rheinkreis in seiner bisherigen Verfassung erhalten bleiben sollte⁵⁰. Der Grund für dieses selbstherrliche Vorgehen von Maximilian lag darin, daß er den Wirkungskreis der Landräte von vorneherein bescheidener halten wollte, als dies in der Ständeversammlung angedeutet worden war. In zehn der insgesamt zwölf Artikel dieser Verordnung werden die Wahl und der Geschäftsgang des Landrates geregelt. Sein Wirkungskreis wird dagegen nur in einem Artikel näher umschrieben. Darin heißt es: „Er ist bestimmt, sich mit den Lokalverhältnissen und Bedürfnissen der verschiedenen Bezirke des Kreises vertraut zu machen, und vorzüglich in jenen Angelegenheiten, welche die Nationalproduktion, also die Landwirtschaft, den Handel und die Gewerbe betreffen, insoweit örtliche und individuelle Verhältnisse hierauf Einfluß haben, die Regierung durch seine Bemerkungen aufzuklären, und mit seinem Gutachten zu unterstützen. Er ist ermächtigt, der Regierung im Fall wahrgenommener Gebrechen in dem Innern der Verwaltung, seine Wünsche und Anträge zur Vorlage zu bringen. Er wird in Folge seiner staatsbürgerlichen Pflichten in allen Fällen, in welchen der von Uns über eine Angelegenheit zu einem Gutachten aufgefordert wird, dasselbe an Uns gewissenhaft erstatten⁵¹. Wesentlich umfangreicher ist der Katalog der für den Landrat aufgestellten Verbotsnormen, die dem Gremium nur eine aufklärende und beratende Funktion zubilligen und ein selbständiges Handeln untersagen⁵².

⁴⁴ Verhandl. d. 2. K. 1819, Band 11, S. 422, Kammer der Reichsräte 1819, S. 45 ff, 68 ff.

⁴⁵ Seydel, a. a. O., III, S. 284.

⁴⁶ Seydel, a. a. O. III, S. 284.

⁴⁷ HStA M. Geh. HA, ARO 19.

⁴⁸ Vgl. Vortrag des Grafen v. Giech vor der Kammer der Reichsräte 1825, HStA M. Geh. HA, ARO 42/Nr. 16.

⁴⁹ Regierungs-Intelligenz-Blatt für das Königreich Bayern, Jahrgang 1822, Nr. 2, S. 9 ff.

⁵⁰ Verordnung vom 1. 1. 1822, Art. II.

⁵¹ VO vom 1. 1. 1822, Art. II, Zif. 1—3.

Es war daher nicht verwunderlich, daß diese Verordnung, die den Stempel völliger Unzulänglichkeit aufwies, wenig Anklang fand. Sogar Ludwig, der zu dieser Zeit als Kronprinz eine zeitgemäße Fortbildung der bayerischen Verfassung unterstützte⁵³ und im Gegensatz zu seiner früheren Meinung nunmehr der Einführung von Kreisvertretungen grundsätzlich positiv gegenüberstand, äußerte sich kritisch: „Bereits vor einigen Tagen“, schrieb er am 21. Dezember 1821 an den Finanzminister von Lerchenfeld⁵⁴, „hatte ich, unangenehm mich überraschend, erfahren, daß wir bloß zu vernehmende Landräte bekommen würden; solche wünsche ich nicht, sondern die des Rheinkreises . . . In der von mir gelesen werdenden, Teilnahme erregenden Bayerischen Wochenschrift sah ich des Rheinischen Landrates Äußerung beim Schlusse seiner jüngsten Sitzung; küssen hätte ich die Männer mögen, so gefiel mir fast alles, was sie sprachen“.

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 7. Mai 1822 führte ein Antrag des Abgeordneten von Hornthal, der bemerkte, daß die nach der jüngsten Verordnung gegebenen Landräte dem Volke keinen Vorteil, sondern höchstens Nachteil bringen würden⁵⁵, zu einer Debatte⁵⁶, in deren Verlauf zahlreiche Redner an dem zu kleinen Wirkungskreis und an der geplanten Zusammensetzung des Landrates Kritik übten. Recht drastisch drückte sich der Abgeordnete Gruber aus⁵⁷: „So viele Freude auch die Erscheinung einer Verordnung über die Einführung der Landräte im ersten Moment erregte, beinahe soviel Mißbehagen verursachte die besonnene, unbefangene Prüfung jener Verordnung!“ Bei der eine Woche später erfolgten Abstimmung über den Antrag von Hornthals⁵⁸ sprach sich die Kammer mit 93 Stimmen bei einer Gegenstimme dafür aus, den König zu bitten, dem Landrat in den sieben oberen Kreisen des Königreiches hinsichtlich der Zusammensetzung und des Wirkungskreises dieselbe Einrichtung wie im Rheinkreis zu geben. Dabei solle jedoch auf die etwaige Verschiedenheit der Verhältnisse in dem Rheinkreis und in den übrigen Kreisen Rücksicht genommen werden. Da sich die Kammer der Reichsräte zu den Vorschlägen der zweiten Kammer nicht äußerte, kam ein Gesamtbeschluß des Landtages über dieses Thema nicht zu Stande. Die Verordnung hatte auch in der ersten Kammer Gegner gefunden. Man sah nämlich eine künftige Ausdehnung der Wirksamkeit des Landrates, insbesondere bezüglich der Besteuerung, voraus und die adeligen Grundbesitzer befürchteten durch ihre Nichtberücksichtigung bei der Zusammensetzung der geplanten Institution eine Beeinträchtigung ihrer Interessen⁵⁹.

Die starke Opposition der Ständeversammlung hatte eine königliche Entschliebung vom 20. Mai 1822⁶⁰ zur Folge, durch die der Vollzug der Verordnung vom 1. Januar 1822 einstweilen ausgesetzt wurde. Der König stellte dabei für den

⁵² VO vom 1. 1. 1822, Art. X.

⁵³ Adalbert Prinz von Bayern, Max I Joseph von Bayern, S. 762, 778.

⁵⁴ M. Doebel, Entwicklungsgeschichte Bayerns, Band III, S. 9.

⁵⁵ v. Hornthal bat den König, die Institution der Landräte, wie sie im Rheinkreis bestehen, auch in den übrigen Kreisen des Königreiches einzuführen, Verh. d. 2. K. 1822, Beilage Band 4, S. 237/38.

⁵⁶ Verh. d. 2. K. 1822 Band 8, S. 3 ff.

⁵⁷ Verh. d. 2. K. Band 8, S. 51.

⁵⁸ Verh. d. 2. K. Band 8, S. 283 ff.

⁵⁹ Seydel, a. a. O., III, S. 285, Anm. 3.

⁶⁰ Reg. und Intel. Blatt 1822, S. 641.

Wirkungskreis und die Wahlart des Landrates eine neue Regelung in Aussicht. Der mißlungene Versuch der Regierung, der neuen Institution ein derart geringes Betätigungsfeld einzuräumen und sie praktisch zu einer „Regierungsanstalt“ zu degradieren, hing wohl noch maßgeblich mit der früheren Haltung von Montgelas zusammen. Montgelas hatte sich, wie man in seinen Briefen an Julie von Zerzog nachlesen kann⁶¹, in Anlehnung an das pfälzische Vorbild für die Schaffung von Provinzialständen in ganz Bayern eingesetzt, aber nicht bloß um des Nutzens willen, den er sich davon versprach, sondern auch um nicht mehr geben zu müssen.

Montgelas wollte ursprünglich eine Landesvertretung umgehen, von der er nicht viel hielt. Als diese mit seinem Sturz und mit der Verfassung von 1818 doch Wirklichkeit wurde, verlor der Landrat für die Regierung das frühere Interesse. Da aber seine Einführung nicht mehr zu umgehen war, sollte die Landratsversammlung wenigstens ihres selbständigen Gewichtes beraubt werden⁶².

Einen weiteren Anlauf zur Einführung der Landräte bildete der Gesetzesentwurf, den die Regierung der Ständeversammlung im Jahre 1825 vorlegte⁶³. In den 18 Paragraphen des königlichen Entwurfes wurde den Landräten, entsprechend den 1822 von der Ständeversammlung vorgebrachten Wünschen, ein erweiterter Wirkungskreis eingeräumt. Auf die Zusammensetzung des Gremiums sicherte sich der König einen gewissen Einfluß, da für jede Stelle zwei Kandidaten gewählt werden sollten, von denen er einen zum Mitglied ernannte. Staatsrat von Stürmer vertrat die Vorlage vor der Ständeversammlung in der Sitzung vom 19. Mai 1825⁶⁴. Er bezeichnete den Landrat als eine Anstalt, in dem wichtige Interessen des Staatshaushaltes mit eben so wichtigen staatsbürgerlichen Funktionen zusammentreffen würden. Der Erlaß eines Gesetzes auf verfassungsmäßigem Weg sei daher notwendig. Stürmer betonte, daß aus den Landräten keine bei- oder nachgeordneten Provinzialstände entstehen sollten. Die Anstalt müsse „das anspruchslose Gepräge einer einfachen geregelten Häuslichkeit bewahren, ohne sich in künstliche Verkettungen einzuwickeln“. Die Vorlage wurde zunächst dem dritten Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, und in seinem Vortrag vom 26. Mai 1825 bat der als Berichterstatter beauftragte Abgeordnete Heffner die zweite Kammer, dem Entwurf ihre Zustimmung zu erteilen. Diesem Wunsch entsprach die zweite Kammer ohne Debatte einstimmig per Akklamation⁶⁵. Das Resultat wurde umgehend der Kammer der Reichsräte mitgeteilt⁶⁶, die jedoch abermals zu dem Gesetzesentwurf nicht ihre uneingeschränkte Zustimmung gab, sondern sich nicht weniger als 23 Modifikationen ausbedang⁶⁷.

Diesem Beschluß ging ein Vortrag des Referenten Graf von Giech vor der Kammer der Reichsräte voraus⁶⁸, in dem dieser sein Befremden über die Annahme des Gesetzesentwurfes in der 2. Kammer durch Akklamation ausdrückte. Reichsrat v.

⁶¹ Briefe des königlichen bayerischen Staatsministers v. Montgelas an J. v. Zerzog, S. 52.

⁶² M. Spindler, Die Pfalz in ihrem Verhältnis zum bayerischen Staat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (In: Festgabe für seine Königliche Hoheit Kronprinz Rupprecht von Bayern, S. 248).

⁶³ Verh. d. 2. K. 1825, Beilage Band 3, S. 120 ff.

⁶⁴ Verh. d. 2. K. 1825, Band 2, S. 180; Beilage Band 3, S. 114 ff.

⁶⁵ Verh. d. 2. K. Band 2, S. 323, 431/32.

⁶⁶ Verh. d. 2. K. Band 3, S. 3, Beilage Band 3, S. 436.

⁶⁷ Verh. d. 2. K. Beilage Band 8, S. 205 ff.

⁶⁸ HStA M. Geh. HA, ARO 42 Nr. 15.

Giech folgerte aus dieser Art der Annahme, die der Konstitution fremd sei, daß die Prüfung der Angelegenheit durch die Reichsräte besonders eingehend sein müsse. Sonst würde die Nachwelt dieser Versammlung den Vorwurf machen können, man habe eine „so wichtige Institution, wo es sich von einem neu zu schaffenden repräsentativen Körper in den Provinzen, von gesetzlichen Provinzorganen handle, ohne nähere Beurteilung und Erörterung angenommen“. Welch geringes Vertrauen die Reichsräte dem Landrat entgegenbrachten, zeigten die Bedenken v. Giechs, der Versammlung die Wahl ihres Präsidenten und ihres Sekretär selbst zu überlassen.

Der Abgeordnete Heffner befaßte sich in der Sitzung der zweiten Kammer vom 20. August 1825 eingehend mit diesen Abänderungsanträgen der Reichsräte⁶⁹, deren Annahme er seinen Kollegen, nach Beratung im dritten Ausschuß⁷⁰ nur teilweise empfahl. Ablehnend äußerte sich Heffner zu der von der Kammer der Reichsräte vorgeschlagenen Beschränkung der wählbaren Bürger auf die Zahl der 300 Höchstbesteuerten des Kreises, denn „der ärmere Teil des Volkes würde dadurch sich sehr zurückgesetzt finden, wenn nur Verstand, Einsicht, Rechtlichkeit und Erfahrung bei dem höher Bemittelten gesucht würde“. Ebenso stellte er sich gegen die Möglichkeit einer Stellvertretung bei den Verhandlungen des Landrates, die die Reichsräte den Standesherrn und anderen erblichen Reichsräten eingeräumt wissen wollten.

Die Resonanz der zweiten Kammer in der Sitzung vom 22. August 1825⁷¹ auf die von den Reichsräten geforderten Abänderungen des Regierungsentwurfes war wenig freundlich. Der Wichtigkeit der Sache wegen hatte der Präsident, Freiherr von Schrenk, den schriftlichen Vortrag des dritten Ausschusses über den Beschluß der Kammer der Reichsräte lithographieren und an die Abgeordneten verteilen lassen. In der Debatte wandte sich der Abgeordnete Dietrich scharf gegen die Modifikationen, die durch „oligarchische Grundsätze“ charakterisiert seien⁷². Die Meinungen, ob man unter diesen Umständen auf die Landräte nicht ganz verzichten⁷³ oder sie auch in der veränderten Gestaltung annehmen solle⁷⁴, waren geteilt. Bei der Abstimmung erklärten sich die Abgeordneten nur mit drei der 23 gewünschten Abänderungen einverstanden⁷⁵. Eine entsprechende Rückantwort ging der Kammer der Reichsräte zu⁷⁶, die daraufhin mit Schreiben vom 1. September 1825 in fast allen wesentlichen Punkten auf ihrem ursprünglichen Standpunkt beharrte⁷⁷. Da auch die zweite Kammer ihre Ansicht nicht änderte⁷⁸ und ein nochmaliger Schriftwechsel zwischen den beiden Kammern ergebnislos verlief⁷⁹,

⁶⁹ Verh. d. 2. K. Band 12, S. 68, Beilage Band 8, S. 177 ff. Der Vortrag von Heffner umfaßt 39 Seiten und ist enthalten im HStA M. Geh. HA, ARO 19.

⁷⁰ Verh. d. 2. K. Beilage Band 8, S. 241 ff.

⁷¹ Verh. d. 2. K., Band 12, S. 71 ff.

⁷² Verh. d. 2. K., Band 12, S. 82.

⁷³ So der Abg. Wanzek, Verh. d. 2. K., Band 12, S. 86.

⁷⁴ So der 2. Präsident Graf von Armansperg, Verh. d. 2. K., Band 12, S. 72.

⁷⁵ Verh. d. 2. K., Band 12, S. 71 ff.

⁷⁶ Verh. d. 2. K., Band 12, S. 228, Beilage Band 8, S. 252/53.

⁷⁷ Verh. d. 2. K., Band 12, S. 542 ff.

⁷⁸ Verh. d. 2. K., Band 12, S. 557, Beilage Band 8, S. 329/30.

⁷⁹ Verh. d. 2. K., Band 12, S. 612, Beilage Band 8, S. 376/77.

wurde dem König angezeigt⁸⁰, daß ein einheitlicher Entschluß nicht zu Stande gekommen sei. Gemäß der Geschäftsordnung der Ständeversammlung wäre es aber notwendig gewesen, daß sich beide Kammern zu einem gemeinsamen Antrag vereinigen, damit dieser vor dem König kommen konnte. Die von Max Joseph schon für 1826 erhoffte⁸¹ Einführung der Landräte war also abermals gescheitert.

Erst die Ständeversammlung von 1827/28 brachte endlich den gewünschten Erfolg. Dies war in erster Linie das Verdienst von König Ludwig⁸², der sich in der Popularität gefiel, die seine ersten modernen Regierungshandlungen in Europa hervorriefen⁸³. Fortschrittlich klang seine von ihm selbst verfaßte Thronrede⁸⁴, mit der er am 17. November 1827 seinen ersten Landtag eröffnete⁸⁵: „Nicht von Mängeln frei ist bei allen ihren Vorzügen unsere Verfassung . . . Vieles Gute ist bereits auf den früheren Landtagen geschehen, vieles doch bleibt uns zu tun übrig.“ Wie sehr dem König die Einführung der Landräte am Herzen liegt, zeigte seine offensichtlich an die Adresse der Reichsräte gerichtete Zwischenbemerkung „Daß Landräte noch fehlen, wirkt sehr nachteilig“. Der hochherzigen Rede des Regenten gegenüber enttäuschten die Dankadressen der beiden Kammern⁸⁶, aus denen ein oppositioneller Geist sprach. Immerhin war die Dankadresse der Abgeordnetenkommission in Bezug auf die Einführung der Landräte zustimmend. Es heißt in ihr: „Je fühlbarer das Bedürfnis geworden ist, Landräte einzuführen, desto leichter wird die Vereinigung über deren Bildung und Wirkungskreis sein.“ Wie die Verhandlungen jedoch zeigten, war es nicht einfach, das französisch-republikanische Institut des rheinischen Landrats ohne innere Widersprüche auf Altbayern zu übertragen. Die 33 Paragraphen des von Ludwig im Einvernehmen mit dem Staatsrat ausgearbeiteten neuen Gesetzentwurfs über die Landräte⁸⁷ erläuterte der Staatsminister des Inneren, Graf von Armansperg, am 27. November 1827 vor der zweiten Kammer⁸⁸. Als Motiv für den Entwurf wurde einleitend gesagt: „Zur Vereinfachung der inneren Verwaltung und zur größeren Befestigung eines geordneten Staatshaushalts . . .“. Ausgehend von dem Grundsatz, es müsse volle Einheit und Gleichförmigkeit vor dem Gesetz bestehen, wurde in § 1 bestimmt, daß der Rheinkreis keine Sonderregelung mehr in Fragen der Kreisvertretung genießen solle, sondern daß alle Kreise die gleichgeartete Ermächtigung erhalten sollten. Dem Landrat war eine doppelte Eigenschaft zugewiesen: 1. Organ der Verwaltung zu sein und 2. Repräsentant der Verwalteten.

Der dritte Ausschuß hatte diesmal an dem verbesserten Entwurf wenig auszusetzen und begutachtete lediglich zwei Modifikationen⁸⁹. Die eine bezog sich auf das in § 15 vorgesehene freie Auswahlrecht des Königs der 24 endgültigen Land-

⁸⁰ Verh. d. 2. K., Beilage Band 8, S. 377.

⁸¹ Verh. d. 2. K., Beilage Band 3, S. 119/20.

⁸² Nach dem Tod von König Max Joseph (25. Oktober 1825) wurde Ludwig sein Nachfolger.

⁸³ Doeberl, Entwicklungsgeschichte, III, S. 97 ff.

⁸⁴ In ihr werden nicht weniger als 25 neue Gesetzesvorlagen angekündigt.

⁸⁵ Verh. d. 2. K., Band 1, S. 17/18.

⁸⁶ Dankadresse des Reichsrats in Allgemeine Zeitung 1827 Nr. 327 Beilage; Dankadresse der Abgeordnetenkommission, Allgemeine Zeitung 1827, Nr. 328 Beilage.

⁸⁷ Verh. d. 2. K. Beilage Band 5/6, Beilage XX.

⁸⁸ Verh. d. 2. K., Band 1, S. 149—163.

⁸⁹ Verh. d. 2. K., Beilage Band 7, S. 54 ff.

räte aus der Zahl der 48 gewählten Anwärter ohne Rücksicht auf ihre Klassenzugehörigkeit. Die Ausschußmitglieder waren der Meinung, daß die Auswahl des Königs dem in § 11 festgelegten Anteil der aus den einzelnen Klassen zu wählenden Kandidaten angepaßt sein sollte. Andernfalls würde einem Landrat, in dem beispielsweise keine Pfarrer oder keine Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit vertreten wären, das Vertrauen des Volkes fehlen⁹⁰. Der zweite Änderungsvorschlag betraf den § 2 und zielte darauf ab, den Ständen bezüglich der von dem Regierungsbezirk zu tragenden Steuern und Umlagen weiterhin ein Bewilligungsrecht zuzubilligen⁹¹. Es war verständlich, daß der Ausschuß daran ging, auf diese Weise die Befugnisse der Stände zu retten. Bestand doch die Gefahr, daß die Landräte zu große Bedeutung erlangen und letztlich noch die allgemeine Ständeversammlung entbehrlich machen würden. Schließlich wurde noch der Wunsch geäußert, daß die Regierung den Landratsmitgliedern Reise- und Zehrungskosten gewähren solle. Dies erscheine mit Rücksicht auf minderbegüterte Landräte — die vorgesehene Steuergrenze der Wählbaren war auf ein Steuersimplum von fünf Gulden herabgesetzt worden — notwendig.

Zu Beginn der Aussprache über den Gesetzesentwurf in der Sitzung der zweiten Kammer vom 16. Januar 1828 sicherte Graf von Armanseperg den Abgeordneten die Zustimmung der Regierung zu den vom dritten Ausschuß befürworteten Modifikationen zu⁹², „um auch der leisesten Besorgnis über eine mögliche Bevorzugung einzelner Ständeklassen in der wirklichen Zusammensetzung der Landräte zu begegnen und die Ständeversammlung hinsichtlich der Steuerbewilligung gegen jede Beeinträchtigung durch die Institution der Landräte zu wahren.“

In der anschließenden mehrtägigen Diskussion meldeten sich über die Hälfte der anwesenden 108 Abgeordneten zu Wort⁹³. Es wurden zwar einige Verbesserungsvorschläge gemacht, doch zeigte sich die Tendenz möglichst keine Modifikationen anzuregen, die eine Annahme des Gesetzes hätten erschweren können. Eine stärkere Kritik machte sich erst bei den Äußerungen vom Platze aus bemerkbar. Vor allem Vertreter des konservativen Adels und der katholische Klerus erhoben Einwendungen. Bemängelt wurden u. a. das Verbot, daß Landtagsmitglieder nicht auch dem Landrat angehören dürfen⁹⁴ und daß die zweiwöchige Sitzungsperiode zu kurz bemessen sei⁹⁵. Eine direkte Wahl der 24 Landräte ohne ein Auswahlrecht des Königs wünschten die Abgeordneten von Stachelhausen⁹⁶ und Barth⁹⁷.

Der zweite Bürgermeister von München, Klar, setzte sich für eine Vertretung der Städte im Landrat ein⁹⁸, fand für diesen Plan aber in der Versammlung wenig Beifall. Positiver wurde ein Antrag des Abgeordneten Ziegler aufgenommen, der forderte, daß die Landratsmitglieder wegen ihrer Reden und Handlungen während

⁹⁰ Referat des Abgeordneten Heffner vor dem 3. Ausschuß, Verh. d. 2. K., Beilage Band 7, S. 11.

⁹¹ Verh. d. 2. K. Beilage Band 5, S. 56/57.

⁹² Verh. d. 2. K. Band 2, S. 112/13.

⁹³ Verh. d. 2. K. Band 2, S. 120 ff.

⁹⁴ Verh. d. 2. K. Band 2, Graf von Benzel-Sternau, S. 136, Freiherr von Closen, S. 275.

⁹⁵ Verh. d. 2. K., Band 2, Graf von Benzel-Sternau, S. 138.

⁹⁶ Verh. d. 2. K., Band 2, S. 283.

⁹⁷ Verh. d. 2. K., Band 2, S. 298.

⁹⁸ Verh. d. 2. K., Band 2, S. 183.

der Beratungen nicht verantwortlich zu machen seien⁹⁹. Zu den wenigen, den Landrat völlig ablehnenden Stimmen gehörte der Abgeordnete Schaadt¹⁰⁰: „Ich mag es beleuchten, wie ich will, so finde ich in dem Gesetzesentwurf über die Einführung der Landräte nur neue Lasten für den Bürger und Landmann.“

Nach der geheimen Abstimmung in der zweiten Kammer am 28. Januar 1828¹⁰¹, wurde der Gesetzesentwurf im wesentlichen unverändert, aber mit einigen Modifikationen, Wünschen und Anträgen versehen¹⁰², der Kammer der Reichsräte überwiesen. Erwähnenswert ist, daß die Abgeordneten der zweiten Kammer mit 56 zu 55 Stimmen die Erstattung von Reisekosten für die Landräte ablehnten.

In ihrer Erwiderung vom 23. April 1828¹⁰³ erklärten die Reichsräte ihr Einverständnis mit dem Entwurf nur unter 24 Modifikationen, darunter, daß das neue Gesetz im Rheinkreis keine Gültigkeit erlangen sollte. Zum Teil handelte es sich bei den angeregten Abänderungen um reine Formulierungsfragen. Beispielsweise war im Entwurf von der „Festsetzung“ des Voranschlages die Rede, während die Reichsräte die Formulierung „Antrag auf Feststellung“ des Voranschlages für besser hielten. Nach eingehender Diskussion erklärte sich die Abgeordnetenversammlung mit den meisten Modifikationen grundsätzlich einverstanden. Bezüglich der eventuellen Gültigkeit des Landratsgesetzes im Rheinbezirk faßte sie den Beschluß, daß das Gesetz in Beziehung auf Geschäftsgang und Wirkungskreis auch auf den Rheinkreis volle Anwendung finden solle, dagegen aber die Formation des Landrates für dieses Gebiet nach den bisher dort bestehenden Vorschriften geschehen soll.

In ihrer Antwort waren die Reichsräte ebenfalls zu Zugeständnissen bereit¹⁰⁴. Sie hatten jetzt gegen die Anwendbarkeit des Landratsgesetzes für den Rheinkreis keine Einwendungen mehr. Nach einem nochmaligen Schriftwechsel der beiden Kammern¹⁰⁵, wobei die Reichsräte in den wenigen, noch strittigen, Punkten abermals weitgehend nachgaben, war die Bahn zu einem Gesamtbeschluß frei.

Auch der Streitpunkt über das zur passiven Wahlfähigkeit der Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit festzusetzende Steuersimplum war im Sinne der Abgeordnetenversammlung erledigt worden. Die Reichsräte hatten ursprünglich ein Steuersimplum von 10 Gulden gefordert, wie es zur passiven Wahlfähigkeit für die Abgeordnetenversammlung notwendig war, um dann später den Betrag auf 7 Gulden 30 Kreuzer zu ermäßigen.

Aber selbst gegen dieses Vergleichsangebot opponierten die Abgeordneten der 2. Kammer, die nicht gewillt waren, einen Handel mit den Reichsräten einzugehen, sondern weiterhin auf einem Simplum von 5 Gulden bestanden. Intelligenz, Patriotismus und guten Willen bezeichnete der Abgeordnete Ziegler für das Amt eines Landrates als wichtigere Voraussetzung als großes Besitztum¹⁰⁶. Ministerialrat Abel wies darauf hin, daß sich bei Annahme eines Simplums von

⁹⁹ Verh. d. 2. K., Band 2, S. 261.

¹⁰⁰ Verh. d. 2. K., Band 2, S. 313.

¹⁰¹ Verh. d. 2. K., Band 3, S. 26 ff.

¹⁰² Verh. d. 2. K., Band 3, S. 36 ff.

¹⁰³ Verh. d. 2. K., Band 10, S. 205 ff.

¹⁰⁴ Verh. d. 2. K., Band 13, S. 851 ff.

¹⁰⁵ Verh. d. 2. K., Band 13, S. 881 und Band 14, S. 307.

¹⁰⁶ Verh. d. 2. K., Band 13, S. 868.

10 Gulden in 15 bayerischen Landgerichtsbezirken und acht Herrschaftsgerichtsbezirken kein einziger wählbarer Staatsbürger aus der Klasse der Landeigentümer befinden würde¹⁰⁷. Das vormalige Fürstentum Aschaffenburg weise, bei mehr als 13 000 Familien der gleichen Klasse, nur vier wählbare Staatsbürger auf.

Die Zustimmung gerade zu dieser Bestimmung fiel den Reichsräten allerdings nicht leicht. Die Abstimmung in ihrer Kammer am 23. Juni verlief dramatisch. Da die Regierung wußte, daß es auf jede einzelne Stimme ankommen werde, erschien trotz seines schweren Leidens sogar der greise Montgelas. Auf der anderen Seite fehlten einige Vertreter der Opposition. Dennoch ergab sich für den nicht nur von den Abgeordneten der 2. Kammer, sondern auch vom König ausdrücklich gewünschten Wahlzensus von 5 Gulden nur eine knappe Mehrheit von 16 gegen 14 Stimmen¹⁰⁸. In dem Gesamtbeschluß vom 3. Juli schlugen beide Kammern gemeinsam dem König noch einige Abänderungen vor¹⁰⁹.

Unter Berücksichtigung dieser Vorschläge wurde von König Ludwig am 15. August 1828 das „Gesetz, die Einführung der Landräte betreffend“ erlassen¹¹⁰. „Zur Vereinfachung der inneren Verwaltung und zur größeren Befestigung eines geordneten Staatshaushaltes . . .“ heißt es in seiner Einleitung. Der § 1 des Gesetzes bestimmt für jeden Regierungsbezirk einen Landrat, dessen Wirkungskreis im einzelnen § 2 umschreibt. Demnach steht den Landräten zu: 1. die Verteilung der im Rheinkreis gesetzlich bestehenden und in anderen Kreisen noch einzuführenden Repartitionssteuern¹¹¹ sowie die Entscheidung über diesbezügliche Reklamationen, vorbehaltlich des Rekurses an den Staatsrat; 2. die Prüfung des jährlichen Voranschlages aller vom Kreis zu tragenden notwendigen und nützlichen Ausgaben, der Antrag auf Feststellung der hierzu erforderlichen Kreisumlagen und die Verteilung der genehmigten Umlagen mit Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat. Der zulässige Höchstbetrag der Kreisumlagen sollte, gesondert für die notwendigen und für die nützlichen Ausgaben, durch den König mit Zustimmung der Stände alle drei Jahre neu festgesetzt werden. Hinsichtlich der Erhebung und Verwendung der gesetzlich angeordneten Kreisumlagen waren jedoch die Bestimmungen des § 2 Ziff. 2 dieses Gesetzes erst vom Anfang der 3. Finanzperiode (1831) an zur Anwendung zu bringen; 3. die Prüfung der Rechnungen über Erhebung und Verwendung der Umlagen und über die Verwaltung sonstiger Kreisfonds mit einem Beschwerderecht an die Staatsministerien; 4. die Äußerung über den Zustand des Regierungsbezirkes und über Fehler in der Verwaltung, sowie die Einbringung von Anträgen zur Abhilfe und Verbesserung; 5. die Erstattung von Gutachten auf königliche Aufforderung hin. § 3 spricht die Ausscheidung der allgemeinen Staatslasten von den besonderen Aufgaben des Regierungsbezirkes und die Bildung der Kreisfonds durch ein besonders zu erlassendes Gesetz aus.

¹⁰⁷ Verh. d. 2. K., Band 13, S. 876.

¹⁰⁸ Renz, Der bayerische Landtag von 1827/28, S. 96.

¹⁰⁹ Verh. d. 2. K., Band 14, S. 308 ff.

¹¹⁰ Das Gesetz ist veröffentlicht im Gesetzblatt für das Königreich Bayern von 1828, VI. Stück, S. 49 ff. Vgl. auch E. v. Moy, Darstellung der Rechtsverhältnisse betreffend des Landrates in Bayerisches Staatsrecht, I. Teil, 2. Abt., S. 64 ff.

¹¹¹ Eine gesetzlich bestimmte Summe von Abgaben die dem Kreis zugewiesen und dann weiter auf die Distrikte, Gemeinden und schließlich auf einzelne Bürger aufgeteilt wird. Die Vorschrift hat außerhalb des Rheinkreises keine praktische Bedeutung erlangt.

Den Maßstab, nach dem in jedem Bezirk die Beiträge zu den besonderen Lasten und Ausgaben zu erheben sind, setzt § 4 fest, die §§ 5 bis 18 befassen sich mit der Wahl und der Zusammensetzung des Landrates. Grundsätzlich besteht der Landrat jedes Regierungsbezirkes aus 24 Mitgliedern (§ 6). Davon gehören zwölf der Klasse der Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit, sechs der Klasse der Städte und Märkte und je drei der Klasse der adeligen Grundbesitzer und der selbständigen Pfarrer¹¹² an (§ 14). Für jede der 24 Stellen im Landrat werden zwei Kandidaten gewählt, von denen der König einen zum Mitglied ernennt (§§ 5, 15). Unter bestimmten Voraussetzungen sind zusätzlich noch Standesherrn, erbliche Reichsräte, Bischöfe und Vertreter der Universitäten in den Landrat aufzunehmen (§§ 7, 8, 9).

Die Wahl der Landratskandidaten erfolgt weitgehend durch dieselben Wahlmänner, die die Abgeordneten für die Ständeversammlung zu wählen haben. Während die Wahlmänner des 1. und 2. Wahlkollegiums die LR-Kandidaten ihrer Klassen durch die Einsendung von Wahlzetteln zu wählen haben, müssen die Wahlmänner des 3. und 4. Wahlkollegiums zum Zweck der Wahl der Kandidaten eine besondere Versammlung abhalten (§ 13). Nur die Hälfte der Gewählten darf aus Mitgliedern des Wahlkollegiums selbst bestehen, die übrigen Kandidaten sind aus dem Kreis der übrigen wählbaren Staatsbürger jeder Klasse zu bestimmen. Eine Übertragung der Stimme und eine Vertretung durch Dritte ist im Landrat verboten. Es ist die Pflicht jedes Mitglieds, selbst zu den Sitzungen zu erscheinen (§ 19). Die Wahl und die Ernennung eines Landratsmitglieds, das nicht gleichzeitig der Abgeordnetenversammlung der Ständeversammlung angehören darf (§ 11), erfolgt auf die Dauer von sechs Jahren (§ 22). Eine abweichende Regelung gilt ausnahmsweise für die aus der erstmaligen Wahl hervorgegangenen Landräte, die ihre Funktionen nur bis zum Ende des Jahres 1830 ausüben (§ 31). Für die vorgesehene vierzehntägige Dauer der Landratsversammlung (§ 23) steht den Mitgliedern kein Anspruch auf Entschädigung zu (§ 21)¹¹³. Die §§ 24 bis 29 handeln von dem Verhältnis des Landrates zu der Regierung, zu den öffentlichen Behörden und den Kreisen, aus denen sie gewählt sind. Der Landrat darf nur auf vorhergehende Aufforderung und unter Mitwirkung der königlichen Regierung tätig werden. Er darf keine Instruktionen einholen oder annehmen, keine öffentlichen Bekanntmachungen erlassen und keine Deputationen abordnen. Eine Fühlungnahme mit dem Landrat eines anderen Regierungsbezirkes, mit der Ständeversammlung oder mit anderen Körperschaften und Privatpersonen ist ihm untersagt. Die Überschreitung der Grenzen des ihm zugewiesenen Wirkungskreises hätte seine Auflösung zur Folge. Es wird dem Landrat vorgeschrieben, über seine Verhandlungen täglich von allen anwesenden Mitgliedern zu unterzeichnende Protokolle zu führen, und zwar ein sogenanntes allgemeines — öffentliches Protokoll und ein besonderes — geheimes Protokoll, in dem die eventuellen Äußerungen über den Zustand des Kreises aufzunehmen sind. Einige durch die örtlichen Verhältnisse bedingten Sondervorschriften gelten für den Landrat des Rheinkreises (§§ 12, 14, 31, 32).

¹¹² Die selbständigen Pfarrer, oder auch erste Pfarrer genannt, waren die Pfarramtsinhaber.

¹¹³ Im Gegensatz dazu wird den Wahlmännern für die Unkosten, die ihnen durch die Einberufung zu der Wahl des Landrates entstehen, eine Entschädigung zugebilligt.

Die Aufsicht über die Landräte¹¹⁴ war in der Allerhöchsten Verordnung vom 17. Dezember 1825, „die Formation und den Wirkungskreis der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen betreffend“, geregelt. Die §§ 24 und 121 dieser Verordnung übertrugen die nächste Aufsicht über die Geschäfte des Landrates der Regierungskammer des Innern in Benehmen mit jener der Finanzen. Ebenso stand nach den §§ 73 und 95 der Allerhöchsten Verordnung vom 9. Dezember 1825 über die Formation der Ministerien¹¹⁵ die Leitung der Geschäfte in den Landratsverhandlungen dem Staatsministerium des Inneren in Benehmen mit dem Finanzministerium zu. Die dem Landrat in seinem Wirkungskreis vorzulegenden Gegenstände sowie das Resultat der mit ihm gepflogenen Verhandlungen und die darauf zu veranlassenden EntschlieÙungen unterlagen der Beratung des Königlich-Staatsrates¹¹⁶.

Ein Zeichen des steigenden Ansehens der Landräte bedeutete am 30. Januar 1831 die an sie erteilte Bewilligung, ein königliches Siegel zu führen¹¹⁷.

In den folgenden Jahren erfuhr das Landratsgesetz vom 15. August 1829 einige kleinere Änderungen. So wurde durch eine königliche EntschlieÙung vom 4. Januar 1832¹¹⁸ die Wahl der Landräte vereinfacht, eine Entschädigung der Landratsmitglieder aber weiterhin abgelehnt¹¹⁹. In dieser EntschlieÙung, die auf den mit Gesetzeskraft ausgestatteten Abschied für die Ständeversammlung vom 29. Dezember 1831 zurückgeht, genehmigte der König gemäß den Anträgen der Stände folgende Abänderungen der §§ 13 und 14 des Landratsgesetzes:

a) daß das erste und zweite Wahlkollegium, gleich den übrigen, die Wahl der Landratskandidaten im persönlichen Zusammentritt vorzunehmen habe,

b) daß die Verbindlichkeit, die eine Hälfte der Landratskandidaten außerhalb des Wahlkollegiums zu wählen, aufgehoben und jedem Kollegium die Wahl unter allen Wählbaren der Klasse freigegeben werde¹²⁰. Eine späte Genugtuung erhielt die mittelfränkische Regierung durch eine von der Königlich-Regierung am 15. März 1837 vor der 2. Kammer abgegebenen Erklärung über die Auslegung der §§ 5, 12 Ziffer 2 III und IV und 15 V¹²¹.

Darin wurde ab sofort die Notwendigkeit einer getrennten Kandidatenwahl für die katholische und protestantische Kirche festgestellt. Diese neue Gesetzesauslegung stimmte nunmehr mit der in Mittelfranken schon 1828 vertretenen, aber damals in München abgelehnten Auffassung überein.

Ein einziges gemeinschaftliches Wahlkollegium, welches bis dahin die Kandidaten beider Kirchen zu nominieren hatte, besteht nicht mehr. Nur in dem Fall, wo vermöge der zu geringen Zahl der Pfarreien der einen oder anderen Konfession in einem Kreis nicht jeder Konfession eigene Kandidaten zustehen, ist

¹¹⁴ Döllinger II, S. 438 und 468, VII, S. 392.

¹¹⁵ Döllinger II, S. 351.

¹¹⁶ Instruktion für den Königlich-Staatsrat vom 3. Mai 1817 § 7 Ziffer 7 und Instruktion vom 18. November 1825 § 7, Ziffer 6 in Döllinger II, S. 165 und 173.

¹¹⁷ Döllinger VII, S. 417.

¹¹⁸ Gesetzblatt 1837, S. 129 ff.

¹¹⁹ Repertorium der Verh. d. 2. K. 1831, S. 400 ff; Repertorium d. Verh. d. K. d. Reichsräte 1831, S. 151 ff.

¹²⁰ Gesetzblatt 1831, S. 86, Döllinger VII, S. 407.

¹²¹ Verh. d. 2. K. Band II, S. 274.

den Wahlmännern des insoweit nicht zu berücksichtigenden Bekenntnisses das aktive Wahlrecht nicht entzogen. Vielmehr wählen in diesem Ausnahmefall alle Wahlmänner zusammen die Kandidaten der einen Kirche.

Weitere Ergänzungen sind in dem Abänderungsgesetz vom 17. November 1837 enthalten¹²². Der Vorschlag zu dieser Gesetzesänderung wurde in Form einer Regierungsvorlage vorgebracht und vom Staatsminister Fürst von Oettingen-Wallerstein am 20. Februar 1837 der Abgeordnetenkommission vorgetragen¹²³.

Oettingen nannte den Landrat einen „unerläßlichen Bestandteil des vaterländischen Staatsrechts“, machte aber auf einige Mängel aufmerksam, die sich in den ersten Jahren seit Erlass des Landratsgesetzes bemerkbar gemacht hätten. Sie beträfen insbesondere Unklarheiten und Schwierigkeiten bezüglich der Wahl. Nach ausgedehnten Diskussionen in beiden Kammern wurde die Gesetzesänderung mit kleinen Modifikationen angenommen¹²⁴.

Die Artikel I und II dieser Novelle führen die Landratswahlen auf die Form der Ständewahlen zurück. Nachdem das Erfordernis der absoluten Stimmenmehrheit in den einzelnen Klassen zum Teil oftmalige Wahlwiederholungen notwendig gemacht hatte, bestimmt Artikel III als Maßstab das Prinzip der relativen Stimmenmehrheit. Demnach müssen auf einen Kandidaten mindestens ein Viertel der Gesamtstimmen entfallen. Ferner ist nun die Ablehnungsfrage in Artikel IV besser geregelt und dem Landrat die Hälfte der Reise- und Tagesspesen zugebilligt, die den Abgeordneten zustehen (Artikel V). Zur Beseitigung von Mißverständnissen erfolgt in Artikel VI eine verbindliche Auslegung des § 2 Ziffer 2 des Landratsgesetzes von 1828, derzufolge die im Lauf einer Finanzperiode von einer Position auf die andere nicht übertragbaren Überschüsse am Ende der Periode die Eigenschaft eines Fonds für fakultative Zwecke annehmen. Eine Verwendung des fakultativen Fonds durfte in Zukunft nicht mehr gegen den Antrag des Landrates Platz greifen. Diese Bestimmung war für die Praxis von einiger Bedeutung, denn hier wurde dem Landrat im Gegensatz zu seiner sonst begutachtenden Tätigkeit ein echtes Vetorecht bezüglich gewisser Kreisausgaben zugestanden. Allerdings umfaßte der fakultative Fonds einen wesentlich geringeren Betrag als der Fonds für notwendige Zwecke. Dies hing damit zusammen, daß die Kreisausgaben etwa zu 85 Prozent aus Ausgaben für notwendige und nur zu 15 Prozent aus Ausgaben für fakultative Zwecke bestanden. Ein die Regierung verpflichtendes eigenes Antragsrecht, daß Gelder des fakultativen Fonds für einen bestimmten Zweck verwendet werden, besaß das Landratskollegium aber weiterhin nicht.

In einem engen sachlichen Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbereich der Landräte stand das Problem der Ausscheidung der Kreis- und Zentrallasten. Durch die im Lauf der Jahre verschiedenartige Ausscheidung der unter landrätlicher Mitwirkung festzusetzenden Kreislasten haben sich die Gegenstände seines Wirkungsbereiches von Finanzperiode zu Finanzperiode mehrmals geändert¹²⁵.

Schon 1828 war parallel zum Landratsgesetz von der Regierung ein Entwurf zu einem Gesetz, die Ausscheidung der Kreis- und Zentrallasten betreffend, einge-

¹²² Gesetzblatt 1837, S. 129 ff.

¹²³ Verh. d. 2. K. 1837, Band 1, S. 131 ff.

¹²⁴ Verh. d. 2. K., Band 23, S. 5.

¹²⁵ Döllinger XXI, S. 370.

bracht worden, das für einige Teile der Landratsgesetze als Ergänzung dienen sollte. Die in diesem Gesetzesentwurf vorgesehene Mehrbelastung der Kreise löste eine heftige Opposition der um ihre Rechte besorgten 2. Kammer aus. Die Folge war, daß die Regierung ihre Vorlage zurückzog und in den ersten drei Jahren der Landratsstätigkeit überhaupt keine Ausscheidung der Kreislasten stattfand.

Erstmals wurde sie im Vollzug des § 3 des Landratsgesetzes für die dritte Finanzperiode (1831—1837) durch das Finanzgesetz vom 28. Dezember 1831 vorgenommen¹²⁶, wobei auf die einzelnen Regierungsbezirke ein Betrag von 3 602 260 Gulden als Kreislasten übertragen wurde. Die neuen Kreislasten setzten sich in erster Linie aus Aufwendungen für die Justizverwaltung, das Schulwesen, das Gesundheitswesen und den Straßenbau zusammen. Die Vergütung der dadurch entstehenden Kreisausgaben erfolgte im wesentlichen durch das den Kreisen überlassene Recht zur Erhebung von Grund-, Haus-, Dominikal- und Familiensteuern sowie durch Aversalzzuschüsse aus der Staatskasse, die für jeden Kreis verschieden hoch festgesetzt wurde. Für den Isarkreis betrug zum Beispiel der Zuschuß 245 340 Gulden, für den Rezatkreis nur 93 700 Gulden.

In dem Finanzgesetz wurde auch im Hinblick auf § 2 Ziffer 2 des Landratsgesetzes das unüberschreitbare Maximum der zu erhebenden Kreisumlagen für die Jahre 1831/32, 1832/33 und 1833/34 festgelegt. Es belief sich zur Deckung der notwendigen, auf den Kreisfonds gesetzlich hingewiesenen Lasten auf $4\frac{1}{6}$ Prozent der Steuerprinzipsalsumme oder einen Kreuzer vom Steuergulden. Dieses Maximum blieb für die Jahre 1834/35, 1835/36 und 1836/37 in gleicher Höhe bestehen¹²⁷, bis durch das Ausscheidungsgesetz von 17. November 1837 eine neue Regelung stattfand¹²⁸.

Ihr zufolge wurden zu Kreislasten erklärt a) der gesamte Staatsaufwand für die Appellations-, Kreis-, Bezirks-, Stadt-, Handels- und Wechselgerichte (1. und 2. Instanz) sowie die Landgerichte; b) der Staatsaufwand für das Deutsche Schulwesen (Volksschulen), für Schullehrerseminare, Lateinschulen, Gymnasien und Lyceen; c) der Staatsaufwand für verschiedene Kreisanstalten, wie Irren-, Armen- und Waisenunterstützungsanstalten; d) der gesamte Staatsaufwand für polytechnische, Landwirtschaft- und Gewerbeschulen; e) der Aufwand für die Bauverwaltung der Kreise, außer dem für Neubauten.

Zur Deckung der Kreisausgaben standen den Kreisen folgende Einnahmequellen zur Verfügung¹²⁹: Aversalzzuschüsse aus der Staatskasse, Foundations- und Dotationsbeiträge der Gemeinden, Aktivreste der Kreisfonds früherer Jahre und Kreisumlagen.

Am 23. Mai 1846 fand eine Revision des Ausscheidungsgesetzes statt, wobei die Kreislasten wieder gesenkt wurden. Das revidierte Gesetz trat aber erst am 1. Oktober 1849 mit dem Beginn der 6. Finanzperiode in Kraft¹³⁰.

¹²⁶ Gesetzblatt 1831/32, S. 139 ff; Döllinger VII, S. 408 ff.

¹²⁷ Gesetzblatt 1834, St. X, S. 77; Döllinger VII, S. 416.

¹²⁸ Die Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds betreffend. Gesetzblatt 1837, S. 165 ff; vgl. dazu Repertorium über die Verh. der Kammern 1837, S. 347 ff.

¹²⁹ K. Stokar v. Neuforn, Handbuch der gesamten Finanzverwaltung im Königreich Bayern, S. 43.

¹³⁰ Dieses Gesetz ging gemäß des Wunsches des Landtages des Jahres 1843 aus einem Entwurf hervor, den der König dem Landtag von 1845/46 vorlegte. Vgl. Seydel, a. a. O., III, S. 292 Anm. 2.

Ein Blick auf das weitere Schicksal der Institution der Landräte zeigt, daß sie bis in das 20. Jahrhundert hinein bestehen geblieben sind. In den Jahren ab 1853 bildete das Landratsgesetz vom 28. Mai 1852 die Grundlage für die weitere Tätigkeit der Landräte, denen nunmehr ein etwas größeres Maß an Unabhängigkeit eingeräumt war. Bis zu seiner Aufhebung im Jahre 1919 erlitt das Gesetz von 1852 während der sieben Jahrzehnte seines Bestandes nur einige unbedeutende Abänderungen.

Nachdem der bayerische Landrat auf eine fast 100jährige Geltung und Wirksamkeit zurückblicken konnte — berücksichtigt man den Rheinkreis, so hat der Landrat sogar mehr als ein Jahrhundert überdauert — wurde durch das bayerische Selbstverwaltungsgesetz vom 2. Juli 1919 seine Umbenennung in Kreistag verfügt. Gemäß der Reichsverordnung aus dem Jahre 1938 mit ihrer völligen Vertauschung der Namen „Kreis“ und „Bezirk“ erfolgte die Umwandlung des Kreistages in Bezirksverbandstag¹³¹, ohne daß durch diesen Namenswechsel an dem Fortbestand und der Bedeutung des früheren Landrates etwas Wesentliches geändert wurde. Sucht man heute eine mit dem Landrat von 1828 vergleichbare Einrichtung, so findet man sie in dem Bezirkstag.

¹³¹ Vgl. Schreiber, a. a. O., S. 19.

2. Kapitel

Die Wahl der Landräte im Rezatkreis

Der erste Hinweis darauf, daß man sich im Rezatkreis mit der von höchster Stelle ins Auge gefaßten Einführung der Landräte beschäftigte, bildet das Schreiben der Regierung aus Ansbach vom 13. 3. 1822 an das Staatsministerium des Inneren in München, das von einer Anfrage des Gemeindevorstehers Bullinger in Christgarten wegen der Voraussetzungen für die Wählbarkeit zur Stelle eines Landrats handelt¹. Die Anfrage dürfte veranlaßt gewesen sein durch die königliche „Verordnung über die Einführung der Landräte in sämtlichen Kreisen des Königreiches“. Die nach dieser am 1. 1. 1822 erlassenen königlichen Verordnung für die September 1822 angesetzte Wahl hatte auch zur Folge, daß die Regierung des Rezatkreises die verschiedenen Gerichte und Magistrate des Kreises zur Aufstellung von Listen für die Landratswahlen aufforderte.

Die starke Opposition von vielen Seiten wegen des zu kleinen Wirkungskreises des Landrates bewog jedoch den König am 20. 4. 1822 den Vollzug der Verordnung vorläufig auszusetzen. Die vom König damals in Aussicht gestellte Regelung bildete schließlich im Jahre 1825 ein neuer, abgeänderter Entwurf. Obwohl zu

¹ StA N. Nr. 226.

diesem Zeitpunkt die Einführung der Landräte vorerst noch an der ablehnenden Haltung der Reichsräte gescheitert war, richtete das Staatsministerium des Inneren am 21. 6. 1826, genau so wie an alle übrigen bayerischen Kreise, auch an den Rezatkreis ein Schreiben, in dem ein umfassendes Gutachten über die Einführung dieser Anstalt erbeten wird. Insbesondere sollte sich das Gutachten darüber aussprechen, welche Gegenstände für Kreislasten zu erklären und dadurch von den Staatslasten auszuscheiden seien. Daß der König bei Schaffung der Landräte Sparsamkeitserwägungen anstellte, zeigt der Nachsatz im ministeriellen Schreiben: „Wobei zugleich anzugeben ist, wie viel beiläufig die hieraus für die Staatskasse hervorgehenden Ersparnisse betragen möchten.“ Bei ihrem Bericht sollten den Kreisregierungen die Vorschriften des Gesetzesentwurfes von 1825 als Unterlage dienen.

Da die Regierung des Rezatkreises dem ihr am 21. 6. 1826 übersandten Auftrag nicht sofort nachkam, wurde sie knapp drei Monate später vom Staatsministerium des Inneren unter Setzung einer Frist von 14 Tagen zur Erstellung des gewünschten Gutachtens ermahnt². Ihre Entschuldigung mit der Reise des zuständigen Sachbearbeiters nach München und die Bitte um Fristverlegung wurden vom Ministerium nicht akzeptiert.

Jetzt eilte plötzlich in Ansbach die Angelegenheit. Am 23. 10. 1826 erhielten die mittelfränkischen Mitglieder beider Kammern Einladungsschreiben für einen „Vortrag über den Landrat“ und zur Beratung über diesen „wichtigen Gegenstand“. Da aber zwischen der Abgeordnetenkommission und der Kammer der Reichsräte über Einzelheiten des geplanten Landratsgesetzes keine Einigung erzielt werden konnte, verliefen die Vorbereitungen wieder im Sand. Erst nachdem am 15. 8. 1828 das „Gesetz, die Einführung der Landräte betreffend“, von König Ludwig erlassen worden war, wurde es ernst. Die Kreisregierungen erhielten jetzt Aufforderungen, Listen der wahlberechtigten Bürger und der Wahlmänner aufzustellen. Als Wahlmänner für den Landrat waren weitgehend die gleichen Personen vorgesehen, die 1824 bei der Wahl der Ständeversammlung das gleiche Amt versehen hatten. Unter Mithilfe der Stadtkommissare, Landgerichte, Herrschaftsgerichte und der kirchlichen Behörden erfolgte umgehend die Zusammenstellung der notwendigen Wählerverzeichnisse.

Die bevorstehenden Wahlen bereiteten der Regierung in Ansbach einiges Kopfzerbrechen. Am 18. 9. 1828 bat sie den König um Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen³. Insgesamt sollten drei Mitglieder jedes Landrats der Klasse der selbständigen Pfarrer angehören und diese Stellen gemäß dem prozentualen Verhältnis beider Kirchen besetzt werden. Da im Rezatkreis die Zahl der katholischen Pfarreien nicht ein Drittel der Gesamtzahl der bestehenden Pfarreien beider Konfessionen erreichte — es existierten im Kreis 427 protestantische und 154 katholische Pfarreien — war zweifelhaft, wie die Zahl der von den Wahlmännern der katholischen Dekanate vorzuschlagenden Landräte zu bestimmen sei.

Weiterhin war fraglich, von welcher Grundzahl bei der Festsetzung der auf die Stadt Nürnberg treffenden Wahlmänner auszugehen sei. Grundsätzlich kam auf

² StA N. Nr. 226.

³ StA N. Nr. 226.

je 500 Familien ein Wahlmann. Nun hatte sich in Nürnberg die Anzahl der Familien seit der letzten Ständewahl durch eine Erweiterung des Burgfriedens der Stadt erhöht.

Die Antwort des Staatsministeriums des Innern⁴ war nicht erschöpfend und zerstörte in Ansbach nicht alle Zweifel. Offensichtlich bestanden auch in anderen bayerischen Kreisen Unklarheiten über die Anwendung des Landräte-Gesetzes, denn Abschriften jeder ministeriellen Beantwortung wurden ebenfalls an die übrigen, im Einzelfall nicht anfragenden Kreisregierungen geschickt.

Am 12. 12. 1828 wies König Ludwig die Regierungen der sieben bayerischen Kreise an, die Wahlen zur Bildung der Landräte unverzüglich vornehmen zu lassen. Zusammen mit der Vorlage der Wahlergebnisse sollte jede Regierung bezüglich der unter den gewählten Kandidaten durch den König zu erfolgenden Ernennung der Landratsmitglieder gutachtliche Vorschläge machen.

Der Rezatkreis traf daraufhin für die einzelnen Klassen Wahlvorbereitungen. Zunächst wurden zum Zweck der Festlegung der 24 Wahlmänner aus dem Kreis der adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit allen als Wahlmännern wählbaren Mitgliedern dieser Klasse ein 63 Namen umfassendes Verzeichnis der adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit übersandt. Die Zusendung war mit dem Ersuchen verbunden, den Wahlzettel innerhalb einer Woche ausgefüllt an den Regierungspräsidenten zurückgehen zu lassen. Dabei mußte jeder Wahlberechtigte 24 verschiedenen Personen seine Stimme geben. In der Erläuterung zu dem Wahlvorgang wurde besonders auf die Beifügung der zwei vorgeschriebenen Eide (§ 12 LRG) hingewiesen. War der Verfassungseid⁵ schon früher geleistet worden, so mußte auf dem gleichen Blatt mit dem Wählereid⁶ bekanntgegeben werden, wann und wo diese Eidesleistung auf die Verfassung erfolgt war.

Die gewählten 24 Wahlmänner, die das sogenannte 1. Wahlkollegium bildeten, schickten bis zum 7. 1. 1829 ihre Stimmen für die sechs zu bestimmenden Landratskandidaten aus ihrer Klasse nach Ansbach. In Gegenwart des Regierungspräsidenten v. Miege wurden am 10. 1. 1829 im königlichen Schloß zu Ansbach die jeweils mit einem Wahlspruch versehenen Wahlzettel entsiegelt und gezählt⁷. Dabei ergab sich, daß nur die Freiherren Carl Ludwig v. Leonrod und Carl Ludwig v. Buirette die erforderliche absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigten. Um die übrigen vier Kandidaten in Vorschlag zu bringen, wurde somit ein zweiter Wahlgang notwendig.

⁴ StA N. Nr. 275.

⁵ Der in Tit. X § 3 der Verfassungsurkunde vorgeschriebene Staatsbürgereid lautete: „Ich schwöre Treue dem König, Gehorsam dem Gesetze und Beobachtung der Staatsverfassung; so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium“.

⁶ Die Eidesformel für den Wählereid bei der Wahl zu Landrat hatte folgenden Wortlaut: „Ich schwöre, daß ich meine Wahlstimme nach freier innerer Überzeugung, wie ich solches zum allgemeinen Besten des Landes für dienlich erachte, ohne fremde Einwirkung abgebe und diesfalls von Niemand, unter was für immer einen Vorwand, weder mittelbar noch unmittelbar irgendeine Gabe oder Geschenk angenommen habe noch annehmen werde; ich schwöre, daß ich ebenfalls, um zum Mitglied des Landrats erwählt zu werden, niemand weder mittel- noch unmittelbar eine Gabe oder ein Geschenk versprochen oder gegeben habe noch geben oder versprechen werde. So wahr mit Gott helfe und sein heiliges Evangelium“.

⁷ StA N. Nr. 243.

Nicht alle gewählten Kandidaten waren geneigt, das Landratsamt anzunehmen. Dies zeigt der Fall des beim zweiten Wahlakt zum Kandidaten bestimmten Gutsbesitzers Albert v. Wahler, dem allerdings ein ärztliches Zeugnis eine Gemütskrankheit attestierte. Albert v. Wahler erlitt auf die Nachricht seiner Wahl hin einen Rückfall und wollte eine bereits begonnene Reise nach Frankreich und England nicht eher fortsetzen, bevor ihm keine förmliche Mitteilung zuginge, daß er von der Annahme einer Landratsstelle dispensiert werde. Regierungspräsident v. Mieg versicherte dem Kranken, daß seine Dispensierung ohne weiteres möglich sei⁸.

Auf besondere Schwierigkeiten stieß die Wahl der Standesherrn und erblichen Reichsräte, von denen sich im Rezatkreis insgesamt nur sieben befanden. Es waren dies: 1. Alois Fürst von Oettingen-Spielberg, 2. Franz Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, 3. Friedrich Ludwig Graf v. Castell, 4. Friedrich Reinhard Burkard Graf v. Rechtern-Limpurg, 5. Friedrich Fürst von Oettingen-Wallenstein, 6. Carl Graf v. Pappenheim und 7. Carl Fürst v. Wrede. Bei der Eröffnung ihrer Stimmzettel am 8. 1. 1829 im Ansbacher Schloß stellte sich heraus, daß von zwei Wahlberechtigten überhaupt keine Stimmen eingelaufen waren. Ferner fehlten bei zwei der fünf abgegebenen Stimmzettel der Wahlspruch und damit ein Erfordernis der Gültigkeit. Die Auswertung der drei noch verbliebenen gültigen Stimmen ergab die Wahl der Fürsten v. Oettingen-Wallerstein, v. Oettingen-Spielberg und v. Wrede, sowie des Grafen von Pappenheim.

Nachdem die beiden erstgenannten Fürsten aber die Wahl abgelehnt hatten, ordnete das Staatsministerium des Inneren eine Ergänzungswahl „zur unbeschränkten Aufrechterhaltung des Königlichen Ernennungsrechts“ an⁹. Aus dieser erneuten Wahl ging nur ein zusätzlicher Landratskandidat hervor, da lediglich der Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst die absolute Mehrheit erhielt. Übrigens hatten sich die Grafen v. Castell und v. Rechtern schon im voraus in schriftlichen Erklärungen ihre Wahl verboten. Auch Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst bereitete dem König eine Enttäuschung. Er lehnte im Hinblick auf die „üblen finanziellen Umstände“ seiner Herrschaft Schillingsfürst, die ihn bewogen hatten, seinen Aufenthalt im Ausland zu nehmen, die Wahl ab. Infolge der unfreundlichen Reaktion der Standesherrn blieb König Ludwig am Ende nichts anderes übrig, als die beiden einzigen vorhandenen Kandidaten auch zu Landräten zu ernennen.

Die höchste Zahl von passiv Wahlberechtigten, nämlich 7486, wies die Klasse der Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit auf. 89 Wahlmänner hatten aus dieser Zahl 24 Kandidaten zu bestimmen. Nach erfolgter Wahl hegte die Regierung des Rezatkreises Bedenken, ob alle Kandidaten mit ihrer Nominierung einverstanden sein würden. Es wurde daher an die Gerichte, die zur Entgegennahme der Zustimmungs- bzw. Ablehnungserklärung der nicht dem Wahlkollegium angehörenden Kandidaten zuständig waren, ein Rundschreiben¹⁰ versandt mit der Aufforderung an die Richter, sich angelegentlich zu bemühen, abschlägige Er-

⁸ StA N. Nr. 243.

⁹ StA N. Nr. 245, Fol. 19.

¹⁰ StA N. Nr. 247, Fol. 89.

klärungen zu verhüten. In dem Schreiben wurde betont, daß eine häufige Ablehnung der Wahl „ein nachteiliges Licht auf den Gemeinsinn des Rezatkreises“ werfen könnte und die Landeigentümer der IV. Klasse dann zu besorgen hätten, ihre gemeinsamen Interessen im Landrat nicht richtig vertreten zu sehen. Zum Schluß heißt es: „Die königliche Regierung zweifelt nicht, daß es dem . . . Richter gelingen werde, durch eine zweckmäßige Benützung solcher Betrachtungen, die aus Neuheit und Unbekanntschaft der Sache entstehenden Bedenklichkeiten zu heben und eine befriedigende Antwort einzusenden.“ Sei es, daß die Befürchtungen der Regierung des Rezatkreises übertrieben waren oder sei es, daß die Richter Meister der Überredungskunst waren, jedenfalls nahmen alle Gewählten ohne Ausnahme die Kandidatur an.

Eine besondere Erläuterung über Einzelheiten und Sinn der Wahl wurde den Wahlmännern aus der Klasse der Städte zuteil¹¹. Darin heißt es u. a.: „Die Wahlmänner werden es sich zur Pflicht machen, durch die Erwählung einsichtsvoller, würdiger und allgemein geachteter Staatsbürger den erhabenen und wohlwollenden Absichten zu entsprechen, welche die Einführung der Landräte begründet haben, und zu solchem Ende sich zu der Abstimmung durch sorgfältige Einsicht der Listen und auf sonstige geeignete Weise so vorzubereiten, daß sie sich durch gute Auswahl der Übereinstimmung mit dem größeren Teile der Wähler nach Wahrscheinlichkeit versichert halten können.“

In Ansehung der Landratswahl aus der Klasse der selbständigen Pfarrer wandte sich die Regierung des Rezatkreises mit der Frage nach München, ob die Wahlmänner der einen Konfession auch die Wahlmänner der anderen Konfession mit wählen sollten¹². In Ansbach wurde ein gemeinsamer Wahlakt für unzweckmäßig und mit dem Grundsatz der Repräsentation einer Kirche für unvereinbar gehalten. Die Begründung war recht plausibel, denn es drohte doch als Folge der Mehrheit der protestantischen Wahlmänner, daß bei einer gemeinschaftlichen Abstimmung die Wirkung der Stimmen der katholischen Wahlmänner selbst bei der Wahl ihrer eigenen Kandidaten gleich Null wäre. Dazu kam, daß den Wahlmännern des einen Glaubens die Kenntnis über die Person und die Fähigkeiten der wählbaren Pfarrer des anderen Bekenntnisses in den meisten Fällen abging. Auf Grund dieser Argumente vertrat die Kreisregierung die Ansicht, die Abstimmung der Stimmberechtigten dürfe sich jeweils nur auf die Ernennung der eigenen Landratskandidaten beziehen, und demnach wäre die absolute Stimmenmehrheit nur nach der Zahl der Stimmen, die auf jede Konfession einzeln entfiel, zu bemessen.

Das Staatsministerium des Inneren stellte sich jedoch auf einen anderen Standpunkt¹³. Ihm zufolge mußten die Wahlmänner der katholischen und der protestantischen Pfarrgeistlichkeit ein einziges Wahlkollegium zur Vornahme eines gemeinschaftlichen Wahlaktes bilden. Als Begründung war angegeben, daß „bei dem Landrate, wie bei der Ständeversammlung, jedem einzelnen Mitgliede nur

¹¹ StA N. Nr. 244, Fol. 19.

¹² StA N. Nr. 226.

¹³ StA N. Nr. 226.

die Vertretung der allgemeinen Interessen, nicht aber der Partikular-Interessen einzelner Standesklassen obliegt, und da zur besseren Erreichung dieses Zweckes in dem den Ständen des Reiches übergebenen Entwurfe des Landratsgesetzes sogar die Bestimmung enthalten war, daß nur ein einziges allgemeines Wahlkollegium für sämtliche vier Standesklassen gebildet werden solle“.

Dem Wahlkollegium der Pfarrer gehörten entsprechend der Gesamtzahl der Pfarreien 18 protestantische und sechs katholische Wahlmänner an. Bei dem gemeinschaftlichen Wahlakt hatte jeder Wahlmann, ohne Rücksicht auf seine Konfession, vier protestantische und zwei katholische Pfarrer vorzuschlagen.

Die Bestimmung, daß nur derjenige Kandidat gewählt ist, der die absolute Mehrheit erreicht hat, machte auch in dieser Klasse eine Wiederholung der Wahl notwendig. Beim ersten Anlauf konnten nur zwei der sechs Kandidaten ermittelt werden. Eine Woche später brachte die neuerliche Wahl ein ebenso unbefriedigendes Ergebnis, da die Liste der Kandidaten nicht komplett wurde.

Seinen diesbezüglichen Bericht an das Ministerium des Inneren¹⁴ schließt Regierungspräsident v. Miege: „Trotz aller Bemühungen derjenigen, welche das Zustandekommen der Landräte durch die raffiniertesten Schwierigkeiten der Formen zu hemmen hofften, soll doch die gute Sache siegen.“

Dieser indirekte Angriff auf den komplizierten Wahlmodus hinderte v. Miege nicht zu versuchen, die Angelegenheit zu einem guten Ende zu bringen. In der Benachrichtigung der Wahlmänner¹⁵ zur Vornahme eines dritten Wahlganges fordert er sie auf, „Männer zu bezeichnen, von welchen mit Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß sie die gesetzliche Stimmenmehrheit auf sich vereinigen werden“. Diese Ermahnung nützte nicht viel, denn nach der dritten Abstimmung fehlten immer noch zwei Kandidaten. Erst nachdem v. Miege den Wahlmännern diejenigen Pfarrer benannte, die bisher der erforderlichen Stimmenmehrheit am nächsten gekommen waren, war der vierte Wahlversuch von Erfolg gekrönt.

Genau so wie unter den Standesherrn war auch unter den Pfarrern die Bereitschaft, das Amt eines Landrates zu übernehmen, nicht groß. Dies geht aus den Absagen des Gunzenhausener Stadtpfarrers Dr. v. Stephani und des als Ersatzmann nominierten Pfarrers Sonntag in Ammerndorf hervor. Pfarrer Sonntag machte geltend, er sei mit den dem Landrat unterliegenden Beratungsgegenständen zu wenig vertraut, um mit der nötigen Umsicht urteilen zu können. Im übrigen gestatte es ihm seine Vermögenslage nicht, im Fall einer Einberufung mehrere Tage auf eigene Kosten auswärts zu weilen.

Nicht ganz klar war die Situation bezüglich der Universität Erlangen. Nach § 8 LRG stellte eine Universität in jenem Regierungsbezirk ein Mitglied für den Landrat, in welchem sie die Hauptmasse ihrer Realitäten besaß. Während die mittelfränkische Regierung glaubte, dies wäre bei der Erlanger Universität im Obermainkreise der Fall, wies die Universität nach, daß der überwiegende Teil ihrer Grundstücke und Gebäude im Rezatkreis gelegen war¹⁶. Die 25 wahlberechtigten

¹⁴ StA N. Nr. 248.

¹⁵ StA N. Nr. 248.

¹⁶ StA N. Nr. 246, Fol. 4.

Professoren wählten den Professor der Rechte Dr. Schundk und den Professor der Philosophie Dr. Köppen, als ihre zwei Kandidaten.

Schon bald nach der Wahl der Landratskandidaten häuften sich aus verschiedenen Teilen des Kreises Beschwerden von Wahlmännern, die keine oder eine zu geringe Entschädigung für ihre Reisespesen erhalten hatten. Die Wahlmänner, die aus Anlaß der Wahl nach Ansbach gefahren waren, wiesen darauf hin, daß ihnen neben dem einige Tage betragenden Zeitaufwand nicht noch zusätzlich zugemutet werden könne, ihre Auslagen selbst zu bestreiten. Der Appell an ihr staatsbürgerliches Ehrgefühl in einer Bekanntmachung im Königlichen Bayerischen Intelligenzblatt für den Rezatkreis¹⁷, in der es heißt: „Hiernach sind die allenfalsigen Forderungen an die Gemeinden der treffenden Wahlbezirke zu verweisen, wenn die Wahlmänner nicht schon in dem in sie gesetzten ehrenden Vertrauen und in dem Gefühl der ihnen übertragenen wichtigen Handlung ihre Belohnung finden“ – hatte offenbar bei ihnen keinen Eindruck erzielt.

Reklamationen der Wahlmänner waren nicht immer von Erfolg begleitet. So wurde beispielsweise eine von Wahlmännern der Stadt Schwabach eingebrachte Beschwerde wegen Erstattung zu geringer Reisekosten vom Staatsministerium des Innern abgelehnt.

Am 28. Juli 1829 wurden die Wahlakten des Rezatkreises dem Regierungspräsidenten v. Mieg vom Ministerium des Innern mit dem Lob „über die mit musterhafter Ordnung und mit genauer Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften geleiteten Wahlen“ zurückgesandt.

Nachträglich stellte sich allerdings heraus, daß die Wahlbehörden einen Wahlberechtigten (nach den §§ 7 und 16 LRG) übersehen hatten. Es handelte sich um den in Würzburg ansässigen Freiherrn von Würtzburg, in dessen Eigentum sich die beiden im Rezatkreis gelegenen Güter Hohlach und Walkershofen befanden. Auf das Protestschreiben des Standesherrn entschuldigte sich v. Mieg bei ihm mit dem Versprechen, daß sich ein solches Versehen bei künftigen Wahlen nicht wiederholen werde.

Die Ernennung der Landratsmitglieder für die erste Landratsperiode 1829/1830 wurde der Regierung des Rezatkreises durch ein königliches Schreiben am 4. August 1829 aus Bad Brückenau bekanntgegeben. Demnach umfaßte der Landrat dieses Kreises 27 Mitglieder.

Verständlicherweise bereiteten in den folgenden Jahren die Neuwahlen der Landräte weniger Schwierigkeiten. Dies war auf die beim ersten Versuch 1829 gemachten Erfahrungen und später auch auf eine gewisse Vereinfachung der Wahlvorschriften zurückzuführen. Bei der Ernennung der Landräte stützte sich der König weitgehend auf die Vorschläge der Kreisregierungen. Dies zeigt ein Vergleich der Vorschlagsliste, welche die Regierung des Rezatkreises am 24. Januar 1831 zusammen mit dem Wahlergebnis nach München schickte, mit der am 26. Juni 1831 veröffentlichten Ernennungsliste, die beide völlig miteinander übereinstimmen.

Bei den Landratswahlen 1831 hatte sich eine gewisse Abneigung gegen die Nominierung von Staatsbediensteten bemerkbar gemacht. In seinem Begleit-

¹⁷ Jahrgang 1829, Nr. 13 vom 21. 3. 29.

¹⁸ StA N. Nr. 300.

schreiben¹⁸ zu den Ernennungsvorschlägen kommentierte dies v. Mieg mit großer Enttäuschung: „Ich darf als Zeichen der Zeit, worüber ich mir keine weitere Betrachtung erlaube, den Umstand nicht unberührt lassen, daß auch hier, wie bei den Wahlen zur Kammer der Abgeordneten, die Berufung von Staatsdienern möglichst vermieden worden ist. Die Folgen des von allen Seiten untergrabenen Ansehens und Vertrauens der Staatsdiener läßt sich nicht verkennen. Ob Regierung und Regierte sich dabei wohl befinden werden, muß ich sehr bezweifeln.“

Kein Ruhmesblatt für die Weitsicht des Königs und der obersten bayerischen Verwaltungsbehörden bildete die 1837/38 innerhalb von zwölf Monaten wiederholte Wahl und Ernennung der Landräte. Am 12. 4. 1837¹⁹ ernannte Ludwig den neuen Landrat für den Rezatkreis, der jedoch nie in Aktion trat. Schuld daran war die wenige Monate später vorkommende Umbenennung der Kreise, die einige Gebietsveränderungen mit sich brachte. So erhielt der Regierungsbezirk Mittelfranken, der bisherige Rezatkreis, Zuwachs durch die Landgerichtsbezirke Beilngries, Eichstätt und Kipfenberg, dafür gingen die Landgerichte Herzogenaurach, Hilpoltstein, Monheim, Nördlingen und Wemding sowie mehrere Herrschaftsgerichte verloren. Insgesamt gesehen bedeuteten diese Veränderungen für Mittelfranken eine Gebietsverkleinerung.

Diese Neueinteilung des Königreiches machte erneut Wahlen der Landräte erforderlich, zu deren Zweck die Kreise ihre Steuerunterlagen austauschten. Alle Wählerverzeichnisse mußten neu angelegt werden²⁰.

Zusammen mit der Auflösung des Landrates im Rezat-, Isar-, Oberdonau-, Unterdonau-, Regen- und Obermainkreis ordnete der Monarch am 29. November 1837 die Neuwahl dieser Gremien nunmehr in Mittelfranken, Oberbayern, Schwaben, Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken an. In Mittelfranken blieb die Zusammensetzung der Landratsversammlung gegenüber dem ersten Wahlakt weitgehend unverändert²¹, lediglich einige Mitglieder, die nach der neuen Bezirkseinteilung ihren Wohnsitz nicht mehr in Mittelfranken hatten, schieden aus. Da Ludwig eine zweimalige Einberufung binnen eines Jahres verhindern wollte, erledigte der Landrat in seiner zweiwöchigen Sitzungsperiode 1838 mit der Prüfung des Budgets von 1835/36 und 1836/37 sowie der Voranschläge 1837/38 und 1838/39 praktisch ein doppeltes Pensum.

Die nächste Landratswahl stand 1844 auf dem Programm. Obwohl nur noch das Erfordernis einer relativen Stimmenmehrheit von 25 Prozent bestand, konnten von den vier Kandidaten aus der Klasse der protestantischen Pfarrer im ersten Wahlgang nur zwei ermittelt werden. Um das königliche Auswahlrecht nicht zu schmälern, wurde mit Erfolg ein zweiter Wahlgang veranstaltet. Der König berief aber schließlich doch die schon zu Beginn als Kandidaten gewählten Pfarrer Schmidlein und Esper in den Landrat.

Die Wahlorgane nahmen es mit den gesetzlichen Vorschriften nicht immer genau. Als nur fünf der sechs zu benennenden Kandidaten der adeligen Gutsbesitzer mehr als 25 Prozent der Stimmen erhalten hatten, fand kein ergänzender

¹⁹ I. B. 1837, S. 1033.

²⁰ StA N. Nr. 381 I.

²¹ I. B. 1838, S. 95.

Wahlakt statt, sondern es wurde dem König anheim gestellt²², ob nicht auch die 14 der insgesamt 59 Stimmen, die auf den am sechsten Platz rangierenden Freiherrn von Poellnitz entfallen waren, für die Wählbarkeit genügten. Die Reaktion Ludwigs auf dieses Verhalten ist nur insoweit ersichtlich, als er von einer Ernennung des Freiherrn von Poellnitz Abstand nahm.

Der 1844 ernannte Landrat blieb nur zwei Jahre im Amt. Gemäß einer königlichen Verordnung vom 24. April 1846²³ wurden die Landräte aller Regierungsbezirke mit Rücksicht auf die zahlreichen Veränderungen, welche sich durch die 1845 abgehaltenen Ständewahlen im Personalstand der Landräte ergaben, aufgelöst und Neuwahlen für Mai 1846 angeordnet.

Diese Verordnung ging auf einen vom 15. Dezember 1845 datierten Brief des Innenministers Abel an den König zurück²⁴, in dem auf das zwangsläufige Ausscheiden vieler Landratsmitglieder infolge ihrer Nominierung für die Ständeversammlung aufmerksam gemacht wird. Eine genaue Aufstellung sämtlicher betroffener Landräte war beigefügt. In einzelnen Regierungsbezirken waren es bis zu zehn, in Mittelfranken sechs Landräte, die in die Ständeversammlung gewählt worden waren. Abel befürchtete daher, daß das Recht des Königs, aus der Zahl der Ersatzleute neue Mitglieder für den Landrat zu ernennen, entweder gar nicht ausgeübt oder zumindest erheblich eingeschränkt werde. Für eventuelle Zwischenwahlen fehle es an besonderen gesetzlichen Bestimmungen.

Der Innenminister schlug aus diesem Grund die sofortige Auflösung des Landrats und Anberaumung von Neuwahlen vor, wozu der König nach Artikel VIII des Gesetzes vom 17. November 1837 berechtigt sei. Diese Handlungsweise besitze weiterhin den Vorteil, daß die nächsten Landratswahlen 1851 kurz auf die nächsten Ständewahlen folgen würden und somit abermalige Komplikationen vermieden werden könnten.

König Ludwig war mit dem Vorschlag seines Ministers nicht ganz einverstanden und vermerkte am 19. Dezember 1845 auf den Brief von Abel: „Dieser Augenblick scheint kein geeigneter zur Auflösung der Landräte. Mir schon jetzt aber anzugeben, bis wann sie spätestens zu geschehen hätte, damit es keine Verschiebung gebe hinsichtlich des Abhaltens der Landräte nach den landständischen Wahlen.“

In der Antwort bezeichnete Abel den 1. März 1846 als den besten Termin zur Auflösung, der dann auch vom König akzeptiert wurde.

In Anschluß an diese Wahlen im Jahre 1846 wurde von München gerügt, daß die Bestimmungen über die relative Stimmenmehrheit nicht überall streng genug eingehalten worden seien. In Mittelfranken ergab sich in der Klasse der Standesherren für fünf Kandidaten, nämlich Graf Carl von Pappenheim, Graf Ludwig von Castell, Graf Ludwig von Rechtern-Limpurg, Freiherrn von Würzburg und Fürst Karl von Wrede, Stimmengleichheit. Eine Ballotage, das gesetzlich vorgeschriebene Mittel zu einem Stichentscheid bei einer solchen Gleichheit, wurde von der mit der Stimmenzählung beauftragten Versammlung abgelehnt, da „die anwesen-

²² StA N. Nr. 515.

²³ Regierungsblatt 1846, S. 235.

²⁴ HStA M. Geh. HA, Blaue Schachteln XXI/586.

den Wahlzeugen alle beteiligt sind“²⁵. Ausnahmsweise wurde in diesem Fall ein Kandidat zuviel an den König zur Auswahl gemeldet.

Nach welchen Gesichtspunkten der Regent im Verlauf der ersten 20 Jahre des Bestehens der Landräte die Ernennung der Mitglieder vornahm, ist aus den Akten und Protokollen der damaligen Zeit nicht zu entnehmen. Es steht fest, daß die jeweilige Kreisregierung, nachdem sie sich durch die unteren Verwaltungsbehörden Bericht erstatten hatte lassen, dem König im Wege über das Ministerium des Innern zusammen mit der Zusendung der Wahlunterlagen Vorschläge über die zweckmäßigerweise zu ernennenden Kandidaten unterbreitete. Dieses Vorgehen war durchaus einleuchtend, denn wie sollten die höchsten Münchener Stellen anders Kenntnis über die Geeignetheit und Zuverlässigkeit irgendeines Landwirtes in einer abgelegenen kleinen Dorfgemeinde bekommen. Es ist anzunehmen, daß sich der König im Regelfall nach diesen Vorschlägen gerichtet hat.

Seine handschriftlichen Bemerkungen vom 4. März 1844 zu einem Schreiben von Abel über die Zuverlässigkeit des Münchener Apothekers Dr. Ignaz Zaubzer²⁶ zeigen jedoch, daß er sich persönlich mit der Ernennung der einzelnen Landräte beschäftigte und die letzte Entscheidung nicht untergeordneten Stellen überließ. Ludwig hatte gegen eine Berufung des als Landratskandidaten für Oberbayern gewählten Zaubzer Bedenken, weil er ihm als „irreligiös“ bekannt sei. Ausnahmsweise befindet sich in den Landratsakten von 1836 einmal ein Bericht des Landgerichts Erlangen²⁷ an die mittelfränkische Regierung mit einer Beurteilung über einen Kandidaten, der sich mit dem Gedanken trug, die Wahl abzulehnen. Es handelte sich dabei um Conrad Memmert aus Bruck bei Erlangen. Das Landgericht schreibt zu dieser Angelegenheit: „Nach dem Dafürhalten des Amtes wird es für den Landrat des Rezatkreises kein großer Verlust sein, wenn der Conrad Memmert als Landratskandidat übergangen wird, da er dem Amt als ein Mann von besonderen Einsichten und Gemeinsinn gerade nicht bekannt ist, und der Reichtum bei ihm noch zu den besten Eigenschaften gehört, die man an ihm zu erwähnen hat.“

In den Stellungnahmen der Verwaltungsinstanzen scheint demnach eine sehr offene Sprache geführt worden zu sein. Abschließend darf zu diesem Kapitel noch erwähnt werden, daß in allen Klassen vorwiegend die angesehensten und beliebtesten Bürger, nämlich diejenigen, die die meisten Stimmen erhielten, aus der Zahl der Kandidaten vom König ausgesucht wurden. Dieser Schluß ist aus einem Vergleich der Wahlakten mit den Ernennungslisten zu ziehen.

²⁵ StA N. Nr. 558.

²⁶ HStA M. Geh. HA, Blaue Schachteln XII/167.

²⁷ StA N. Nr. 368.

3. Kapitel

Der Geschäftsgang des Landrates

Die ersten Vorbereitungen für die alljährlichen Landratsverhandlungen traf ungefähr ein halbes Jahr vor den Sitzungen die Kreisregierung, Kammer des Innern, indem sie dem Auftrag des Innenministeriums zur Erstellung des Kreisetats nachkam. Weiterhin oblag es der Kreisregierung, Vorschläge über Beratungsgegenstände zu machen. Diese vorbereitenden Unterlagen wurden von den zuständigen Referenten in München geprüft und vor der Rücksendung an die Kreisregierung auch im Staatsrat behandelt. Dann erst erfolgt die Vorlage der Beratungsgegenstände an die Landratsversammlung..

Die Einberufung der Landratsmitglieder nahm die Kreisregierung vor, nachdem ihr vom König der Termin der Eröffnungssitzung mitgeteilt worden war. Die von Landräten unterschriebenen Empfangsbescheinigungen über diese Einladungen liegen, ebenso wie Entschuldigungen und ärztliche Atteste einzelner Mitglieder, den mittelfränkischen Regierungsakten über den Landrat bei.

Wie sich der technische Ablauf der Sitzungen gestaltete, läßt sich am besten aus den Akten des oberfränkischen Landratspräsidiums entnehmen¹. Daraus geht hervor, daß sich das Gremium außer mit den durch die Regierung ihr unterbreiteten Gegenständen auch häufig mit Anträgen aus der Mitte der Versammlung und sogar auch mit Petitionen von außenstehenden Personen befaßte.

Einer bestimmten Geschäftsverteilung entsprechend wurden die in einem „Geschäftsjournale“ genau registrierten Anträge von dem Landratspräsidenten mit kurzen Vermerken versehen und an die verschiedenen Ausschüsse weitergeleitet. Dort wurden die entscheidenden Vorarbeiten geleistet. Anschließend faßte die Vollversammlung auf Grund der in den Ausschüssen ausgearbeiteten Gutachten die offiziellen Beschlüsse.

Interessant ist, daß in den Originalprotokollen, die über den Verlauf der Debatten in den Ausschüssen berichten, die Mitglieder im Gegensatz zu den Beratungen in der 2. Kammer anonym blieben. Die Meinung einzelner Landräte wird zwar wiedergegeben, aber immer ohne Namensnennung. Gemäß dem Landratsgesetz wurden die Protokolle in die allgemeinen-öffentlichen, in denen vornehmlich Beratungen über den Kreishaushalt niedergelegt waren, und in die besonderen-geheimen, welche die Äußerungen über den Zustand des Kreises, sowie Anträge und Wünsche enthielten, unterteilt. Erstere mußten im Kreisarchiv hinterlegt werden, letztere hatte der Landrat direkt an das Innenministerium einzusenden. Während bei den allgemeinen Protokollen eine Pflicht zur öffentlichen Bekanntmachung bestand, mußte zur Veröffentlichung der besonderen Protokolle die Ermächtigung der Staatsregierung eingeholt werden. Diese Genehmigung wurde

¹ Vgl. Anmerkung 1, S. 2.

regelmäßig erteilt, manchmal allerdings unter der Bedingung, die Namen von erwähnten Personen beim Druck wegzulassen.

Obwohl Protokolle mit den Originalunterschriften sämtlicher Landratsmitglieder nur noch ganz vereinzelt vorhanden sind², ist das Ergebnis der Verhandlungen aller bayerischer Landratsversammlungen aus der Zeit von 1829 bis 1848 praktisch vollständig aus den teils gedruckten, teils lithographierten Protokollen ersichtlich³.

Die Landratsprotokolle fanden eine weite Verbreitung. Sie wurden an die Landratsmitglieder, ab 1831 auch an die Mitglieder der Ständeversammlung⁴ und an verschiedene staatliche Stellen wie Bibliotheken, Forstämter und unmittelbare Magistrate verschickt. Durch ein Repertorium der Landratsverhandlungen und der Abschiede, das Ferdinand Fischer in Wettenhausen mit königlicher Genehmigung⁵ ab 1836 herausgab, wurden die Früchte der landrätlichen Tätigkeit einem noch breiteren Publikum zugänglich. In späteren Jahren fand ein Protokollaustausch zwischen den Regierungsbezirken statt.

Nach der Beendigung der Sitzungsperiode begleitete die Kreisregierung die Protokolle mit umfangreichen Berichten an das Innenministerium, wobei sie zu den Vorschlägen, Wünschen und Beschwerden des Landrats Stellung nahm. Soweit notwendig, ließ der Innenminister die Protokolle zusammen mit den Regierungsberichten, oft nur im Auszug, bei den Sachbearbeitern in München umlaufen. Das persönliche Interesse des Königs an der Arbeit der Landräte war erstaunlich groß. Er erhielt die allgemeinen und besonderen Protokolle aller Kreise zugeleitet und kommentierte sie oft ausgiebig. Seine Bemerkungen zu den Verhandlungen des Landrats von Schwaben und Neuburg in der Versammlung für die Jahre 1837 bis 1839 zählen fast volle vier Seiten⁶. Auch zu den mittelfränkischen Verhandlungen in dem gleichen Zeitraum verfaßte Ludwig nicht weniger als 21 Signate⁷. Aus ihnen ergibt sich eine gewisse Kleinlichkeit des Monarchen in formellen Fragen, wenn er beispielsweise an der vom Regierungspräsidenten an die mittelfränkischen Landräte gebrauchten Anrede „Hochzuverehrende Herren“ Anstoß nimmt und dafür die Anrede „Meine Herren“ wünscht. Ebenso wenig sind dem König die Ausdrücke „Provinz“ und „Volksschule“ genehm. „Kreis“ oder „Regierungsbezirk“ beziehungsweise „Teutsche Schule“ sind die Bezeichnungen, die er anordnet.

² Zum Beispiel a) das besondere Protokoll des Regierungsbezirkes Mittelfranken von 1844 im BHStA M. Geh. HA, Blaue Schachteln XII, 167 oder b) das Protokoll der Eröffnungssitzung des Landrats des Rezatkreises 1829, StA N. Nr. 275 I.

³ Eine nahezu komplette Sammlung aller Landratsprotokolle aus den verschiedenen bayerischen Kreisen für die Jahre 1829–1848 befindet sich im BHStA M. Abt. I in den Akten des Staatsrates, Nr. 28 55.

⁴ Nach einer Entschließung des Staatsministers des Innern vom 22. November 1831 hatte die Kreisregierung jedem in ihrem Kreis wohnhaften Mitglied der Ständeversammlung ein Exemplar der im Druck erscheinenden Landratsprotokolle zuzustellen. Döllinger VII, S. 435.

⁵ I. B. 1836, S. 1749.

⁶ Vgl. B. Zittel, Der geschichtliche Wert des Landrats. Protokolle in Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 1955, Heft 3/4, S. 40.

⁷ Die Abschrift der am 6. August 1838 in Bad Brückenau gegebenen Signate befindet sich im HStA M. Geh. StA, MA 1921 J. V. 50 15.

⁸ Zum Beispiel bei den gedruckten Protokollen des Landrats von Oberbayern 1844 I im HStA M. Geh. StA, MA 1921 J. V. 50 15.

Ähnlich wie viele Abschiede zeigen auch die Signate die Abneigung des Königs gegenüber einer etwas großzügigeren Finanzpolitik. Einmal galt seine Kritik der zu großen Freigiebigkeit des Landrates mit den Erübrigungen. „Was soll daraus werden, wenn keine mehr da sind? Ohne weise Sparsamkeit in den Kreisen werden stets an die Staatskasse unangemessene Forderungen gemacht werden. Darauf muß gehalten werden“ war sein Kommentar zu diesem Punkt. An einer anderen Stelle heißt es „Wenn der Landrat die Aversalssumme (= Staatszuschuß) in solchen Größen bemessen haben will, daß er Hoffnungen zu Erübrigungen hat, so erscheint diese Forderung an die Staatskasse doch gewiß höchst unbillig“.

Gegenüber dem geplanten Bau einer Promenade in Wildbad bei Rothenburg o. T. lautete sein ablehnendes Argument: „Wenn das Unbedeutende nach eben dem Stil wie das Große und Wichtige behandelt wird, so ist des Ausgebens kein Ende.“ Zu einem kleinen Teil sind Signate nicht nur in Abschriften überliefert worden, sondern noch im Original erhalten geblieben⁸.

Den Schlußpunkt unter die Verhandlungen setzte der Landesherr in dem Landratsabschied, der jeweils im Kreis-Intelligenzblatt veröffentlicht wurde. Der vom Innenministerium entworfene und im Staatsrat beratene Abschied begann jeweils mit folgender Präambel:

LUDWIG

von Gottes Gnaden, König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben usw.

Wir haben Uns über die von dem Landrat des . . . Kreises in der Sitzung vom . . . bis . . . gepflogenen Verhandlungen Vortrag erstatten lassen und erteilen hierauf nach Vernehmung Unseres Staatsrates nachstehende Entschließungen.

4. Kapitel

Die Zuständigkeit des Landrates in Theorie und Praxis

Noch kurz vor dem erstmaligen Zusammentritt des Landrates bestand bei den Kreisregierungen weitgehend Unklarheit über die bei der Eröffnung und der Durchführung der Sitzungen zu beobachtenden Förmlichkeiten. Da diesbezügliche Hinweise aus München nicht mehr erwartet wurden, wandte sich der Regierungspräsident und Generalkommissär des Rezkreises, Arnold von Miege, mit Schreiben vom 24. November 1829 an seinen Amtskollegen im Rheinkreis von Sticher, um von ihm Näheres in Erfahrung zu bringen. Von Sticher, in dessen Kreis schon seit über einem Jahrzehnt Landratstagungen stattgefunden hatten, antwortete aus Speyer auf diese Anfrage postwendend², und machte darauf aufmerk-

¹ StA N. Nr. 275 I.

² StA N. Nr. 275 I.

sam, daß die Verhandlungen nicht öffentlich seien und der Eröffnung keine gottesdienstliche Feier vorausginge.

Wesentlicher als die Unklarheiten über den förmlichen Verlauf der Versammlungen waren die allseits vorhandenen Zweifel über den Zuständigkeitsbereich des Landrates. Diese Zweifel waren wohl vor allem auf den verschiedenen Deutungen erlaubenden Wortlaut des § 2 Nr. 4 LRG zurückzuführen, der zum Wirkungskreis des Landrates „die Äußerung über den Zustand des Regierungsbezirkes und über die etwa wahrgenommenen Gebrechen der Verwaltung sowie die Stellung hierauf bezüglicher Anträge zur Abhilfe und Verbesserung“ zählte.

Bevor der König die ersten Landratsmitglieder ernannt hatte, forderte er am 26. März 1829 alle Kreisregierungen auf, „über die der Beratung des Landrates dieses Kreises bei seiner bevorstehenden Versammlung zu untergebenden Gegenstände binnen vier Wochen gutachterlichen Bericht zu erstatten“³.

Diese Anweisung, die erkennen läßt, daß auch bei den höchsten Stellen über die Zuständigkeit der neuen Institution keine klaren Vorstellungen herrschten, wurde im Rezatkreis vom Regierungspräsidenten am 31. März 1829 an alle Referenten weitergeleitet. Von Miege vertrat in seinem Begleitschreiben⁴ den Standpunkt, daß die Beratungen der Landräte gemäß § 2 Nr. 2 LRG der nächsten Ständeversammlung vorhergehen mußten, um den Betrag der fakultativen Ausgabe überblicken zu können, auf welchen sich für die ersten drei Jahre der nächsten Finanzperiode die Festsetzung des Maximums der Kreisumlage zu gründen hatte.

Die Antworten der Referenten⁵ betrafen einen sehr vielseitigen Themenkreis. Sie zeigten, daß einerseits die ziemlich unpräzise Definition des § 2 viele Möglichkeiten offen ließ, und daß andererseits zahlreiche heutige Probleme der öffentlichen Verwaltung in ähnlicher Weise auch schon vor über 100 Jahren auftauchten.

Eine Anregung des Rates von der Heydte befaßte sich mit der Schaffung einer Unterkunft- und Beschäftigungsanstalt für entlassene Straftäter, die nach ihrer Strafverbüßung nicht sogleich Aufnahme und Arbeit finden könnten. Der Referent stellte die Gefahr heraus, daß solche sich selbst überlassenen „Individuen“ schnell wieder mit dem Gesetz in Konflikt kämen. Daher sei man die Errichtung einer derartigen Anstalt dem ordentlichen Staatsbürger im Hinblick auf die Sicherheit seiner Person und seines Eigentums schuldig. Bemerkenswert war der Hinweis, daß im Gegensatz zu Bayern in anderen Staaten entsprechende Einrichtungen bereits existierten.

Ein ausführliches Gutachten erstattete Rat Sieß, der Referent in „Heimat-, Ansässigmachungs- und Gewerbeachen“. Er bemängelte den zu geringen Umfang der ausdrücklich freigegebenen Gewerbearten, für die keine staatliche Konzessionen erforderlich war und kritisierte die mangelhafte, an manchen Orten sogar unterschiedliche Abgrenzung der konzessionsbedürftigen von den konzessionslosen Gewerbebezügen. Mit dem Bedauern über die „niedrige Stufe von Intelligenz in den unteren Volksschichten“ verband Sieß die Ansicht, daß eine umfassende Auf-

³ StA N. Nr. 226.

⁴ StA N. Nr. 226.

⁵ StA N. Nr. 226.

klärung der Bevölkerung über die Vielzahl der möglichen Beschäftigungen und der dazu notwendigen Voraussetzungen von großem Nutzen sein würde. Viele Arbeiter wären nämlich nicht in dem für sie auf Grund ihres fachlichen Könnens und Talentes geeigneten Berufen untergebracht. Besonders auf dem Lande und in den kleineren Städten würden in vielen Familien von Tagelöhnern und bei „durch Juden in Schulden und Verderben gelockten“ Landleuten große Not bestehen. Günstiger sei die Lage in Nürnberg und dessen näherer Umgebung, wo es für die Arbeiter eher möglich wäre, von einem Berufszweig zu einem anderen überzuwechseln.

Um Abhilfe zu schaffen, schlug Sieß die Gründung einer Anstalt vor, „durch deren Vermittlung die Kunde über die in den einzelnen Städten, Märkten und sonstigen Orten in Betriebe stehenden Fabriken, kommerzielle Gewerbe- und freie Erwerbsarten, über die für ein und das andere dieser Geschäfte aus den örtlichen Verhältnissen hervorgehenden Vorteile und Begünstigungen, über die unerlässlichen Anforderungen hinsichtlich der technischen Vorbereitung oder wenigstens der persönlichen Empfänglichkeit für diese Vorbereitung an die einzelnen — einer solchen Belehrung höchst bedürftigen — im Volke gegeben werden könnte“. Diese Anstalt sollte mit den Details des neuesten Gewereregisters ausgerüstet werden und auf eine „weitere Bereicherung der Notizen über das Wesen so mancher nur dem Namen nach aufgeführten Erwerbsarten bedacht sein“.

Am Schluß des Gutachtens wird die Idee einer Berufsaufklärung mit der Errichtung von Gewerbekammern in Verbindung gebracht und die Möglichkeit erwähnt, die Gewerbeschulen zukünftig auch Erwachsenen zugänglich zu machen.

Kurzgehalten war die Stellungnahme des Finanzreferenten von Bever. Infolge Fehlens eines gesonderten Kreisfonds hielt er aus seinem Ressort lediglich die Umlage für den Straßbau als einen zur Beratung durch den Landrat passenden Gegenstand.

Die Vorschlagsliste des Direktors der Kammer des Innern von Luz umfaßte folgende Punkte:

I. Als gesetzliche notwendige Kreisumlagen:

1. Die Erbauung neuer und die Wiederherstellung durch Kriegsfuhrwerke oder Naturereignisse ruinierten Landstraßen.
2. Die Pflegekosten heimatloser Personen, deren Tragung keiner bestimmten Gemeinde auferlegt werden kann.
3. Die Kriegslasten, welche nach Artikel 2, Satz 5 des Gesetzes über die Peraequatur der Kriegslasten als gemeinsame Kreislasten anzusehen waren.

II. Als fakultative Kreisumlagen für gemeinnützige Zwecke:

1. Die Errichtung eines allgemeinen Irrenhauses für den Rezatkreis. Die Trennung des Irrenhauses zu Schwabach von dem dortigen Strafarbeitshaus und die Erweiterung dieser Anstalt für Blöd- und Wahnsinnige.
2. Die Errichtung einer Taubstummenschule für den Kreis.

In einem anderen Referentenbericht wurde die Notwendigkeit betont, daß der privaten Unterstützungsanstalt für die Hinterbliebenen der Schullehrer im Rezatkreis von seiten des Staates eine größere Hilfe zuteil werde, „welche diesem beschwerlichen, aber meist gering belohnten Dienste nicht versagt werden kann,

ohne diejenigen, welche ihn leisten, in Ansehung der ihrigen über die Haltbarkeit der fraglichen Anstalt in eine beunruhigende Ungewißheit zu versetzen, welche ihnen die zu ihrem Amte unentbehrliche Heiterkeit raubet“.

Der Bericht des Medizinalrates Geßner enthielt den etwas merkwürdig klingenden Antrag, „die Kosten für Anschaffung der Apparate zur Rettung von Scheintoten“ unter die Ausgaben des Regierungsbezirkes aufzunehmen. Jedes Landgericht und jeder unmittelbare Magistrat sollte einen solchen Apparat, der 15 bis 16 Gulden kostete, erwerben. Der für das Verkehrswesen zuständige Sekretär Hänlein nannte 14 Vizinalstraßen, deren Bau und Unterhaltung für den inneren Verkehr des Kreises von besonderer Wichtigkeit waren. Seiner Meinung nach fielen die Kosten für diese Straßen unter die Ausgaben für gemeinnützige Zwecke. Daß die leitenden Verwaltungsbeamten der Einführung der Landräte mitunter mit einer gewissen Skepsis gegenüberstanden, bewiesen die Äußerungen des Regierungspräsidenten, der zwar bemerkte, daß die Mitwirkung des Landrates in vielen Angelegenheiten wünschenswert sei, daß aber seine Tätigkeit vorerst, „so lange die Vorbedingungen nicht erfüllt sind“, noch enge Grenzen gesetzt sein dürften. Die fehlende Vorbedingung stellte die noch nicht erfolgte Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten dar.

Von Mieß sprach sich dagegen aus, daß den Ständen des Königreiches die Festsetzung des Maximums der zu erhebenden Kreisumlage vorbehalten war und zog daraus den Schluß: „Bei diesen Umständen wird sich zur fruchtbaren Beschäftigung des nächsten Landrates wenig begutachten lassen.“

Zu der in § 2 Nr. 2 niedergelegten Prüfungsbefugnis des Voranschlags der Kreisausgaben und dem Antragsrecht auf Feststellung der zur Deckung der Ausgabe erforderlichen Kreisumlagen und ihrer Verteilung schrieb er, daß es noch an jeder haltbaren Grundlage der Beratung fehle. Denn es stehe nicht fest, welche Ausgaben den Kreisen zugewiesen werden sollen und welche davon als notwendig oder als fakultativ zu betrachten seien. Auch die Bestimmung eines Ausgabe-maximums fehle.

Anschließend setzt sich der Regierungspräsident für eine bessere Unterstützung der Pferdezucht ein, die ehemals in einem großen Teil des Rezatkreises, der Markgrafschaft Ansbach, in hoher Blüte gestanden hatte, seit einer Reihe von Jahren aber in Verfall gekommen war. Den Hauptgrund hierfür sah der Regierungspräsident in der Tatsache, daß Landwirte wertvolle Fohlen entweder in das Ausland verkauften oder zu früh zur Arbeit verwandten. Seine Anregung ging dahin, die Tiere in einem öffentlichen Fohlenhof aufzuziehen und den Landwirten durch die Aussetzung von staatlichen Prämien einen Anreiz zur Pferdezucht zu geben.

Aus den Akten des Staatsrates geht hervor, daß die übrigen Kreisregierungen gleichfalls einen vielseitigen Kreis von Beratungsthemen vorschlugen. Offenbar wurde nicht nur von der Ansbacher Kreisregierung der für den Landrat vorgesehene Umfang des Zuständigkeitskatalogs überschätzt.

In München war man nämlich von Anfang an nicht geneigt, der Institution ein allzu großes Tätigkeitsfeld einzuräumen. So schrieb am 18. Oktober 1829 von Schenk an den König⁶, „daß es ungeeignet scheine, Gegenstände der künf-

⁶ Akten des Königlichen Staatsrates, HStA M. Abt. I. Generalia I, Nr. 2848.

tigen Gesetzgebung vor den Landrat zu bringen, auch sorgfältig zu vermeiden sei, daß nicht in Verwaltungssachen, zum Beispiel hier Veränderung der Regierungsbezirke, das Recht zu Verbesserungen und Abänderungen der Regierung durch neue Anordnungen und Gesetze mittelbar entrissen würde“.

Von Schenk riet, solche Beratungsgegenstände auszuwählen, bei denen der Landrat auf Grund seiner Zusammensetzung ein auf nähere Beobachtung und Erfahrung gegründetes Urteil fällen könne. Darunter verstand er auch die Ausscheidung der Kreislasten von den allgemeinen Staatslasten, weil die Staatsregierung dadurch, besser als auf irgendeinem anderen Wege, „Kenntnis von den Meinungen und Ansichten“ erlangen könne. Das Gutachten würde sicher wichtige Anhaltspunkte für die weitere Einleitung der Ausscheidung der Kreislasten gewähren. Grundsätzlich hielt von Schenk die Ausscheidung für wünschenswert, da mit ihr ein angemessener Teil des öffentlichen Haushalts unter die Mitaufsicht des Landrates gestellt würde. Die Gesamtheit der Kreisbewohner bringe gerade dieser Sparte der öffentlichen Verwaltung ein lebhaftes Interesse entgegen.

Der Staatsrat lehnte aber in der Sitzung am 16. Oktober 1829 die Ausscheidungsfrage als unpassend für die Beratung in der Landratsversammlung ab.

Und wie sah die Praxis aus? Fast vollzählig war der Landrat des Rezatkreises zu seiner Eröffnungssitzung am 7. Dezember 1829 im Ansbacher Schloß erschienen. Nur zwei der insgesamt 27 Mitglieder fehlten, als der königliche Bevollmächtigte, Regierungspräsident v. Mieg, den Dank an den König für die „von der wohlwollenden Weisheit unseres unvergeßlichen Königs Maximilian dem Lande zugedachten, von König Ludwigs Willenskraft vereint mit der prüfenden Sorgfalt der Stände des Königreiches ins Leben gerufene Nationalanstalt“ an die Spitze der Begrüßungsansprache⁷ stellte.

Von Mieg verschwieg aber nicht, daß „noch nicht alle Vorbedingungen der Wirksamkeit des Landrates durch die gesetzgebende Gewalt festgestellt sind“ und daher der Versammlung vorläufig nur eine beschränkte Anzahl von Beratungsgegenständen unterbreitet werden könnten. Guten Rat und rechtes Wissen dem König in Angelegenheiten des öffentlichen Wohles zu bringen, bezeichnete der Regierungspräsident als die Hauptaufgabe des Landrates, dem die Staatsregierung mit offenem Vertrauen entgegenkomme.

Die Begrüßung enthält im folgenden ein Loblied über die vielen Fortschritte des öffentlichen Lebens in der letzten Zeit. „Eine seit Jahrhunderten nicht gekannte Ungeundenheit der Rede und der Presse“ wird gepriesen, und „der nicht durch strenge Normen beherrschte, sondern der eigenen Sorgfalt der Familienväter und dem Rate der Lehrer anvertrauten Gang der hohen Studien“ erwähnt. Abschließend heißt von Mieg den Landrat als einen redlichen und emsigen Mitarbeiter der Kreisregierung willkommen.

Die erste Handlung, die der Landrat unter Leitung des Alterspräsidenten Dr. Meier vornahm⁸, war die Wahl des Ritters von Lang zum Präsidenten der Versammlung und des Erlanger Universitätsprofessors v. Schunck zum Sekretär. Mit dem Ritter v. Lang hatte das Gremium einen der Regierung recht unbequemen

⁷ Allg. LRPr 1829, StA N. Nr. 275 I.

⁸ Allg. LRPr 1829, StA N. Nr. 275 I.

Mann zu ihrem Wortführer gemacht. Langs Wahl ist wohl als Ausdruck einer gewissen oppositionellen Haltung der Landräte aufzufassen. Mit seiner starken protestantischen Bevölkerung war ja gerade der Rezatkreis von den Ideen der Aufklärung und des Liberalismus wesentlich mehr erfaßt als Altbayern⁹.

Die erste Differenz zwischen der Landratsversammlung und den staatlichen Verwaltungsstellen ließ auch nicht lange auf sich warten. Ausgelöst wird sie durch eine schriftliche Aufforderung v. Langs an die Kreisregierung, dem Landrat Einzelheiten eines von der Regierung „in Vollzug gesetzten Ausschlags von 276 000 Gulden“ — es handelte sich hierbei um eine Kreisumlage — mitzuteilen¹⁰. In der ablehnenden Antwort¹¹ spricht die Kreisregierung unter Berufung auf § 28 LRG dem Landrat die Berechtigung ab, auf diesem Weg überhaupt Informationen verlangen zu können.

Noch bevor die erste Sitzungsperiode ganz verstrichen war, berichtete die Kreisregierung auftragsgemäß schon am 13. Dezember 1829 dem König über den Verlauf der ersten Verhandlungswoche. Dieser Bericht¹² ist voll Skepsis über die Nützlichkeit der neuen Institution.

Es wird darin aufgeführt, daß die drei Arbeitsausschüsse zwar anhaltend getagt hätten, ob jedoch auch mit viel Umsicht beraten worden sei, müsse sich erst ergeben, denn „bei weitem die wenigsten Mitglieder haben von der eigentlichen Bestimmung des Landrates noch zur Zeit einen klaren Begriff; damit verbindet sich eine sehr unvollständige Kenntnis der bestehenden Gesetze und Verordnungen.“

Die Abneigung gegen neue Bewilligungen erklärte sich die Kreisregierung daraus, daß die Mehrzahl der Landräte überall nur neue drohende Steuerlasten sehe. Aus diesem Grund sei vor allem das Mißtrauen gegen alle Anträge im Zusammenhang mit der Schaffung gemeinnütziger Anstalten groß.

Klage wird wegen der oftmaligen Abwesenheit der beiden Landratsmitglieder aus der Klasse der erblichen Reichsräte geführt. Wären Fürst v. Wrede und Graf v. Pappenheim bei den Sitzungen dauernd anwesend gewesen, dann — so lautet die Folgerung in dem Bericht nach München — hätte sicherlich manche Beratung eine andere Wendung genommen. Der König wird schließlich auf die Vorlage von mehreren Anträgen und Wünschen vorbereitet, obwohl bereits viele durch die „Geschäftskunde und Besonnenheit“ des Präsidenten zurückgewiesen worden seien.

Die Reaktion des Königs auf die ersten Landratsverhandlungen war typisch für die nächsten 20 Jahre: In dem Landratsabschied¹³ finden sich zu den Anträgen vorwiegend Formulierungen wie „wird in Erwägung gezogen“, „werden Wir in weitere Betrachtung nehmen“ oder „es wird von der Kreisregierung Mitteilung ergehen“. Zu dem besonderen Protokoll¹⁴ wird nicht in allen Punkten Stellung genommen, dafür aber neben der Ablehnung von Wünschen der Inhalt und der Ton des vom Landrat vorgelegten Berichtes kritisiert.

⁹ Vgl. W. Lempfrid, Die Anfänge des parteipolitischen Lebens in der politischen Presse in Bayern unter Ludwig I, S. 2 ff.

¹⁰ StA N. Nr. 275 I.

¹¹ StA N. Nr. 275 I.

¹² StA N. Nr. 275 I.

¹³ I. B. 1830, S. 882 ff.

¹⁴ StA N. Nr. 275 I.

Es heißt in diesem ersten Abschied am Ende: „Wir erwarten übrigens künftig die genaue Beobachtung des § 28 LRG, wonach die Äußerung des Landrates über den Zustand des Kreises und die diesbezüglichen Anträge und Wünsche in einem besonderen Protokoll niederzulegen, nicht aber in Berichtsform Uns vorzutragen sind. Auch haben wir mit Bedauern wahrgenommen, daß die Fassung dieses Vortrages den Charakter des Ernstes und des würdigen Ausdrucks, welche dem Landrat sowohl die Sache, als seine Stellung gebietet, größtenteils vermissen lasse.“

Durch diese ungnädigen Worte des Königs fühlte sich der Ritter v. Lang, wie er in einem Brief¹⁵ an die Kreisregierung schreibt, vor seinen Mitbürgern auf empfindliche Weise bloßgestellt. Die Weigerung, an der nächsten Sitzungsperiode des Landrates teilzunehmen, begründet v. Lang wie folgt: „Zudem ist die Kompetenz des Landrats selbst nach dem Gesetz von 1828 für die ganze Gesamtheit noch so unbedeutend, daß sie sich fast nur auf Übernahme der Straßenbau-Scharwerke und die Vorsorge für die Vaganten beschränkt, besonders nachdem die schätzbarste Befugnis von Allen, welche das Landratsgesetz von 1828 § 2 Nr. 4 ohne allen Vorbehalt ausgesprochen, ‚sich über den Zustand des Regierungsbezirkes und über Fehler in der Verwaltung sowie die Einbringung von Anträgen zur Abhilfe und Verbesserung äußern zu dürfen‘ durch die allgemeine Klausel in sämtlichen Landratsabschieden, ‚sofern sich diese Äußerungen und Anträge zum Wirkungskreis des Landrates eigneten‘, künftig in allen Fällen, wo nicht ein Gutachten besonders erlaubt und gefordert werden sollte, soviel als ganz und gar aufgehoben und zurückgenommen ist.“

Weiterhin bemängelt v. Lang, daß von den beinahe 40 Anträgen und Wünschen des ersten Landrates von 1829 nur drei „ausgehoben“, aber auch diese völlig abgeschlagen worden seien. Die Beschwerde über große Ungebühren der Steuerregulierungskommission sei sogar im gedruckten Protokoll völlig unterdrückt worden.

Da somit „Die Freiheit der Rede und der Sprache gehemmt werden sollen“, sieht sich der frühere Präsident nicht mehr im Stande, in der Versammlung zu wirken. Der Brief schließt etwas theatralisch mit dem Satz: „Ich fürchte nicht, daß auch hier wieder meine Sprache mißfallen solle, da sie noch mehr ist als Sprache, ein Sang — mein Schwanengesang.“ Der Landrat und die Kreisregierung ließen diese Entschuldigungsgründe nicht gelten¹⁶ und forderten den Ritter v. Lang, allerdings ergebnislos, zum Erscheinen in der Sitzung von 1830 auf.

Auf Grund des unerfreulichen Nachspiels, welches das besondere Protokoll von 1829 zur Folge gehabt hatte, vermied die Versammlung im nächsten Jahre alles, was neuerlich den Zorn der Monarchen hätte herausfordern können. Um ganz sicher zu gehen, wurden keinerlei besondere Anträge und Wünsche gestellt. Diese Haltung verfehlte ihre günstige Wirkung nicht, wie die Schlußworte des Abschiedes aus dem Jahre 1830 zeigen: „Wir haben übrigens in den Verhandlungen des Landrats die Gesinnung eifriger Teilnahme an der Beförderung des öffentlichen Wohls, die sorgfältige und ernste Beratung und den Ausdruck offenen und festen Vertrauens wohlgefällig bemerkt und geben hierüber Unsere volle Zufriedenheit zu erkennen.“¹⁷

¹⁵ Allg. LRPr 1830, S. 9, Nr. 288.

¹⁶ Allg. LRPr 1830, S. 27, Nr. 288.

¹⁷ I. B. 1831, S. 321 ff.

Der König rügte lediglich das Fehlen eines besonderen Protokolls, in dem gemäß den §§ 2, 28 LRG die Äußerungen über den Zustand des Kreises niedergelegt hätten werden sollen. Der neue, 1831 erstmals für die Dauer von sechs Jahren ernannte Landrat, fand durch die inzwischen erfolgte Ausscheidung der besonderen Kreislasten von den allgemeinen Staatslasten und die damit verbundene Auflösung der zentralisierten Fonds einen erheblich erweiterten Wirkungskreis vor.

Diese Tatsache wurde in der Eröffnungsrede¹⁸ der Landratsversammlung 1832 von den Regierungspräsidenten auch entsprechend gewürdigt. Von Stichaner hob hervor, daß der Landrat erst jetzt „Körper, Geist und Leben“ erhalten habe, nachdem er nicht nur die Bedürfnisse des Landes zu erwägen, nicht bloß Wünsche und Anträge zu äußern habe, sondern diese selbst erfüllen könne. Allerdings dürfe sich die Versammlung nicht auf weitere Mittel aus Staatsfonds verlassen, vielmehr müsse sie die Kraft aus dem Kreis selbst schöpfen.

Die verspätete Einberufung dieses neu ernannten Landrats — die Sitzungsperiode fand nicht, wie vorgesehen 1831, sondern erst im Mai 1832 statt — war auf die Ausscheidung der Kreislasten zurückzuführen. Die Ausarbeitung des vom Landrat zu prüfenden Kreisbudgets war nämlich von der mit ständischer Zustimmung im Dezember 1831 erfolgten Feststellung des allgemeinen Staatsbudgets für die 1831 beginnende III. Finanzperiode abhängig. Die in § 3 LRG ausgesprochene und nunmehr verwirklichte Regelung, daß jeder Kreis die Kosten seiner Verwaltung unter Zuweisung angemessener Staatsfonds selbständig verrechnen sollte, erforderte naturgemäß umfangreiche Vorbereitungen, vor allem eine völlige Umarbeitung aller Ministerial- und Kreisetats.

An dieser Stelle erscheint ein kurzer Blick auf das Zustandekommen des Kreisbudgets angebracht, durch den die diesbezüglichen Kompetenzen des Landrats deutlicher werden.

Das von der jeweiligen Kreisregierung ausgearbeitete Budget wurde dem Staatsministerium des Innern, unter Mitteilung an das Staatsministerium der Finanzen, und von dort aus dem König vorgelegt. Mittels allerhöchster Entschließung gelangte es an die Kreisregierung zurück, die dann das Kreisbudget für das jeweils kommende Jahr dem Landrat zur Beratung unterbreitete. Die Versammlung prüfte die Voranschläge auf die einzelnen Angaben, wobei sie namentlich das vorgeschlagene Prozentmaß an Kreisumlagen begutachtete. Ihre Stellungnahme ging über die Kreisregierung wieder nach München. Die Veröffentlichung im Abschied bildete den Schlußpunkt unter den Werdegang des Kreisbudgets. Durch die Publikation im Abschied war für die dort aufgeführten, zur Deckung der Kreislasten bestimmten Summen, die Ermächtigung zur Verwendung derselben gegeben, ohne daß es noch einer ministeriellen Kreditassiguation bedurfte. Nach dem Erscheinen des Abschiedes hatten die Kreisregierungen den Kreisetat auf die zuständigen Ämter (Kreiskasse und Rentämter) zu verteilen¹⁹. Anschließend erhoben die Rentämter die festgesetzten Kreisumlagen.

Der Abschied enthält aber neben den Voranschlägen auch die vom Landrat geprüften Rechnungen über die Kreisfonds und Kreisanstalten — im Rezatkreis ge-

¹⁸ Allg. LRPr 1832, StA N. Nr. 321 II.

¹⁹ Stokar, a. a. O., S. 197.

hörten die Kreishilfskasse und die Maximiliansstiftung dazu — für das jüngst abgelaufene Rechnungsjahr. Die Kreisfondsrechnungen waren dabei vorher genau so wie die übrigen Staatsfinanzrechnungen bereits revidiert und superrevidiert worden. Die Tätigkeit des Landrats im Hinblick auf den Kreishaushalt war demnach eine doppelte: eine begutachtende für das kommende Jahr und eine prüfende für das verflossene Jahr.

Die Kammern des Königreiches besaßen insofern einen Einfluß auf den Kreishaushalt, als die Zuschüsse aus der Staatskasse zur Bestreitung von Kreisausgaben der Beratung und Beschlußfassung anläßlich der Feststellung des Staatsbudgets unterlagen und die Landratsverhandlungen nebst einer Zusammenstellung über die Kreisfondsrechnungen dem Landtag vorgelegt wurden²⁰.

In den folgenden Jahren erlebten die 1829 begonnenen Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des landrätlichen Zuständigkeitsbereiches immer wieder Neuauflagen. Teilweise waren die Ermahnungen im Abschied recht milde, wie zum Beispiel 1832²¹ „Indem Wir übrigens an die in § 2 Ziff. 2 LRG festgesetzte rein begutachtende Natur der Landratsverhandlungen und die in § 24 Ziff. 4 LRG verbotene Annahme von Eingaben und Beschwerden erinnern, können Wir nicht umhin ...“, teilweise aber auch im wesentlich schärferen Ton gehalten. Hierfür gibt der Abschied von 1842 ein Beispiel²², der die Aufforderung an den Landrat, den § 29 LRG einzuhalten, mit folgender Drohung verknüpfte: „Dem Landrat wird nicht entgehen, wie die Umgehung gesetzlicher Vorschriften und die Vernachlässigung der nötigen Umsicht und Gründlichkeit in der formellen und materiellen Behandlung der ihm übertragenen wichtigen Geschäfte nicht nur den gestellten Anträgen jeden Anspruch auf Berücksichtigung entziehen, sondern auch Uns in die bedauerliche Nnotwendigkeit setzen müßte, den gesetzlichen Vorschriften durch ernste Maßnahmen Geltung zu verschaffen.“

Der König scheint jedoch den Weg über die Rüge wegen der angeblichen Überschreitung der Zuständigkeit auch dazu benutzt zu haben, um unangenehme Anträge und Wünsche nicht beantworten zu müssen.

Für diese Folgerung spricht sein Verhalten im Jahre 1840, als er mit dem Bemerkten, daß der Landrat im besonderen Protokoll mehrfach die Grenzen seines Wirkungskreises überschritten habe und bei einzelnen Anträgen überdies die erforderliche sachliche Begründung fehlen würde, überhaupt nicht Stellung nahm²³.

Der Landrat beklagte sich im nächstjährigen Protokoll darüber, daß ihm kein Aufschluß gegeben wurde, in welchen der insgesamt neun Punkte des besonderen Protokolls und wodurch er die Grenzen seines Wirkungsbereiches verletzt hätte.

Immerhin konnte die Versammlung von 1840 nachträglich doch noch einen Erfolg verzeichnen. Ein Beschwerdepunkt in dem nicht beschiedenen Protokoll von 1840 betraf nämlich die zu kurzfristige Einberufung der Landräte²⁴, die in diesem Jahr ihre Einladungen zu den Sitzungen erst 14 Tage vor dem ersten Verhandlungstag erhalten hatten. 1841 wurde der Wunsch der Landratsmitglieder auf

²⁰ Stokar, a. a. O., S. 44; Vgl. dort auch weitere Einzelheiten über den Kreishaushalt.

²¹ I. B. 1832, S. 1785.

²² I. B. 1842, S. 563.

²³ I. B. 1841, S. 589.

²⁴ Bes. LRPr 1840, StA N. Nr. 432.

eine frühere Bekanntgabe der Sitzungstermine erfüllt, denn sie wurden schon über ein Monat vor Beginn der Sitzungsperiode von der Kreisregierung verständigt²⁵.

Ähnlich wie der Landrat des Rezatkreises wurden, wie die anderen Abschiede beweisen, auch die meist zur gleichen Zeit stattfindenden Versammlungen der übrigen Kreise mit dem Hinweis auf ihre nur begutachtende Tätigkeit in ihre Schranken verwiesen²⁶.

Eine ausgezeichnete Idee, um derartige Kontroversen zu vermeiden, hatte der oberfränkische Landrat: er verzichtete in den Fällen, in denen ihm seine Zuständigkeit zweifelhaft erschien, auf die Aufnahme der betreffenden Anträge oder Wünsche in das besondere Protokoll und schickte sie mit einem empfehlenden Begleitschreiben gesondert von den Protokollen an die Kreisregierung. Diese Handlungsweise erregte offensichtlich bei den Regierungsstellen keinen Anstoß, denn der Landrat praktizierte sie Jahr für Jahr weiter. Besonders scharf prallten die gegensätzlichen Meinungen in Mittelfranken in den Jahren 1844 bis 1846 aufeinander. Im allgemeinen Protokoll von 1844 I ist ein Schreiben des Innenministeriums an die Kreisregierung abgedruckt²⁷, das dem Landrat die Entfernung aller unpassenden Stellen aus dem allgemeinen Protokoll androht.

Als die Versammlung daraufhin im besonderen Protokoll um eine wohlwollende Begutachtung ihrer Verhandlungen ersucht²⁸, vernimmt der König diese Bitte mit „gerechtem Mißfallen“²⁹. Schon im Anschluß an die nächste Sitzungsperiode wird die vom Innenministerium angekündigte Maßnahme durch die Kreisregierung wahrgemacht. Sie streicht aus dem allgemeinen Protokoll des Jahres 1844 II folgende zwei Stellen: a) „Manche Seite im Leben des Kreises und der Verwaltung desselben gibt es, die den lebhaftesten Wunsch, daß es anders sein möge, rechtfertigen“ und b) „von Ihm (gemeint ist der König) hoffen wir die Abhilfe der Gebrechen, welche zur Zeit noch den Kreis drücken“³⁰.

Der Landrat ruft gegen diese Streichungen den Schutz des Königs an. Er ist der Meinung, daß durch das willkürliche und stillschweigende Weglassen einzelner Stellen dem Protokoll der Ausdruck der Wahrheit genommen worden sei, und daß dem Gremium das Recht zustehe, in entsprechend ehrerbietiger Art einen wohlbegründeten Wunsch nach Änderung von bestimmten Verhältnissen zu äußern. Der König deckt jedoch zunächst völlig die Zensurberechtigung der Kreisregierung³¹.

Erst nachdem der Landrat 1846 seine Forderung, die stillschweigenden Streichungen zu unterlassen, wiederholt³², weil sonst im Publikum ein falscher Eindruck entstehe und die Natur des Protokolls als eine durch Unterschrift öffentlich beglaubigte Urkunde ein solches Verfahren nicht dulde, hat er Erfolg. Trotz

²⁵ I. B. 1841, S. 250.

²⁶ Als Beispiele seien der Landratsabschied für den Untermainkreis 1829 und der Abschied für den Rheinkreis 1832 angeführt.

²⁷ Allg. LRPr 1844 I, S. 8, StA N. Nr. 512 III.

²⁸ Bes. LRPr 1844 I, S. 6, StA N. Nr. 512 III.

²⁹ I. B. 1844, S. 220.

³⁰ Vgl. Bes. LRPr 1845, StA N. Nr. 539 II.

³¹ I. B. 1845, S. 665.

³² Bes. LRPr 1846, StA N. Nr. 565 II.

des Widerspruches der Kreisregierung ordnet der König für die Zukunft an, daß an gestrichene Protokollabschnitte ein Hinweis auf das Weglassen irgendeiner Bemerkung zu setzen sei³³.

Als Resumee aus dem oftmaligen Differenzen in Zuständigkeitsfragen zwischen den Münchener Regierungsstellen und dem Landrat ergibt sich, daß der König keineswegs gewillt war, über den Gesetzeswortlaut hinaus der Versammlung irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Im Gegenteil, wo die Formulierung des Gesetzes verschiedene Auslegungen zuließ, neigte der Monarch grundsätzlich zu einer restriktiven Gesetzesinterpretation. Mit anderen Worten, die Zuständigkeit des Landrates sollte eher eingeschränkt als ausgedehnt werden.

³³ I. B. 1847, S. 130.

5. Kapitel

Die Tätigkeit des mittelfränkischen Landrates im einzelnen.

a) Die öffentliche Verwaltung und die Justiz.

Die letzte allgemeine Gesetzgebung auf dem Gebiet des Bürgerlichen Rechts für Bayern erfolgte am 2. Januar 1756. Als der Kurfürst Maximilian III. Joseph an diesem Tag den vom geheimen Staatskanzler Aloysius v. Kreittmayr verfaßten „Codex Maximilianus Bavaricus Civilis“ verkündete, erstreckte sich dessen Gültigkeit auf den ganzen Umfang des damaligen Kurfürstentums Bayern. Neuerwerbungen wurden zunächst der Herrschaft des bayerischen Landesrechtes unterworfen, doch wurde dieser Grundsatz bald aufgegeben. Man ging dabei von der — wie sich später herausstellen sollte — falschen Voraussetzung aus, daß sowieso in Kürze ein neues Zivilgesetzbuch für ganz Bayern erlassen würde und daher eine Einführung des ohnehin revisionsbedürftigen bayerischen Landesrechtes in den neu erworbenen Gebietsteilen überflüssig sei. Das bestehende alte Recht wurde deshalb bei Besitzergreifungen meist aufrecht erhalten¹. Dieser Grundsatz² führte bei der Zusammensetzung des Königreiches aus verschiedenen Territorien häufig zu Unklarheiten über die Gesetzeslage. Dies galt in erster Linie für den Bereich des königlichen Appellationsgerichtes des Rezatkreises, weil gerade dieser Teil von Bayern aus den einzelnen Gebieten der ehemaligen Reichsstände und unmittelbaren Reichsritterschaft dergestalt zusammengesetzt war, daß im Rezatkreis nicht weniger als 24 unterschiedliche Gesetze, Statistiken und Observanzen zur Anwendung kamen. Im größten Teil des Regierungsbezirkes hatte noch preußisches Recht Gültigkeit. Während aber dieses Recht in Preußen selbst zeitgemäß fortgebildet wurde, bestand es im Rezatkreis und später in Mittelfranken genau so

¹ O. v. Völderndorff, Zivilgesetzstatistik des Königreiches Bayern, S. 1 ff.

² Deklaration über den Vollzug der rheinischen Bundesakte vom 19. März 1806, Reg.bl. 1807/S. 465.

weiter, wie es 1806 übernommen worden war. Der Landrat besaß also allen Grund, die „ganz ungewöhnliche Verschiedenheit in allem, was Recht und Gesetz ist“, zu bedauern. Erschwerte sie doch den Richtern ihr Amt in beträchtlichem Maße. Dazu kam, daß oft an einem einzigen Ort verschiedene Statuarrechte bestanden, die sich in wichtigen Punkten widersprachen. Dies ging so weit, daß „in einem und demselben Gebäude im Vorderteil Recht ist, was im Hinterteil Unrecht ist“³.

Diese Feststellung veranlaßt 1841 den Landrat zu der Bitte an den König, er möge durch geeignete Aufträge an die nächste Ständerversammlung für Abhilfe sorgen und Mittelfranken wenigstens mit dem größten Teil des Königreiches auch durch gleiche Gesetzgebung verbinden. Angesichts dieser Unsicherheit im Rechtsleben hatte der Landrat naturgemäß öfters Veranlassung, sich mit Problemen der Rechtspflege zu beschäftigen.

Ein Beispiel für die verworrenen Rechtsverhältnisse im Rezatkreis bietet der in den Landratsverhandlungen von 1835 behandelte Fall der Cultur-Verordnung vom 15. März 1808. Der Landrat beschwert sich, daß diese Verordnung nicht überall im Rezatkreis gleichmäßig vollzogen werde, wobei er auf die Landgerichtsbezirke Markt Bibart, Neustadt/Aisch und Markt Erlbach hinweist⁴.

Im Abschied muß sich der Landrat darüber aufklären lassen, daß die Cultur-Verordnung in den genannten Bezirken, die zu dem früheren Fürstentum Bayreuth gehörten, keine Anwendung fände, da dort noch das preußische Landrecht gelte⁵.

In der ersten Sitzungsperiode 1829 beleuchtet der Landrat im Rahmen seines Berichtes⁶ über den Zustand des Kreises die Verhältnisse in der öffentlichen Verwaltung sehr eingehend. Die in das besondere Protokoll aufgenommenen Darlegungen scheinen aber bei den höchsten Stellen in München Mißfallen erregt zu haben, denn im Abschied des gleichen Jahres wird am Inhalt und am Ton des besonderen Protokolls Kritik geübt.

In dem Bericht aus dem Jahre 1829⁷ beklagt der Landrat den Zustand der Landgerichte wegen ihres „unnatürlichen Zusammenwuchses zweier Leiber, eines gerichtlichen und eines polizeilichen“, die zu hohen Gerichtsgebühren und das immer noch fehlende Forststrafbuch.

Die Forstfrevler hätten in erschreckendem Maße zugenommen, und besonders in der Nähe der Städte durchzögen ganze Menschenkarawanen plündernd die Wälder. Auf den Forststraftagen werde ohne gesetzliche Grundlage willkürlich mit Drohungen, körperlichen Züchtigungen und Arresten vorgegangen. Das Resultat sei, daß „zu dem gestohlenen Holz auch noch ein anderer Stoß zur Heizung der Gefängnisse verbrannt wird“. An eine künftige Sicherung des Eigentums oder eine Entschädigung der Eigentümer werde jedoch nicht gedacht. Zur Abstellung dieser Übelstände wäre es notwendig, in den Städten auf bessere Weise für den Holzbedarf der Armen zu sorgen.

Im zweiten Teil des Gutachtens geht der Landrat im einzelnen auf die Mißstände an den Landgerichten ein: viele Stellen seien unbesetzt, die Gerichtsräume

³ Bes. LRPr. 1841, StA N. Nr. 433.

⁴ Bes. LRPr. 1835, StA N. Nr. 357.

⁵ I. B. 1835, S. 2513.

⁶ Bes. LRPr. 1829, S. 3 ff., StA N. Nr. 275 I.

⁷ Bes. LRPr 1829, S. 3 ff, StA N. Nr. 275 I.

meist ungeeignet und unansehnlich, zahlreiche Gefängnisse von einer abscheulichen Beschaffenheit.

Der Landrat bedauert, daß in Bayern noch keine Pläne zur Errichtung von wohlthätigen Vereinen zur physischen und moralischen Verbesserung der Gefangenen, ähnlich wie sie in Frankreich und Preußen schon bestünden, vorlägen. Auch eine Bitte um Begnadigung beziehungsweise Überprüfung der Urteile von lebenslänglichen Zuchthäusler in Lichtenau wird vorgebracht. Diese Gefangenen waren in dem Hungerjahr 1817 mitunter nur für die Wegnahme von ein paar Stück Brot unter die harte Strafe des Straßenraubes gefallen.

Einer scharfen Attacke durch den Landrat ist der Fiskus ausgesetzt, weil er selbst die offenbarste Verpflichtung zu irgendeiner Leistung nicht anerkenne, sondern es immer auf langwierige Prozesse ankommen lasse. Die weit verzweigte Prozeßstandschaft des Fiskus sei anscheinend nur zum „Zanken und Prozessieren“ da.

Der Landrat befürwortet, daß in Prozessen, in denen ein Untergericht offensichtlich „contra Ius in Thesi“ verfahren habe, nicht nur die Kosten niedergeschlagen werden sollten, sondern die verletzte Partei auch ihre Auslagen erstattet bekäme.

Der Landrat fährt fort „Mißbräuche, welche nicht ohne Beispiel sind, zum Exempel, daß weit entfernte Parteien zu Terminen bestellt werden, wo sie selbst beim Einbruch der Nacht nicht zugelassen werden, während die nächsten Bewohner des Orts abgefertigt sind, und daß zum Warten der Parteien meist gar keine Stuben, am wenigsten warme, bereit sind, dürften es überhaupt überflüssig machen, den Untergerichten im allgemeinen eine humanere Behandlung der Personen jeder Art und jeden Standes einzuschärfen und zur Pflicht zu machen.“

Auch in den nächsten Jahren läuft der Landrat unentwegt gegen die unbefriedigenden rechtlichen Zustände Sturm. Im Jahre 1832 macht er darauf aufmerksam, daß schon 1818 in der Verfassungsurkunde ein allgemeines Zivilgesetzbuch dem Land versprochen worden sei⁸. Das Nichterscheinen dieses Werkes habe zur Folge, daß sich die Gemeinden innerhalb des Rezatkreises als Ausland betrachten müssen. Trotz der vorhandenen ausreichenden finanziellen Reserven sei es aus diesem Grund schwierig, Darlehen zu erhalten. Vor allem in weiter entfernte Orte würden nur selten Darlehen vergeben, da den Kreditgebern die gesetzlichen Formen oft unbekannt seien, die eine pünktliche Rückgabe des Geldes garantierten. Ein Risiko wolle aber niemand gern eingehen.

Im Jahre 1833 klagt der Landrat erneut über die mangelhafte Besetzung verschiedener Gerichte, wobei er vorbringt, daß Räte im Personaletat des Appellationsgerichtes Ansbach trotz ihrer Abberufung und ihres Wirkens in München weiterhin aufgeführt seien⁹.

In seiner Antwort beruft sich der König im Abschied auf sein verfassungsmäßiges Recht, Mitglieder von Gerichten auf Zeit an anderen Orten für andere Zwecke zu verwenden¹⁰.

⁸ Allg. LRPr 1832, S. 26, Sta N. Nr. 321 II.

⁹ Allg. LRPr 1833 I, S. 25, StA N. Nr. 331.

¹⁰ I. B. 1833, Beilage zu Nr. 41.

Im selben Jahr wiederholt der Landrat auch seine Bedenken wegen der zu hohen Gerichtskosten, die vor allem in Bagatellsachen so erheblich seien, daß die Bürger zwangsläufig die richterliche Entscheidung meiden, also rechtlos bleiben. Mit einem Wort, die Justiz müsse „wohlfeiler“ werden.

Es wird anschließend ein Prozeß aus dem Landgerichtsbezirk Markt Erlbach geschildert, bei dem eine Klage auf 32 Gulden eine Kostenrechnung über 116 Gulden nach sich zog¹¹. Der König sagt eine Untersuchung des Falles zu und bemerkt, daß eine generelle Revision der Tax- und Spordelordnungen in die Wege geleitet sei¹².

Als eine „Sensation für den ganzen Regierungsbezirk“ wird in den Landratsverhandlungen von 1838 die für die Landrichter angeordnete Gehaltskürzung bezeichnet¹³. Der Landrat versichert, er betrachte die Sache nicht aus der Perspektive des einzelnen Betroffenen, sondern als Landesangelegenheit. In so bewegten Zeiten solle man danach trachten, zufriedene und nicht mißmutige Organe der Verwaltung zu besitzen, weil von diesen auf die Stimmung des Volkes eingewirkt werde und in ihre Hände die Erhaltung und Bewahrung der Ordnung gelegt sei. Diese Feststellungen tragen dem Landrat, genau so wie sein hartnäckiges Beharren auf die Einrichtung eines selbständigen Handelsgerichtes in Nürnberg¹⁴, eine königliche Rüge wegen Überschreitung seiner Zuständigkeit ein¹⁵.

Von weiteren Forderungen des Landrates sind noch zu erwähnen der Antrag, den Stadtgerichtskommissaren zur Verfolgung von Kriminalfällen Vorschüsse für ihre oft beträchtlichen Unkosten zu gewähren (1840)¹⁶ und die Bitte, der Staat möge für eine humanere Unterbringung der Strafgefangenen sorgen (1842). Der Landrat schildert die Zustände am Landgericht Feuchtwangen, wo als Kerker der städtische Torturm diene. In den höchst ungesunden Räumen von kaum drei Ellen Länge und Breite lasse sich ein Verkehr der Gefangenen unter sich und nach außen nicht verhindern. Ähnliche Mißstände bestünden auf den Frohnvesten zu Ansbach und Rothenburg.

Nachdem der Landrat 17 Jahre lang über die öffentliche Verwaltung und die Justiz nur mehr oder weniger abfällige und vorwurfsvolle Bemerkungen gemacht hatte, überrascht die Versammlung 1847 den Monarchen mit einer in den Landratsverhandlungen bis dahin einmaligen Huldigung als Dank für die in Aussicht gestellte Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung¹⁷.

Die Begeisterung zeigt, wie sehr sich die Bürger nach einer Verbesserung des Justizwesens sehnten. Gemäß der dem Landrat zugegangenen Mitteilung sind die Neuorganisation der Gerichte, die Schaffung eines Zweistanzenzuges im Zivil- und im Strafrecht, sowie die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens als Neuerungen vorgesehen.

¹¹ Bes. LRPr. 1833 I, S. 6, StA N. Nr. 331.

¹² I. B. 1833, Beilage zu Nr. 41.

¹³ Allg. LRPr. 1837/38, StA N. Nr. 381.

¹⁴ Bes. LRPr. 1839, StA N. Nr. 411 II; Bes. LRPr. 1840, StA N. Nr. 432 II.

¹⁵ I. B. 1838, S. 672.

¹⁶ Bes. LRPr. 1840, StA N. Nr. 432 II.

¹⁷ Allg. LRPr. 1847, StA N. Nr. 577 II.

Die Landratsmitglieder erheben sich nach der Bekanntgabe dieser Reformpläne spontan von ihren Sitzen und lassen den König dreimal hochleben. In seiner Dankesadresse¹⁸ sagt der Landrat, der König habe dem Vaterland gar kein wertvolleres Geschenk geben können als dem Rechtsleben in Bayern neue, zuverlässige Grundlagen zu verleihen.

b) Das Verkehrswesen.

Ein Sachgebiet, mit dem sich der Landrat fast jedes Jahr beschäftigte, war der Straßenbau. Schon in seiner ersten Sitzungsperiode im Jahre 1829 wird von ihm ein Gutachten über die Erhebung von Vizinal- zu Kreisstraßen angefordert. Der Landrat verschiebt aber seine Stellungnahme wegen der angeblich fehlenden Unterlagen auf das nächste Jahr¹⁹. Diese Begründung zweifelt die Kreisregierung in einem Schreiben²⁰ nach München an. Vielmehr habe sich der Landratspräsident Ritter von Lang vergeblich bemüht, die divergierenden Standpunkte der Landratsmitglieder, die immer nur ihre jeweiligen lokalen Interessen im Auge gehabt hätten, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Später stellte sich heraus, daß das 1830 erstellte Gutachten²¹ gar nicht so dringlich gewesen war, denn in den folgenden Jahren klagt der Landrat wiederholt über die noch nicht erfolgte Klassifizierung der Straßen²².

Er bringt 1834 vor, daß die derzeitigen einschlägigen Vorschriften unzulänglich seien und regt den Erlass eines Gesetzes über den Vizinalstraßenbau an²³. Der Landrat hält die gesetzliche Fixierung einer Pflicht des Privatmanes, den zum Straßenbau benötigten Grund und Boden gegen eine Entschädigung an die öffentliche Hand abzutreten, für zweckmäßig. Bei der momentanen Gesetzeslage wisse man im Einzelfall meist nicht einmal, wer eigentlich der Verpflichtete für den Bau sei. Unter diesen Umständen würden sich die Gemeinden über die Kostentragung niemals einig. Die Folgen seien in der allgemeinen Vernachlässigung des Straßenbaus sichtbar.

In diesem Zusammenhang beschwert sich der Landrat über eine Verfügung des Königlichen Staatsministeriums des Innern vom 15. Mai 1834, in der angeordnet wird, keine neuen Land- oder Vizinalwege in eine Straße höherer Ordnung zu verwandeln, bevor nicht vom Kriegsministerium ein strategisches Gutachten vorliege. Eventuell dürften Wegeanlagen überhaupt nicht gebaut werden. Der Landrat bittet um eine nähere Erläuterung dieses Erlasses, der doch ausschließlich für Wege in der Nachbarschaft von militärischen Stützpunkten gelten könne. Es werde aber der Eindruck verbreitet, daß nun überall der Wegebau vom guten Willen der Militärbehörde abhängig sein solle²⁴.

Dazu die Antwort des Königs im Abschied: „Unsere Kreisregierung wird fortfahren, den Angelegenheiten des Vizinalstraßenbaues nach den bestehenden Ge-

¹⁸ Bes. LRPr. 1847, StA N. Nr. 577 II.

¹⁹ Allg. LRPr. 1829, S. 12 ff., StA N. Nr. 275 I.

²⁰ StA N. Nr. 275 I.

²¹ Allg. LRPr. 1830, S. 21, StA N. Nr. 288.

²² Allg. LRPr. 1832, StA N. Nr. 321 II; Allg. LRPr. 1833 I, S. 32 ff, StA N. Nr. 331.

²³ Allg. LRPr. 1834, S. StA N. Nr. 347.

²⁴ Allg. LRPr. 1834, S. 34 ff., StA N. Nr. 347.

setzen mit genauer Beobachtung des wahren staatswirtschaftlichen Bedürfnisses und der von Unserm Staatsministerium des Innern diesfalls vorbezeichnet werden- den Direction, dann mit strenger Befolgung der von Uns im Interesse der Sache und im Hinblick auf die Landesverteidigung wegen vorläufiger Einsendung der Akten und Entwürfe erlassenen Anordnungen, die eifrigste Sorgfalt zu widmen, unrichtigen Gesetzesauslegungen vorzubeugen, und die angemessene Unterhaltung der Communicationswege allen Ernstes zu sichern.“²⁵ Sie ist ein typisches Bei- spiel dafür, wie es der König verstand, auf ihm unbequeme Wünsche oder An- fragen mit langatmigen Ausführungen nichts Konkretes zu sagen.

Nun war es aber nicht so, daß sich die Tätigkeit des Landrates lediglich in ergebnislosen Äußerungen von Bitten erschöpft hat. Im Gegenteil, er trug auch manches zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bei. Ein Beispiel dafür bietet die Einstellung von sachverständigen Vorarbeitern für jeden Landgerichtsbezirk. Diese dem Landrat zu verdankende Maßnahme²⁶ zur intensiveren Überwachung der Straßen wird nach Zustimmung der Kreisregierung im Abschied gutgeheißen.

Der Landrat ist auch bemüht, dem „von Geld so sehr entblößten Landmann“ die schwere Last des Vizinalstraßenbaues zu erleichtern, indem er bittet, daß den Bauern ein barer Geldaufwand so weit als möglich erspart bleibe. Alle Arbeiten, die durch persönliche Dienste geleistet werden können, sollen nicht Lohnarbeitern übertragen werden. Damit die Gemeindeangehörigen im Laufe des Spätherbstes und des Winters genügend Zeit hätten, ohne Vernachlässigung der Feldarbeiten die von ihnen zu liefernden Steine zu brechen und anzufahren, rät der Landrat dazu, daß die Untergerichte im November jeden Jahres die Gemeindevorsteher ihres Distriktes zusammenrufen und ihnen sämtliche Neubauten bekanntgeben sollen.

Um Mittel zu sparen, schlägt der Landrat vor, genau so wie es in anderen Staaten bereits mit Erfolg praktiziert worden sei, einige Strecken versuchsweise dem am wenigsten zu verlangenden Unternehmer zum Bau und zur Unterhaltung zu überlassen²⁷. Der König akzeptiert eine derartige Vergebung der Straßen- arbeiten höchstens für den Bau. Für die Straßenunterhaltung sei sie, dies hätten verschiedene Versuche gezeigt, nicht zweckmäßig²⁸.

Immerhin sichert er eine Überprüfung der Vorschriften über die „Bau-Ver- steigerung“ zu. Auf wenig Gegenliebe stößt bei den höchsten Stellen der Ge- danke, Holzfrevler zum Straßenbau einzusetzen und dadurch Kosten einzusparen. Als Hinderungsgrund für eine solche Anordnung wird im Abschied des Jahres 1833 (1. Sitzungsperiode) das Fehlen entsprechender gesetzlicher Bestimmungen angegeben.

Wiederholt klagt der Landrat über den zu niedrigen Etat für den Straßenbau. Im Jahre 1834 sind beispielsweise als Voranschlag für den Neubau von Straßen 8 000 Gulden angesetzt, während dem gegenüber der festgestellte Bedarf für not- wendige Neubauten 136 000 Gulden beträgt²⁹. Dieses Mißverhältnis beeindruckt

²⁵ I. B. 1835, S. 349.

²⁶ Allg. LRPr. 1833 II, S. 36, StA N. Nr. 337.

²⁷ Allg. LRPr. 1833 I, S. 29, StA N. Nr. 331.

²⁸ I. B. 1833, Beilage zu Nr. 41.

²⁹ Allg. LRPr. 1834, S. 34, StA N. Nr. 347.

aber den Monarchen nicht. Im Gegenteil, in den folgenden Jahren findet sogar noch eine Minderung der diesbezüglichen Ausgaben statt.

Als sich der Landrat 1842 wieder einmal über die schlechten Straßenverhältnisse im Rezatkreis beschwert³⁰ und kritisiert, daß die Verordnung über die Herstellung und Erhaltung der Bezirkswege in den einzelnen Landgerichtsbezirken verschieden angewendet wird, erklärt der König im Abschied: „Wie Wir Uns selbst überzeugen konnten, befinden sich die Staatsstraßen in Mittelfranken in einem ganz befriedigenden Zustand.“³¹ Diesem königlichen Wort muß sich der Landrat natürlich beugen.

Die zur Erhaltung der 103 an mittelfränkischen Staatsstraßen liegenden Brücken verfügbare Summe ist meist äußerst gering. Im Etat 1841 beläuft sie sich auf 372 Gulden. Ein Betrag, der — so lautet der Kommentar des Landrates³² — leicht für eine einzige Brücke benötigt werden könne. Der Landrat befürchtet angesichts dieser minimalen Etatansetzung, daß die notwendigen Aufwendungen von dem ebenfalls bescheidenen Posten für die Straßenunterhaltung abgezweigt werden müssen. Die Folge sei, daß viele Straßen weiterhin grundlos und holprig blieben.

Es gibt Punkte, in denen der Landrat seine Ansicht in konträrer Weise wechselt. So nennt er in den Sitzungen von 1832³³ und 1837³⁴ die Einführung von breiten Radfelgen an den Fuhrwerken als das geeignete Mittel zur Schonung der vielen beinahe unbefahrbaren Straßen. Doch schon 1840 betrachtet er die Einführung der breiten Felgen als überflüssig, offensichtlich wegen der hohen Kosten, die den Gutsbesitzern daraus erwachsen würden³⁵.

Während der König jahrelang auf die inständigen Wünsche nicht reagiert hatte, ändert er ausgerechnet in diesem Augenblick seinen Sinn und erläßt ein Gesetz über die Einführung von breiten Radfelgen. Im Jahr darauf dankt der Landrat für die „wohlthätigen Folgen“ dieses Gesetzes³⁶, um aber schon 1844 wieder einer Gesetzeslockerung das Wort zu reden³⁷. Die Änderung soll sich darauf erstrecken, daß bei einer Bessung der Fuhrwerke mit nur zwei Zugtieren keine bestimmte Felgenbreite mehr gefordert werde. Die in sich widerspruchsvolle Haltung des Landrates mag in der wechselnden personellen Besetzung der Versammlung mit seine Ursache besessen haben.

Verschiedentlich will der Landrat eine höhere Einstufung von Straßen erreichen³⁸. Besonders hartnäckig setzt er sich für die Straße Erlangen-Fürth-Schwabach ein³⁹. Sein Antrag, diese Strecke zu einer Staatsstraße zu erheben, wird ebenso abschlägig beschieden wie das Ersuchen, für diese wichtige Verbindung zumindest einen Zuschuß aus der Staatskasse zu erhalten. Ausnahmsweise gibt der König 1844 für die Ablehnung sogar eine Begründung. In ihr beruft er sich auf

³⁰ Allg. LRPr. 1842, StA N. Nr. 489 I.

³¹ I. B. 1842, S. 560.

³² Allg. LRPr. 1841, S. 54, StA N. Nr. 433.

³³ Bes. LRPr. 1832, S. 1, StA N. Nr. 321 II.

³⁴ Allg. LRPr. 1837, StA N. Nr. 381 II.

³⁵ Allg. LRPr. 1840, S. 42, StA N. Nr. 432 II.

³⁶ Bes. LRPr. 1841, StA N. Nr. 433.

³⁷ Bes. LRPr. 1844 II, S. 11, StA N. Nr. 512 II.

³⁸ Allg. LRPr. 1839, S. 42, StA N. Nr. 411 II.; Allg. LRPr. 1840, S. 42, StA N. Nr. 432 II.

³⁹ Bes. LRPr. 1844 II, S. 3, StA N. Nr. 512 II.

die Eröffnung des Ludwigskanals und der Bahnlinie Nürnberg-Bamberg. Durch diese Verkehrswege habe die Straße ihre bisherige Bedeutung eingebüßt⁴⁰.

Trotz der vorhergegangenen Mißerfolge veranlaßt die Überlastung der Gemeinden und Distrikte durch zu hohe Umlagen den Landrat 1846 zu einer erneuten Bitte, einige Distriktstraßen auf den Staatsfonds oder Kreisfonds zu übernehmen.

Im besonderen Protokoll dieses Jahres⁴¹ übt er Kritik daran, daß im Landgerichtsbezirk Erlangen die Lokal- und Distriktsumlage 1840/41 fast 500 Prozent der direkten Steuer betragen hätte, während sich nach § 11 des Distrikt-Umlagen-Gesetzes vom 11. September 1825 die Distriktsumlage auf höchstens 5 Prozent der Steuer belaufen solle. Dieser Vorwurf scheint den König empfindlich getroffen zu haben, denn im Abschied rügt er⁴², daß es der Landrat nicht unerwähnt hätte lassen dürfen, daß diese Unterlagen dank königlichen Befehl schon seit 1841/42 erheblich gesenkt worden seien. Im übrigen habe der Landrat übersehen, daß sich die in § 11 vorgeschriebene Höchstgrenze von fünf Prozent nur auf die nützlichen Ausgaben beziehe, nicht aber auf solche Ausgaben, die durch das Gesetz oder von der Notwendigkeit geboten seien.

Im Kampf gegen die vielerorts erdrückende Bau- und Unterhaltslast nützt dem Landrat auch der Hinweis auf die ungleiche Belastung der einzelnen Kreisbürger nichts. Während nämlich die Bürger der an einer Bezirksstraße gelegenen Gemeinde durch Hand- und Spanndienste sowie durch finanzielle Opfer in einem die Grenze des Zumutbaren übersteigende Ausmaß betroffen wurden, hatten die Anwohner der Staatsstraßen — hier war der Staat unterhaltspflichtig — einen leichten Stand.

Der Landrat stellt es daher der „Weisheit seiner Königlichen Majestät“ anheim, geeignete Mittel zu finden, um diese ungerechte Verteilung der Lasten zu korrigieren⁴³. Der Antrag, stark frequentierte Bezirksstraßen, vor allem solche, die von Postwagen benützt werden, zu Staatsstraßen zu erklären, wird abermals vorgebracht. Doch ohne Erfolg. Im Abschied von 1844 ist ausgeführt, daß die Wohltat geordneter Postverbindungen, die einzelnen Bezirken zugute kommt, keinen Anspruch auf Entbindung von der gesetzlichen Verpflichtung zur Unterhaltung bzw. zur Aufnahme einer von Postwagen befahrenen Bezirksstraße in die Klasse der Staatsstraßen entstehen läßt⁴⁴.

Der häufige Mißerfolg der auf eine Verbesserung der Straßenverhältnisse gerichteten landrätlichen Tätigkeit liegt wohl darin begründet, daß auf diesem Sektor nur eine großzügige Unterstützung des Kreises durch den Staat hätte helfen können. Aber zu irgendwelchen finanziellen Zugeständnissen auf Kosten der Staatskasse war der König selten bereit.

⁴⁰ I. B. 1844, S. 606.

⁴¹ Bes. LRPr. 1846, S. 4, StA N. Nr. 565 II.

⁴² I. B. 1847, S. 130.

⁴³ Bes. LRPr. 1844 I, StA N. Nr. 512 II.

⁴⁴ I. B. 1844, S. 220.

c) Das Schulwesen.

Das Schulwesen lag zur Zeit der Gründung der bayerischen Landräte noch an vielen Orten ziemlich im argen. Es verwundert daher nicht, daß in den Landratsberatungen häufig schulische Angelegenheiten behandelt wurden. Ein besonderes Kapitel bildete die besonders auf dem flachen Land weit verbreitete Raumnot in den Schulen. Daher stellt 1834 der Landrat den Antrag, zur Verbesserung der räumlichen Verhältnisse an die Landgemeinden des Kreises aus den Ersparnissen des Jahres 1832/33 10 000 Gulden als Beitrag zur Herstellung von Schulen zu gewähren⁴⁵. Es müsse nämlich erreicht werden, so wurde argumentiert, daß alle schulpflichtigen Kinder zugleich unterrichtet werden könnten und nicht — wie es fast überall im Rezatkreis der Fall sei — durch die notgedrungene Trennung in zwei Hälften die halbe Unterrichtszeit verloren gehe.

Es dürfe auch nicht zugelassen werden, daß die Kinder in lichtarmen und stickigen Zimmern sitzen müßten. In einem leidenschaftlichen Appell weist der Landrat auf die gefährliche Macht der Sinnlichkeit hin, die es gelte in den Schulen durch eine sorgfältige christliche Erziehung zu bekämpfen. Ohne die richtige Erkenntnis und das Glück der christlichen Selbstbeherrschung falle der Mensch von Gott ab, und wer dies tue, dem werde auch bald Vaterland, König und Gesetzlichkeit gleichgültig.

Im Jahre 1841 beklagte sich Pfarrer Esper in einem Antrag an den Landrat⁴⁶, dem er selbst als Mitglied angehört, über die unzweckmäßige Bauweise der Schulhäuser. Für den Lehrer sei zu wenig Raum vorgesehen, oft habe ein Hirte in seinem Hirtenhaus mehr Platz.

Schon im Jahr zuvor bemängelt der Landrat den zu geringen Etat für das Schulwesen und beantragt für die Dauer von drei Jahren einen außerordentlichen Zuschuß aus dem Zentralfonds zur Förderung der Volksschulen in Höhe von jährlich 30 000 Gulden⁴⁷. Der Abschied nimmt zu diesem Anliegen nicht einmal Stellung. Einen weiteren Beschwerdepunkt bilden die langwierigen Verzögerungen bei Entscheidungen, wem die Kostentragung von Bau- und Reparaturarbeiten an Schulhäusern obliegt. Bei derartigen Streitigkeiten waren im allgemeinen weder der Staat noch die Schulgemeinde oder das Kirchenpatronat gewillt, nachzugeben.

Der Landrat (1837) weist auf den Fall der Schulgemeinde Sondernöhe hin, wo der schon zwölf Jahre dauernde Streit über den Träger der Baulast zur Folge hatte, daß das gegenwärtige Schulhaus zu einer Ruine wurde und der Schulbetrieb eingestellt werden mußte. Das Ergebnis sei, daß nun Kosten für einen Neubau aufgebracht werden müßten, die bei rechtzeitiger Ausbesserung des Gebäudes eingespart hätten werden können.

Der Landrat bedauert, daß der königliche Fiskus an verschiedenen Schulhäusern und Kirchen seine Baupflicht nicht anerkenne, selbst dort, wo der Staat sie sei Jahrhunderten widerspruchslos getragen habe.

Verschiedentlich setzt sich der Landrat mit der Brauchbarkeit von Schulplänen auseinander. Scharf äußert er sich 1829⁴⁸ gegen einen neuen Plan, dem „eine

⁴⁵ Allg. LRPr. 1834, S. 24, StA N. Nr. 347.

⁴⁶ Allg. LRPr. 1841, StA N. Nr. 433.

⁴⁷ Allg. LRPr. 1840, StA N. Nr. 432 II.

⁴⁸ Bes. LRPr. 1829, S. 10, StA N. Nr. 275 I.

verfehlte Anwendung des Lebens in den alten Klosterschulen auf die Fortbildung und das Leben in einem freien Bürgertum zu Grund zu liegen scheint“.

Kritisiert wird vor allem die despotische Gewalt, die dem Lehrer bis hinein in den Bereich des väterlichen Hauses eingeräumt werden soll. Der Landrat meint, die Quintessenz aller Schulpläne müsse sein, für gute Lehrer zu sorgen und diese dann in möglichster Freiheit walten zu lassen. Anstoß nimmt der Landrat (1844) auch an dem Lehrplan der Lateinschulen, in denen durch die täglichen zwei Stunden Lateinunterricht keine genügende Zeit zur Erlernung des „deutschen Stils, des technischen Rechnens und in den Realien“ bleibe. Diese Dinge würden sogar in den „teutschen Schulen“ (Volksschulen) besser gelehrt. Der Landrat glaubt, daß der Lehrplan die Schüler zwingt, zu viel Kraft auf den Erwerb von fast unnützen Kenntnissen zu verwenden. Der Plan sei lediglich auf die Vorbereitung zum Gymnasial- und Universitätsstudium ausgerichtet, passe aber nicht zu dem eigentlichen Charakter der Lateinschulen⁴⁹.

Im Abschied sichert der König zu, daß an den Lateinschulen, unbeschadet der Erreichung des wissenschaftlichen Zweckes, für die studierende Jugend auch die für den Bürgerstand wichtigen Gegenstände tunlichst Beachtung finden würden⁵⁰.

Mit großem Nachdruck tritt der Landrat immer wieder für eine Erhöhung der Lehrergehälter, besonders in den kleineren Orten, ein⁵¹. Es werden dabei mitunter konkrete Vorschläge mit Namensnennung der zu schlecht gestellten Professoren und Lehrer gemacht.

Eine Änderung der bestehenden Gehaltsvorschriften wird aber vom König abgelehnt (Abschied 1833 I), da diese nur Mindestsätze aufstellen, jedoch den Gemeinden für Zulagen an verdiente Lehrer einen Spielraum lassen⁵². Als sich der Landrat fünf Jahre später erneut dafür einsetzt und die Besorgnis kundtut, andernfalls würden sicher die tüchtigsten Männer für die Jugenderziehung verloren gehen⁵³, rügt der Abschied, dies sei ein nicht dem Wirkungskreis des Landrates unterfallender Gegenstand⁵⁴. Dieser Vorwurf hindert den Landrat aber nicht daran, im besonderen Protokoll von 1847 über eine Ministerialverfügung Klage zu führen, derzufolge die Volksschullehrer weder eine definitive Anstellung noch Pensionsrechte erlangen können.

Im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Schullehrerseminars in Altdorf verlangt der Landrat (1833 I), daß sich die übrigen Kreise, je nach der von ihnen nach Altdorf entsandten Anzahl von Zöglingen, an den Erhaltungskosten beteiligen sollen⁵⁵. Selbstverständlich sei der Rezatkreis bei einer Erfüllung dieses Wunsches seinerseits bereit, für seine in Seminaren anderer Kreise untergebrachten katholischen Präparanden Beiträge zu entrichten.

Da der Rezatkreis weniger katholische Präparanden wegschickte als evangelische Zöglinge von auswärts nach Altdorf kamen, rechnet sich der Landrat durch die

⁴⁹ Bes. LRPr. 1844 I, S. 10, StA N. Nr. 512 III.

⁵⁰ I. B. 1844, S. 221.

⁵¹ Allg. LRPr. 1832, StA N. Nr. 321 II; Allg. LRPr. 1833 I, S. 42, StA N. Nr. 331.

⁵² I. B. 1833, Beilage zu Nr. 41.

⁵³ Allg. LRPr. 1837/38, StA N. Nr. 381 II.

⁵⁴ I. B. 1838, S. 672.

⁵⁵ Allg. LRPr. 1833 I, S. 41, StA N. Nr. 331.

von ihm angeregte Regelung einen finanziellen Nutzen für den Kreis aus. Wie aus dem allgemeinen Protokoll von 1834 hervorgeht, hatte der Antrag Erfolg⁵⁶.

Eine Kontroverse zwischen Landrat und der Kreisregierung löst 1847 die Frage des Heimatrechts der Volksschullehrer aus⁵⁷. Der Landrat wünscht, daß den Lehrern, genau so wie früher, am jeweiligen Anstellungsort automatisch das Heimatrecht zustehen soll. Den Lehrern könne nicht zugemutet werden, wie dies nach einer neuen gesetzlichen Bestimmung der Fall sei, dieses Recht erst auf dem umständlichen und kostspieligen Weg über das Heimatgesetz zu erlangen. Manchmal stoße ein derartiger Erwerb auch bei den Gemeinden auf Schwierigkeiten, nämlich dann, wenn der Lehrer Vater von mehreren Kindern sei.

Während der Abschied über das Thema stillschweigend hinweggeht, führt ein Regierungsreferent dazu aus, der Landrat sei offensichtlich nicht über die frühere Gesetzeslage informiert gewesen. Eine abweichende Regelung gegen früher sei nicht erfolgt. Es könne aber von den Gemeinden nicht verlangt werden, jedem zu ihnen versetzten Lehrer automatisch das Heimatrecht zuzubilligen, das für eine Gemeinde eventuell erhebliche Verpflichtungen, wie zum Beispiel die Erhaltung der Witwe, mit sich bringe.

d) Die Errichtung der Heil-, und Pflegeanstalt in Erlangen.

Bei der erstmaligen Zusammenkunft des mittelfränkischen Landrates im Dezember des Jahres 1829 im Ansbacher Schloß bildete das Irrenhaus in Schwabach einen der ersten Beratungsgegenstände, mit denen sich das Gremium zu beschäftigen hatte⁵⁸.

Bereits 1822 waren in der 2. Kammer von den Abgeordneten Schmerold und Hofstetter Anträge auf Verbesserung der Zustände in den bayerischen Irrenhäusern gestellt worden. Damals existierten neben den Irrenhäusern in Schwabach und in St. Georgen bei Bayreuth noch lokale Irrenanstalten in Nürnberg, Bamberg und eine Irrenabteilung im Würzburger Juliuspsital.

Zwei Jahre später trat der Erlanger Universitätsprofessor Dr. Michael Leupoldt für die Errichtung neuer Irrenanstalten in Bayern ein⁵⁹ und legte dar, daß die Zahl der Geistesgestörten in den letzten Jahrzehnten im stetigen Ansteigen begriffen sei.

Interessant sind die Gründe, die Leupoldt hierfür anführt: 1. den wilden Revolutionsschwindel mehrerer europäischer und außereuropäischer Völker; 2. die daraus entstandenen gewaltigen Kriege mit ihren mancherlei physischen und psychischen Kalamitäten; das plötzliche Fallen und Steigen in Bezug auf äußere Glücksgüter und Verhältnisse, den damit in Verbindung stehenden Wechsel von gespannter Hoffnung und drückender Furcht; 3. den Verfall kräftiger religiöser Überzeugung durch einseitige Verstandesbildung einerseits und das gewaltige Wachstum dessen, was man Mystizismus nennt, durch einseitige Gemüts- und

⁵⁶ Allg. LRPr. 1834, S. 67, StA N. Nr. 347.

⁵⁷ Bes. LRPr. 1847, StA N. Nr. 577 II.

⁵⁸ Allg. LRPr. 1829, S. 10, StA N. Nr. 275 I.

⁵⁹ M. Leupoldt, Über wohlfeile Irrenanstalten, S. 4.

Phantasiebildung andererseits; 4. die im ganzen übertrieben angestrengte tumuluarische Geistesentwicklung überhaupt.

Sowohl die Kammer der Reichsräte als auch die 2. Kammer standen der Errichtung von Irrenanstalten wohlwollend gegenüber, doch erfolgte auf verschiedene diesbezügliche Anregungen im Landtagsabschied von 1825 keine Antwort. Nachdem die Sache beim Landtag 1828 erneut zur Sprache kam und der Referent Metzler beantragte, daß für jeden Kreis eine eigene oder wenigstens für zwei Kreise eine gemeinschaftliche Irrenanstalt bestehen sollte, wurden auf königlichen Befehl die soeben erst ins Leben gerufenen Landräte mit dieser Angelegenheit befaßt.

Was nun die speziellen mittelfränkischen Verhältnisse angeht, regt der Landrat des Rezatkreises, veranlaßt durch den schlechten Zustand der Schwabacher Irrenanstalt, die Schaffung eines neuen Heimes für die Irren in Erlangen an.

In dem Beschluß⁶⁰ wird auf die Vorteile Erlangens gegenüber Schwabach hingewiesen. Während sich nämlich in Schwabach die Verbindung der Anstalt mit dem dortigen Strafarbeitshaus ungünstig auswirkte, erhofft man sich in der Universitätsstadt durch den Kontakt mit der medizinischen Fakultät Nutzen für die Kranken. An die Universität wird die Bitte ausgesprochen, die Irrenanstalt in wissenschaftlicher Hinsicht zu fördern und sie als eine „seltene Zierde“ der alma mater zu betrachten.

Die notwendige Kapazität des Hauses wird für den rund 500 000 Bewohner umfassenden Rezatkreis auf 165 Kranke berechnet, da die allgemeine Erfahrung lehre, daß von 100 000 Menschen durchschnittlich 33 geistesabwesend seien. Im Hinblick auf die Finanzierung empfiehlt der Landrat ein Angebot der Stadt Erlangen zur Errichtung eines Irrenhauses mit Garten für 125 Kranke auf städtische Kosten unter der Abänderung anzunehmen, daß das Gebäude wenigstens für 150 Geistesgestörte Platz biete. Der Landrat schlägt vor, als Gegenleistung Erlangen den Bierpfennig und das aus 37 482 Gulden bestehende Vermögen der Schwabacher Anstalt zusätzlich des Erlöses beim Verkauf der Baulichkeiten zu überlassen.

Zur Verbilligung des Baues möge der Stadt die kostenlose Entnahme des Bauholzes aus den königlichen Waldungen bewilligt werden⁶¹. Die Unterhaltung der Anstalt stellt sich der Landrat so vor, daß sie auf den durch eine Umlage zu deckenden Kreisfonds übernommen wird. Aber obwohl der König im Abschied des gleichen Jahres bereits die grundsätzliche Genehmigung, eine eigene Irrenanstalt für den Rezatkreis zu errichten, erteilt, und die medizinische Fakultät die geplante Verlegung nach Erlangen begrüßt, vergehen bis zu ihrer Inbetriebnahme noch 17 Jahre.

Die Universität weist in ihrem an den Regierungspräsidenten gerichteten Gutachten⁶² — es wird dem Landrat in seiner Sitzung 1832 vorgelegt — darauf hin, daß es im Interesse der Wissenschaft und des akademischen Unterrichtes liege, die neue Anstalt in Erlangen zu bauen. Dort seien durch erfahrene Ärzte und

⁶⁰ Allg. LRPr. 1829, S. 10 ff, StA N. Nr. 275 I.

⁶¹ Dieser Vorschlag wird vom König abgelehnt, I. B. 1832, S. 1762 ff.

⁶² Allg. LRPr. 1832, StA N. Nr. 321 II.

das Vorhandensein der wichtigen literarischen Hilfsmittel die Voraussetzungen für eine Heilung der Kranken besonders günstig. Andererseits könne die Universität für sich selbst weitere wissenschaftliche Erkenntnisse, vor allem auf dem schwierigen Gebiet der Psychiatrie, erwarten. Auch ein versteckter Tadel ist in dem Gutachten enthalten: Obwohl sich die Zahl der Irren in neuester Zeit stark im Steigen befinde, stehe Bayern, was die Betreuung von Geistesgestörten angehe, gegenüber manchen Staaten noch zurück.

Die wesentlichen Gründe für die lange Verzögerung des Baues sind in Differenzen über die Träger der Finanzierung und in Meinungsverschiedenheiten über die von der mittelfränkischen Regierung gewünschten Trennung der heilbaren Kranken — für sie ist die Erlanger Anstalt vorgesehen — und den unheilbaren, die in St. Mang bei Regensburg untergebracht werden sollen, zu suchen. Entgegen der Zusicherung des Königs wird von Seiten der Regierung eine gemeinsame Irrenanstalt für den Rezat- und den Regenkreis ins Auge gefaßt. Diesem Plan steht der Landrat ablehnend gegenüber. Er bejaht zwar die Trennung der Kranken, aber nur innerhalb einer Anstalt⁶³. Er rät ferner davon ab, einem ärztlichen Konzil das Recht einzuräumen, einen Kranken für nicht mehr heilbar zu erklären und ihn dadurch in eine Anstalt zu verbannen, die mit dem Schrecken einer lebenslänglichen Geistesverwirrung behaftet ist. Die zwangsläufige Folge wäre, daß die Anstalt für heilbare Kranke bald überfüllt, die andere jedoch möglichst gemieden würde. Beim Bau einer nicht vollständigen Anstalt sei es übrigens zweifelhaft, ob die Stadt Erlangen ihre Offerte für eine Beteiligung am Bau aufrecht erhalten würde. Die negative Haltung des Landrates zu einer gemeinsamen Anstalt mit dem Regenkreis ist offensichtlich auf die Befürchtung finanzieller Nachteile für den Rezatkreis zurückzuführen.

Das Beharren des Landrates auf seinem Standpunkt verfehlt auf den König nicht seine Wirkung. So heißt es im Abschied vom 1. 5. 1833: „Unsere Stellen sind zwar der Ansicht, daß eine Vielzahl von Irrenanstalten in verschiedenen Kreisen den Aufwand unverhältnismäßig erhöhen würde, da jedoch die Landräte fast aller Kreise gegensätzliche Meinungen vertraten und die Angelegenheit eine spezielle Aufgabe des Kreises sei, will die Staatsregierung den durch die Landräte geäußerten Wünschen der Kreisbewohner insoweit freie Bewegung lassen und genehmigt die Errichtung einer Irren-Heil- und Pflegeanstalt in und für jeden einzelnen Kreis.“⁶⁴ Zur Auflage wird gemacht, daß die durch den Neubau in Erlangen für den Rezatkreis zu errichtende Anstalt unter angemessener lokaler Abscheidung der heilbaren von den unheilbaren Kranken erfolge und daß bei der Bauplanung eine künftige eventuelle Verwendung der Anstalt nur für heilbare Kranke berücksichtigt werde. Damit war aber noch lange nicht das letzte Wort gesprochen, denn 1835 tauchte erneut der alte Plan einer gemeinsamen Anstalt für den Rezat- und den Regenkreis auf.

Die vom Ministerium zu einem Gutachten aufgeforderte Kreisregierung stellt sich jedoch hinter den Landrat, der energisch gegen neuerliche Änderungsvorschläge

⁶³ Allg. LRPr. 1833 I, S. 36 ff, StA N. Nr. 331.

⁶⁴ I. B. 1833, Beilage zu Nr. 41.

protestiert⁶⁵. Es wird geltend gemacht, daß der 1833 nach den von höchster Stelle genehmigten Plänen begonnene Bau schon zu über die Hälfte fertiggestellt sei. Bei einer Verwirklichung der gewünschten Veränderungen sei ein Teil der Kosten umsonst ausgegeben worden. Dazu wolle der Landrat nicht mitwirken.

Es wird betont, daß der Rezatkreis die Irrenanstalt allein übernehmen kann und will. Besonders verärgert ist der Landrat über die ministerielle Bemerkung, die Leistung des Rezatkreises (Bau einer Anstalt für heilbare Kranke) werde durch die Leistung des Regenkreises (Bau einer Anstalt für unheilbare Kranke) kompensiert. In seiner Kritik weist der Landrat daraufhin, daß zuerst einmal zu versuchen sei, die Kranken zu heilen. Daher müßten zunächst alle Kranken, auch diejenigen des Regenkreises, eventuell für mehrere Jahre, nach Erlangen gebracht werden. Unter diesen Umständen bestehe auf jeden Fall die Notwendigkeit, die Erlanger Anstalt größer als diejenige des Regenkreises zu gestalten, und von einer gegenseitigen Aufhebung der Kosten könne nicht die Rede sein. In dem Bestreben, eine eigene Irrenanstalt zu erhalten, versucht der Landrat sogar den König und das Ministerium gegeneinander auszuspielen. Er bringt unter Hinweis auf die königliche Zusage im Landratsabschied von 1833 vor, es gehe doch nicht an, das königliche Wort einfach durch eine ministerielle Verfügung aufzuheben. Diese Taktik hat die königliche Rüge zur Folge, der Landrat würde die betreffende Stelle im Abschied falsch deuten, denn der König habe sich die Wiederaufnahme des früheren Planes vorbehalten⁶⁶. Immerhin erreicht der Landrat das Versprechen einer nochmaligen Prüfung des Gegenstandes. Sie fällt dann auch, wohl nicht zuletzt auf Grund der übereinstimmenden Wünsche beider berührten Kreise, in dem vom Landrat erhofften Sinn aus. Jeder Kreis soll seine eigene, vollständige Anstalt bekommen.

Die Baukosten der Erlanger Anstalt werden ursprünglich ziemlich verschieden, in Höhe zwischen 100 000 und 167 000 Gulden geschätzt⁶⁷. Bald merkt man, daß mit 100 000 Gulden — dieser Betrag war durch das Vermögen der Irrenanstalt in Schwabach von 40 000 Gulden, dem Beitrag der Stadt Erlangen von 25 000 Gulden und einem 35 000 Gulden ausmachenden Zuschuß aus dem Kreisfonds gedeckt — nicht auszukommen ist. Weitere Schwierigkeiten bei der Finanzierung ergeben sich aus der Weigerung des Königs, Bauholz aus dem Staatswald unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und den Kreisfonds für notwendige Zwecke in Anspruch zu nehmen. Als sich im Jahre 1839 herausstellt, daß die Gesamtkosten voraussichtlich auf 204 000 Gulden anwachsen werden, ist eine Finanzierungslücke in Höhe von 40 000 Gulden vorhanden. Sie soll, einem Gutachten der Kreisregierung nach, durch die Aufnahme eines Schuldenkapitals geschlossen werden. Die Rückzahlung der Schuld soll in jährlichen Raten aus dem fakultativen Kreisfonds stattfinden. Die Situation bedarf einer raschen Klärung, denn bei einer Verschleppung der Bauarbeiten droht infolge des Steigens der Baupreise eine Kostenerhöhung. Außerdem können Witterungseinflüsse Schaden bringen. Trotzdem glaubt der Landrat, der zur Behandlung aller mit dem Bau der Anstalt zu-

⁶⁵ Allg. LRPr. 1835, S. 35, StA N. 357.

⁶⁶ I. B. 1835, S. 2511.

⁶⁷ Allg. LRPr. 1832, S. 22 ff., StA N. Nr. 321 II, I. B. 1832, S. 1762 ff.

sammenhängenden Probleme einen besonderen Ausschuß wählt, seine Zustimmung zu einer Darlehensaufnahme im Hinblick auf die Vorschriften des Ausscheidungsgesetzes vom 17. November 1837 versagen zu müssen⁶⁸. Da der Landrat aber andererseits die Vollendung der Anstalt nicht noch ein zweites Jahrzehnt hinauszögern will, beschließt er mit 14:10 Stimmen, wenigstens einer jeweiligen jährlichen Schuldenaufnahme in solcher Höhe zuzustimmen, wie sie für die Fortführung des Baues erforderlich sei. Der Widerstand des Landrates gegen den Regierungsvorschlag besitzt seinen Grund in erster Linie darin, daß er sich sein Verfügungsrecht über den fakultativen Kreisfonds — hier steht ihm bekanntlich das weitgehendste Mitspracherecht zu — nicht auf viele Jahre hinaus verbauen lassen wollte.

Das Verbot des Königs durchkreuzt aber alle Ausichten auf eine eventuelle Darlehensaufnahme⁶⁹. In die Bresche springt in diesem Moment die Stadt Erlangen, die sich bereit erklärt, abgesehen von ihrem Barzuschuß, zu ihren Lasten für den Bau ein Kapital von 50 000 Gulden aufzunehmen. Mit dieser Lösung der Finanzierungsfrage sind der Regent, Kreisregierung und der Landrat einverstanden⁷⁰, wobei der Stadt die Rückzahlung des Kapitals aus dem fakultativen Kreisfonds in jährlichen Raten zu 5000 Gulden garantiert wird.

Diese endgültige finanzielle Sicherung des Projektes wirkt sich auf die Fortschritte der Bauarbeiten günstig aus. In seiner Sitzung im Mai 1841 stellt der Landrat fest, daß die Irrenanstalt samt der Inneneinrichtung der Vollendung nahe sei⁷¹. Es wird daher ihre baldige Eröffnung befürwortet und der Wunsch geäußert, noch im kommenden Herbst die ersten Kranken von Schwabach nach Erlangen zu verlegen⁷².

Der Optimismus war jedoch verfrüht, denn es vergehen bis zur Eröffnung noch weitere fünf Jahre. Um die schlechten Unterbringungsverhältnisse in der Schwabacher Anstalt zu verbessern, genehmigt der König, daß vorübergehend einige Räume des aufgelösten Schwabacher Strafarbeitshauses von den Kranken belegt werden⁷³.

Nach einem neuen Plan soll die Erlanger Anstalt zu Beginn des Jahres 1844 aufgemacht werden, doch nach den Gutachten der Techniker und Ärzte ist eine Behandlung von Kranken erst im Anschluß an den völligen Ausbau des Gebäudes möglich⁷⁴. So dauert es bis zum 1. August 1846, ehe der Bau endgültig fertig gestellt ist, und nach vorgängiger Einweihung der Anstaltskirche die Eröffnungsfeier mit einem vom Dekan von Ammon geleiteten Festgottesdienst stattfinden kann.

Der Bau ist nicht, wie sonst im allgemeinen üblich, in einer geschlossenen Bauweise, sondern nach englischem Vorbild im sogenannten panoptischen System, das bedeutet in Kreuzform, errichtet. Gemäß den Plänen des Zivil-Inspektors Schulz

⁶⁸ Allg. LRPr. 1839, StA N. Nr. 411 II.

⁶⁹ I. B. 1839, S. 492.

⁷⁰ Allg. LRPr. 1840, StA N. Nr. 432 II; I. B. 1840, S. 584.

⁷¹ Allg. LRPr. 1842, S. 52, StA N. Nr. 433.

⁷² Allg. LRPr. 1841, S. 52, StA N. Nr. 433.

⁷³ Allg. LRPr. 1842, S. 49, StA N. Nr. 489 I; I. B. 1842, S. 562.

⁷⁴ Allg. LRPr. 1844 I, S. 14, StA N. Nr. 512 III.

⁷⁵ Allg. LRPr. 1846, S. 62, StA N. Nr. 565 I.

befinden sich in dem Gebäude für jedes der beiden Geschlechter sechs Krankenabteilungen, aber jeweils nur ein Bad. Eine zwei Meter hohe Steinmauer, die auch heute über 100 Jahre später noch zum größten Teil erhalten ist, umfriedet die Anstaltsgebäude.

Bei der Schlußabrechnung⁷⁵ ergibt sich, daß auch der erhöhte Kostenvoranschlag nicht eingehalten wurde. Zur Begründung werden die gestiegenen Preise der Baumaterialien und die höheren Löhne angegeben. Die Gesamtkosten betragen 236 567 Gulden, davon entfallen 216 162 Gulden auf den Bau und 20 405 Gulden auf die Inneneinrichtung.

Zugleich mit der Eröffnung wird eine Anstaltsordnung erlassen. Die Statuten sehen vor, daß die Anstalt primär Kranken aus Mittelfranken dienen soll, erst sekundär werden Personen aus dem übrigen Königreich sowie aus dem Ausland aufgenommen. Die mittelfränkischen Patienten müssen auch den geringsten Verpflegungssatz zahlen. Das ärztliche Personal ist zunächst mit den Planstellen für einen Oberarzt und einem Assistenzarzt sehr bescheiden⁷⁶. Verständlich wird dies, wenn man erfährt, daß zur damaligen Zeit in Deutschland bei der Verwahrung von Geisteskranken ihre Heilung nicht in demselben Maße im Vordergrund steht wie heutzutage, sondern mehr der Schutz der Allgemeinheit gegenüber den Gefahren, welche die freie Bewegung der Kranken für die Öffentlichkeit mit sich bringt, beabsichtigt ist.

Die Eröffnung der Irrenanstalt in Schwabach im Jahre 1781 erfolgte praktisch ausschließlich zum Zweck der Unschädlichmachung der gefährlichen Irren. Die Harmlosen ließ man frei herumlaufen. Eine auf Heilung der Geisteskranken gerichtete Bestrebung war im 18. Jahrhundert noch nicht zu bemerken. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzte sich, dem französischen und englischen Beispiel folgend, auch in Deutschland allmählich die Erkenntnis durch, daß Geistesstörungen wie andere Krankheiten geheilt werden könnten⁷⁷.

Einige Sorgen bereitet dem Landrat der für 100 Insassen berechnete Anstalts-
etat, da in der ersten Zeit nach der Eröffnung nur 47 Patienten eingewiesen wurden. Bis zum April 1847 ist aber die Zahl schon auf 103 angestiegen, und weitere Anmeldungen häufen sich.

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem König und dem Landrat gibt es über die Aufbringung der Unterhaltungskosten für die Anstalt. Der Landrat vertritt die Ansicht⁷⁸, daß die Unterhaltung dem Kreisfonds für notwendige Zwecke und nicht dem fakultativen Fonds zur Last fallen dürfe, und zwar schon deswegen, weil allein die alljährlich aus dem fakultativen Fonds zu bestreitende Tilgungsrate in Höhe von 5 000 Gulden bereits ein Drittel des überhaupt disponiblen Betrages verbraucht. Der Landrat bittet um einen Zuschuß aus der Staatskasse, um den Kreishaushalt mit den Betriebskosten nicht zu überfordern. Wie hoch die ständigen Regiekosten sind, zeigen die 2 000 Gulden, die jährlich allein für die Beheizung benötigt werden. Obwohl sogar der Referent der Kreisregierung einem staatlichen Zuschuß positiv gegenübersteht, hat der König für die Bitte taube

⁷⁶ Allg. LRPr. 1846, S. 62, StA N. Nr. 565 I.

⁷⁷ Die Krankenanstalten des Kreises Mittelfranken, S. 3 u. 23.

⁷⁸ Allg. LRPr. 1844 II, S. 61, StA N. Nr. 512 I.

Ohren. Auf seinem Befehl wird vielmehr die jährliche Summe zur Kapitaltilgung auf 3 000 Gulden reduziert, damit noch 2 000 Gulden aus dem fakultativen Fonds für die Verwaltungskosten abgezweigt werden können⁷⁹.

Trotz aller finanzieller Schwierigkeiten erwirbt sich die Erlanger Heil- und Pflege-Anstalt schnell einen ausgezeichneten Ruf, weit über die bayerische Landesgrenze hinaus. In der Eröffnungsansprache vor dem Landrat im Jahre 1847 bezeichnet sie Regierungsdirektor v. Hussell, der den erkrankten Regierungspräsidenten v. Andrian vertritt, als „eines der rühmlichsten Denkmale ihres treuen Mitwirkens . . . Kaum eröffnet, gehört sie schon zu den erstrangigen Anstalten dieser Art in Deutschland“⁸⁰.

e) Der Handel und das Gewerbe.

Als König Ludwig 1825 den Thron bestieg, waren die deutschen Landstraßen durch Zollbäume gesperrt, die Flüsse durch See- und Wasserzölle unbefahrbar gemacht. Von dem Bundesrat konnte keine wirksame Hilfe erwartet werden. Unter diesen Voraussetzungen scheute sich Ludwig nicht, selbst die Initiative zu ergreifen, um dem Handel und Gewerbe wieder auf die Beine zu helfen. Das wichtigste Mittel hierzu war der Abbau der Handelsschranken.

In Anbetracht der Aufgeschlossenheit des Monarchen gegenüber allen Problemen des Handels und des Gewerbes überrascht es nicht, daß auch der Landrat auf diesem Gebiet recht rührig war, indem er versuchte, durch die Schilderung der örtlichen Verhältnisse im Rezatkreis den höchsten Stellen Fingerzeige für die am besten zu treffenden Maßnahmen zu geben.

Im Jahre 1830 vermittelt der Landrat in einem Gutachten⁸¹, das er zwei Jahre später noch ergänzt⁸², einen aufschlußreichen Überblick über die wirtschaftliche Situation des Kreises. Demnach brachte im Gewerbewesen die Erleichterung der Niederlassung ohne genügend strenge Prüfung der Befähigung und ohne Nachweis von Geldmitteln eine merkliche Überbesetzung in vielen Gewerbebezügen. Die Folge war ein starker Druck auf die Preise.

Der Landrat kritisiert die Verwaltungspraxis, die es einem Handwerker im Fall des Nichtbestehens der Befähigungsprobe ohne weiteres erlaubt, die Prüfung an einem anderen Ort zu wiederholen, wenn er nur die Gebühr bezahlt und verspricht, sich nicht am Examensort niederzulassen.

Keht der Prüfling in seinen Heimatort zurück und verlangt er dort vergeblich seine Ansässigmachung, so beschwert er sich bei der Regierung, die oft sein Gesuch genehmigt. Jetzt wird der Handwerksmann Bürger. Da aber sein geringes Vermögen durch die Aufwendungen für die Meisterprüfung aufgebracht ist, fällt er zuletzt der Armenfürsorge zur Last.

Der Landrat ist zwar der Ansicht, daß die Freiheit für das Gewerbe ein belebendes Element darstelle, doch meint er, daß ein Übermaß am Guten nur schade. Er beklagt die zahlreichen unehelichen Kinder von Handwerksburschen. Wären

⁷⁹ I. B. 1845, S. 663.

⁸⁰ Allg. LRPr. 1847, StA N. Nr. 577 II.

⁸¹ Allg. LRPr. 1830, S. 12 ff., StA N. Nr. 288.

⁸² Allg. LRPr. 1832, S. 24 ff., StA N. Nr. 321 II.

früher die Innungsbräuche zu streng gewesen, so seien die neuen Vorschriften zu milde.

Der Vorzug der jetzigen Gewerbegesetzgebung, die dem Eigennutz bei neuen Niederlassungen keine entscheidende Stimme mehr gönne, wird vom Landrat anerkannt. Doch schieße andererseits die Instruktion zum Gewerbegesetz übers Ziel hinaus, wenn sie nicht nur das Widerspruchsrecht der beteiligten Gewerbebezüge aufhebe, sondern den Gewerbebesessenen, die das Gesuch am besten prüfen könnten, den Mund verschließe.

Die Instruktionen zu dem Edikt über das Gewerwesen stünden überhaupt mit dem wahren Gesetzeswillen im Widerspruch. Manche Vorschrift passe eher für eine Plassenburger Hausordnung als für einen deutschen Innungsverein. So sei es unwürdig, daß die Vereinsmitglieder nicht anders als in Gegenwart einer Polizeischildwache miteinander sprechen und sich nicht über gemeinschaftliche Gewerbegegenstände, Gewerbeeinrichtungen oder ihre Befugnisse unterhalten dürften. Dagegen solle nur jeder 1 Gulden und 30 Kreuzer mitbringen, um diese Summe beim geringsten der Polizei bedenklichen Fehlwort in die Polizeistrafbüchse werfen zu müssen⁸³.

Im Jahre 1835 stellt der Landrat den Antrag, die Prüfungsbefugnis für die Abnahme der „Meisterprobe“ wieder den Landgerichten zurückzugeben. Die Regelung, die lediglich den Städten der ersten Klasse, im übrigen aber bestellten Prüfungskommissaren die Abnahmebefugnis zubilligt, sei unvorteilhaft⁸⁴. Dieser Stellungnahme ungeachtet hält der Abschied die Prüfungskommissare für die besten Kontrollorgane der angehenden Gewerbetreibenden⁸⁵.

Den Hauptgrund der Bedrängnis für das Gewerbe sucht der Landrat in der den Verbrauch übertreffenden, zu hohen Produktion. Brot, Fleisch und Bier seien zu teuer geworden. Als drückend habe sich für manches Gewerbe die Konkurrenz der Arbeitshäuser erwiesen, die keinen Lohn und keine Abgaben zahlen mußten. Durch diese Vergünstigungen könnten aus dem Arbeitshaus die Produkte billiger geliefert werden. Zur Abstellung der Übelstände macht der Landrat folgende Vorschläge: Bei jeder Niederlassung ist der Armenpflegschaftsrat zu hören. Ein Jungmeister darf erst ein Jahr nach erfolgter Niederlassung heiraten. Talentierte Gesellen sollen Stipendien erhalten, damit sie Gelegenheit haben, ihren Ideenkreis im Ausland, vornehmlich in England, zu erweitern. Schließlich sei es notwendig, ähnlich wie es bis vor einigen Jahren der Fall gewesen wäre, begüterten Gewerbeleuten Kreditmittel durch Banken zur Verfügung stellen zu lassen.

Für eine gesunde Handelspolitik vertritt der Landrat den von Adam Smith entwickelten Grundsatz der freien Konkurrenz, des „laissez-faire“. Nur durch eine Vereinfachung des Zollwesens und einer Ausdehnung der Handelsverträge mit ausländischen Partnern — speziell ist dabei an Österreich und Rußland gedacht — könne man dem stagnierenden Handel helfen. Sehr mißfällig äußert sich der Landrat über die „von Österreich erfundene Mauth“.

⁸³ Bes. LRPr. 1829, S. 7, StA N. Nr. 275 I.

⁸⁴ Allg. LRPr. 1835, StA N. Nr. 357.

⁸⁵ I. B. 1835, S. 2515.

Lobend spricht sich der Landrat über die günstigen Auswirkungen des zwischen Bayern und Preußen abgeschlossenen Zollvereins aus⁸⁶, der zu dem Besuch von preußischen Aufkäufern für Holz, Papier und Metall im Rezatkreis geführt hat. Es wird die Hoffnung geäußert, daß damit der Anfang für weitere Handelsverbindungen mit dem Ausland gemacht sei. Besondere Vorteile erwartet der Landrat von engeren Beziehungen zu Holland als Umschlageplatz für den Seehandel mit anderen Erdteilen. Es wird auf die bequeme Transportmöglichkeit von Gütern über den Main und den Rhein hingewiesen, vor allem, wenn die Strecke zwischen Donau und Main durch eine Eisenbahn überbrückt werden könnte. Auf diesem Weg sei dann mit geringen Kosten ein Getreidexport nach Übersee zu erreichen.

In diesem Zusammenhang verwendet sich der Landrat für eine weitere Senkung der Zollsätze, die für den Rezatkreis von erheblicher Bedeutung war, da seine Industrie zu einem großen Teil fremde Produkte veredelte und anschließend Handel mit weit entfernten Gegenden betrieb.

Durch den Ausbau des Handels mit den Nachbarstaaten kam verhältnismäßig viel fremdes Geld in Bayern in Umlauf. Auch der Rezatkreis war hiervon betroffen. Der Landrat weist 1832 darauf hin, daß der Gutsbesitzer in Verlegenheit gerate, wenn er zur Steuerzahlung andere als preußische Münzen beschaffen solle⁸⁷. Aus diesem Grund wird die Bitte ausgesprochen, das Verbot für öffentliche Kassen, keine preußischen Taler annehmen zu dürfen, aufzuheben. Andernfalls müsse sich der Steuerpflichtige an Geldwechsler wenden und zahle diesen ein Agio, das eine neue Art von Steuer bedeute. Der König verspricht eine Prüfung der Angelegenheit nach sorgfältiger Erwägung der gemeinsamen Interessen der bayerischen Staatsangehörigen. Eine Lösung sei aber nur nach Vereinbarung mit anderen Staatsregierungen möglich. Zu dieser in Aussicht gestellten Vereinbarung kam es aber nicht. Obwohl sich der Landrat noch zweimal in den Jahren 1835⁸⁸ und 1839⁸⁹ im gleichen Sinn einsetzt und sogar die Kreisregierung wenigstens die Annahme von preußischem, nicht aber von anderem ausländischen Geld, unterstützt, wird das Annahmeverbot für die Staatskassen aufrecht erhalten.

Ausführlich beschäftigt sich der Landrat im Jahre 1834 in einem Gutachten mit dem Sparkassenwesen im Rezatkreis⁹⁰. Die 1821 in Nürnberg errichtete Sparkasse war nicht nur die erste, sondern 1832/33 mit einem Aktivstand von 714 663 Gulden auch die größte des Kreises. In den folgenden Jahren errichteten Fürth, Ansbach, Nördlingen, Erlangen, Gunzenhausen, Rothenburg und Hersbruck ebenfalls Sparkassen.

Die Statuten dieser Anstalten stimmten darin überein, daß sie nur Unbemitelten Zutritt zur Benützung erlaubten. Die jährlich mögliche höchste Einlage betrug meist lediglich 100 Gulden. In Nürnberg gab die Kasse Kapitalien nur zur ersten Hand bis zu einem Drittel des Grundstückswertes.

Kreisregierung und Landrat sind sich in dem Wunsch einig, daß sich noch mehrere Städte und Märkte zur Schaffung von Sparkassen entschließen mögen. Ein Druck auf

⁸⁶ Allg. LRPr. 1832, StA N. Nr. 321 II.

⁸⁷ Bes. LRPr. 1832, S. 5, StA N. Nr. 321 II.

⁸⁸ Bes. LRPr. 1835, StA N. Nr. 357.

⁸⁹ Bes. LRPr. 1839, StA N. Nr. 411 II.

⁹⁰ Allg. LRPr. 1834, S. 41 ff., StA N. Nr. 347.

die Gemeinden soll jedoch nicht ausgeübt werden. Zum Anreiz wird bemerkt, daß alle acht im Kreis bestehenden Institute mit Überschüssen arbeiten.

Eine Aufnahme der nächstgelegenen Distrikte in die Organisation der schon existierenden Sparkassen wird nicht für möglich gehalten, da jede Kasse jeweils unter der Verwaltung der örtlichen Magistrats und unter der Garantie der Bürgerschaft steht. Aus ähnlichen Erwägungen steht der Landrat der Bildung von Bezirkssparkassen ablehnend gegenüber.

Dem Vorschlag, Gemeinden zu ihren Bauten vierprozentige Darlehen zu gewähren, pflichtet die Versammlung nicht bei. Sie fürchtet, eine solche Maßnahme könnte von verschiedenster Seite Ansprüche gegen die Kassen auslösen. Außerdem würde sich der von Natur mißtrauische Bauer sonderbare Vorstellungen machen, wenn man seine Ersparnisse nicht zu Zwecken, die ihn selbst angehen oder ihm zumindest erkennbar sind, verwendete.

In Verbindung mit der Nennung einer Reihe von Orten, die der Landrat als Sitz von Sparkassen geeignet erachtet, wird ein Protest gegen das Lotto vorgebracht, „der schrecklichen Landplage, die jeden Keim der Sparsamkeit in der Geburt erstickt“.

Sehr besorgt ist der Landrat um das Schicksal der Gewerbeschulen in den kleineren Städten⁹¹. Wiederholt beantragt er zur Förderung dieser Schulen Zuschüsse aus dem jährlich 5000 Gulden betragenden Kreisfonds für „Cultur und Industrie“. Als jedoch durch eine Verordnung vom 16. Februar 1834 die Errichtung einer Kreisgewerbeschule festgelegt wird und für diese Anstalt 6000 Gulden aus dem fakultativen Kreisfonds beansprucht werden, verwahrt sich der Landrat 1833 dagegen, daß zur Finanzierung nicht andere zur Verfügung stehende Geldquellen zuerst erschöpft wurden⁹². Anlaßlich der Rechnungsprüfung ein Jahr später überzeugt sich der Landrat aber von der guten Anlegung dieser Summe⁹³.

Dafür wird diesmal ein scharfer Angriff gegen die Kreisregierung geführt, weil diese der Direktion der polytechnischen Schule einen jährlichen Zuschuß von 2500 Gulden zugesagt hatte und mit Rücksicht auf diesen Tilgungsfonds der Schule sogar erlaubte, ein Kapital von 20 000 Gulden aufzunehmen. Damit sei, so argumentiert der Landrat, eine Anweisung auf eine Ausgabe entgegen der gesetzlichen Vorschriften getätigt worden. Durch diese Handlungsweise fühlt sich das vorher nicht in Kenntnis gesetzte Gremium übergangen⁹⁴.

Der Landrat schließt die Beschwerde mit dem Bemerken, daß die Prüfung des Voranschlages aller vom Regierungsbezirk zu tragenden Ausgaben unter diesen Umständen zu einem „sehr eitlen Geschäft“ herabgesunken sei. „Zu einer Tätigkeit solcher Art würden sich die Mitglieder des Landrates zu keiner Zeit bereit finden lassen.“ Die Vorwürfe müssen wohl voll berechtigt gewesen sein, denn im Abschied ist keine Antwort enthalten.

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landrat und den Münchener Regierungsstellen tauchen wegen des Abhaltens der Sonntagsmärkte auf. Die Landratsversammlung, die öfters für die Heilighaltung festlicher Tage und gegen die Gefahren sittlicher

⁹¹ Allg. LRPr. 2833 II, S. 33, StA N. Nr. 337.

⁹² Allg. LRPr. 1833 II, S. 40 ff., StA N. Nr. 337.

⁹³ Allg. LRPr. 1834, S. 32, StA N. Nr. 347.

⁹⁴ Allg. LRPr. 1834, S. 33, StA N. Nr. 347.

Verderbnis der Bevölkerung eintrat⁹⁵, möchte für Einzelfälle die Genehmigung zur Verlegung der Märkte in Gemeinden von Sonntag auf wochentags erreichen. Das einzige Resultat, das sie erzielt, ist die königliche Anweisung an die Kreisregierung, die an Sonn- und Feiertagen stattfindenden Märkte erst nach Beendigung des Vormittagsgottesdienstes eröffnen zu lassen⁹⁶. Im übrigen spricht sich der Abschied von 1847 selbst gegen vereinzelte Verlegungsgenehmigungen aus.

f) Die Landwirtschaft

Besonders prädestiniert war der Landrat auf Grund der fachlichen Kenntnisse seiner Mitglieder für die Behandlung von landwirtschaftlichen Problemen, setzte sich doch die Versammlung vorwiegend aus Gutsbesitzern zusammen.

In Befolgung einer königlichen Anordnung erstattete der Landrat 1830 ein ausführliches Gutachten⁹⁷ über den Zustand der Landwirtschaft im Rezatkreis. In ihm werden als die hauptsächlichste Ursache für die, trotz der gestiegenen Produktion, schlechte Lage der Bauern⁹⁸ die zu hohen Abgaben bezeichnet.

Der Landrat beklagt sich über den gegenüber anderen bayerischen Kreisen um 40 Prozent überhöhten Steuerfuß des Rezatkreises. Diesem Steuerfuß kam dadurch große Bedeutung zu, da er nicht nur für alle Staatsabgaben als Maßstab galt, sondern auch als Grundlage für die Berechnung zahlreicher anderer Steuerarten diente.

Als Mittel zur Abhilfe werden von der Versammlung folgende Maßnahmen vorgeschlagen: 1. Der Rezatkreis muß den anderen Kreisen in der Besteuerung gleichgestellt werden. 2. Der Erlaß eines zeitgemäßen Kulturgesetzes, denn die Freiheit des Besitzes sei die erste Bedingung jeden landwirtschaftlichen Flors. 3. Die Anschaffung auserwählter Zuchtthiere, um die Rinder- und Schafzucht zu veredeln. 4. Die Juden scharfen Wuchergesetzen zu unterstellen, und sie zwingen den Sonntag heilig zu halten. Gerade an diesem Tag würden sei „die armen Bauern umgarnen“. 5. Alle zugunsten von Juden entstandenen Schulden der Landleute sollen im Rezatkreis auf einmal von der königlichen Schuldentilgungskasse eingelöst werden.

Auch in einer Ergänzung dieses Gutachtens im Jahre 1832⁹⁹ schildert der Landrat die landwirtschaftlichen Verhältnisse in düsteren Farben. Im Gegensatz zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts seien die ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts fast ausnahmslos eine Zeit der Not und des sinkenden Wohlstandes gewesen. Die Vorschläge des Landrats bleiben bei den Regierungsstellen nicht unbeachtet. Im allgemeinen Protokoll 1834 wird von einer Fahrt einiger Sachverständiger in die Schweiz berichtet, von wo sie mit einer Reihe Bullen, Kühe und Kälber nach Triesdorf zurückkehrten¹⁰⁰. Mehrere Landratsmitglieder überzeugen sich in der dortigen königlichen Ökonomieverwaltung von dem sachgemäßen Einkauf.

⁹⁵ Bes. LRPr. 1832, S. 6, StA N. Nr. 321 II; Bes. LRPr. 1833 I, S. 4, StA N. Nr. 331, Bes. LRPr. 1842, StA N. Nr. 489 III.

⁹⁶ I. B. 1842, S. 563.

⁹⁷ Allg. LRPr. 1830, S. 12 ff., StA N. Nr. 288.

⁹⁸ Vergl. auch Allg. LRPr. 1829, StA N. Nr. 275 I.

⁹⁹ Allg. LRPr. 1832, S. 24 ff., StA N. Nr. 321 II.

¹⁰⁰ Allg. LRPr. 1834, S. 62, StA N. Nr. 347.

¹⁰¹ Allg. LRPr. 1835, S. 31, StA N. Nr. 357.

Noch im Dezember des gleichen Jahres reisen dem Landrat angehörende Gutsbesitzer im offiziellen Auftrag zum Ankauf von Vieh nach Holland. Später zeigen aber Vergleiche, daß das Schweizer Vieh das holländische an Größe und an der Qualität der Milch übertrifft¹⁰¹. Im Zuge der weiteren Auffrischung des mittelfränkischen Viehbestandes wird eine Reise in die Steiermark erwogen.

Wie aus den Protokollen der folgenden Jahre hervorgeht, haben die Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft in Mittelfranken guten Erfolg. Einem Antrag des Landrats entsprechend werden die Zuchtbullen unentgeltlich an Gemeinden oder an Privatpersonen überlassen¹⁰². Von dieser Möglichkeit, das Landvieh zu veredeln, wird reger Gebrauch gemacht. Weniger positiv als die Viehzucht entwickelt sich die Pferdezucht, für die nur unzureichende Mittel zur Verfügung stehen¹⁰³.

Auffällig oft beschäftigt sich der Landrat mit der Zucht von Blutegeln, die 1835 die Regierung des Rezatkreises mit einem Zuschuß aus dem Fonds für Industrie und Kultur unterstützt wissen will.

Mit der Begründung, diese Zucht sei weniger ein Gegenstand der Industrie als vielmehr eine Liebhaberei, wendet sich der Landrat gegen diesen Plan¹⁰⁴, der dann im Abschied auch nicht die Billigung des Königs findet¹⁰⁵. Sieben Jahre später steht die Versammlung dem selben Problem wesentlich wohlwollender gegenüber, wobei auf den umfangreichen Anwendungsbereich der Blutegel hingewiesen wird. Durch die Trockenlegung von Teichen sei die Erzeugung geringer geworden und die Preise seien gestiegen. Da die Zuchtanstalten in Nürnberg, Erlangen und Würzburg den Bedarf nicht decken können, wird von dem Landratskollegium die Errichtung einer weiteren Zuchtanstalt in Triesdorf gewünscht¹⁰⁶.

¹⁰² Allg. LRPr. 1841, S. 40, StA N. Nr. 433.

¹⁰³ Allg. LRPr. 1837/38, StA N. Nr. 381 II.

¹⁰⁴ Allg. LRPr. 1835, S. 49, StA N. Nr. 357.

¹⁰⁵ I. B. 1835, S. 2509.

¹⁰⁶ Allg. LRPr. 1842, S. 45, StA N. Nr. 489 I.

6. Kapitel

Das Landrats-Gesetz und die Verfassung von 1818

Das Wesen jedes Rechtsstaates, also auch der konstitutionellen Monarchie, besteht darin, daß die Bürger nicht der Willkür einer mit Machtvollkommenheit ausgestatteten Regierung preisgegeben sind. Die Schaffung der Verfassung von 1818 und die Einführung der Landräte 1828 hatten insoweit beide ein gemeinsames Ziel: nämlich dem Volk gegenüber der Regierung ein gewisses Mitbestimmungsrecht zu garantieren¹.

¹ Vergl. J. C. v. Aretin fortgesetzt durch K. v. Rotteck, Staatsrecht der konstitutionellen Monarchie, Band 3, S. 135 ff.

Mit dem Verfassungsleben der deutschen Mittelstaaten war von Anfang an der Aufbau einer eigentlichen Selbstverwaltung aufs engste verknüpft. Sollte er weitergeführt werden, so mußten sich erst die konstitutionellen Grundsätze und Machtanprüche des deutschen Liberalismus stärker durchsetzen².

Daher bestehen zwischen Einführung und Inhalt der Verfassung einerseits und dem Landrat-Gesetz andererseits mancherlei Parallelen und Berührungspunkte, die im Zusammenhang mit einer Arbeit über die Landräte auch einen Blick auf das Zustandekommen der Verfassung von 1818 und ihrem Verhältnis zum Landrats-Gesetz angebracht erscheinen lassen. Schließlich war es die durch die Verfassung ins Leben gerufene Ständeversammlung, die die entscheidenden Vorarbeiten für die Gesetzgebung über den Landrat leistete.

Der Grundsatz der Legitimität, der in erster Linie auf die Befestigung einer mehr oder weniger absoluten Monarchie hinauslief, wurde nach dem Sturz Napoleons gegenüber dem revolutionären Grundsatz der Volkssouveränität zum Schlagwort für das europäische Friedenssystem des Wiener Kongresses³. Neben der konservativen Restauration, deren Wortführer Metternich war, trat zunächst auch die charakteristische Tendenz eines gemäßigten Liberalismus hervor. Vor allem der russische Kaiser Alexander I. setzte sich entgegen Metternich dafür ein, ein sorgsam abgegrenztes Maß von bürgerlich-liberaler Freiheit in das neue Europa hinüberzunehmen. Er gab selbst dem erneuerten Königreich Polen, das er in Personalunion mit dem zaristischen Rußland vereinigte, eine Verfassung mit einem eigenen Reichstag, der an das alte aristokratische Ständetum des Landes anknüpfte.

Außer den beginnenden Verfassungsberatungen in den benachbarten Staaten trugen zur Aktivität von König Maximilian I. auch die am Bundestag in Frankfurt gerade gegen Bayern erhobenen Vorwürfe bei, daß vom Münchener Hof bewußt die Erfüllung des Artikels XIII der Deutschen Bundesakte verzögert werde⁴.

Der bayerische Bundestagsabgeordnete Johann Adam v. Aretin wollte sogar schon Anzeichen für eine gänzliche Umgestaltung der deutschen Verfassung wahrnehmen, mit dem Ziel der strafferen Unterordnung der einzelnen deutschen Bundesstaaten unter die Bundesversammlung als einer Nationalrepräsentation von ganz Deutschland. Die Aufstellung allgemeiner Leitsätze durch den Bundestag für die Verfassungen sämtlicher deutscher Bundesstaaten drohe.

Unter dem Eindruck dieser Alarmnachrichten ordnete der König am 16. 2. 1818 den sofortigen Beginn der Verfassungsberatungen an. Dadurch sollte vermieden werden, daß von dritter Seite aus — dem Kaiser von Rußland und den Monarchen der beiden deutschen Großmächte — verbindliche Grundsätze für die bayerische Verfassung aufgestellt würden, die den eigenen Interessen Bayerns zuwiderlaufen könnten.

Weiterhin sicherte sich der König durch diesen Schritt das große Verdienst, seinem Volk selbst das gegeben zu haben, was er zu dessen Wohlfahrt, zu seinem Ruhm und zur Vermehrung seiner Kraft für zweckmäßig erachtet hätte. Wie sehr Maximilian zu diesem Zeitpunkt bestrebt war, durch eine seiner eigenen Initiative entsprun-

² Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, S. 163.

³ Heffter, a. a. O., S. 114.

⁴ Doeberl, Ein Jahrhundert, S. 39.

nen ständischen Verfassung die Würde und Selbständigkeit des Königreiches zu erhalten und zu mehrern zeigt seine Weisung an die mit den Verfassungsberatungen betraute Ministerialkonferenz „er erwarte mit Sehnsucht das Resultat ihrer Arbeit“⁵.

Nicht zu unterschätzen ist daneben die Beeinflussung des Königs durch die Stimmung im eigenen Volk, das allerdings wenig Möglichkeit besaß, seine Wünsche offiziell zu äußern. Am günstigsten war in dieser Beziehung die Situation in der Pfalz, die bereits eine Landratsinstitution aufwies.

Hier auf dem linken Ufer des Rheins befand sich nicht nur ein dank seiner geographischen Lage exponierter Austauschplatz für Wirtschaftsgüter, sondern auch ein Umschlageplatz für Ideen⁶. Außerordentlich viel verdankten die Pfälzer dem modernen, der großen Revolution folgenden Gesetzgebungswerk Napoleons. Der Code Napoleon ist ihre Bibel, ihm entnehmen sie die Leitsätze und Leitbilder, nach denen sie zu leben begehren; ihm entnehmen sie auch die Waffen, mit denen sie sich nach dem Jahr 1816 gegen die restaurativen und reaktionären Tendenzen, die mit der Rückkehr monarchischer Vorstellungen allenthalben auch am Rhein wieder heimisch wurden, zu erwehren suchen.

In der Pfalz war es, wo zuerst der Geist der modernen Zeit von deutschen Hirnen und Herzen erfaßt und geliebt worden ist. Nach dem Zusammenbruch des Napoleonischen Empires hat sich im bayerischen Rheinkreis das republikanische Gedankengut lang erhalten. Es gereichte zum Ruhme Bayerns, daß seine Könige liberal genug waren, den Pfälzern ihre „eigentümlichen Institutionen“, zu denen auch der Landrat gehörte, zu belassen.

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß es der sehnliche Wunsch gerade der Pfälzer war, eine vom König verbürgte Verfassung zu bekommen, die als ein System politischer und bürgerlicher Freiheit das Ideal einer auf den Ideen von 1789 gegründeten Verfassung verkörpern sollte⁷.

Einen solchen Antrag stellte der Landrat des Rheinkreises in seinen Verhandlungen vom 24. 11. — 8. 12. 1817, worauf der Landratsabschied vom 9. 3. 1818⁸ unter Nummer VIII Bezug nahm, wo es heißt: „Dem Verlangen einer bestimmten rechtlichen Verfassung wird durch die bevorstehende allgemeine Verfassung des Reiches mit geeigneter Berücksichtigung der in dem Rheinkreis bestehenden besonderen Einrichtungen entsprochen werden. Übrigens sind Wir demselben in Beziehung auf die Verwaltung, durch die erlassenen mehreren Anordnungen bereits entgegen gekommen.“

Diese Vertröstung auf die neue Verfassung, die offensichtlich einen Hinweis auf die dem Rheinkreis schon gewährten Landratsinstitution enthält, ging dann am 26. 5. 1818 in Erfüllung, als unter Verkündung der Verfassungsurkunde die neue bayerische Verfassung eingeführt wurde.

Der Einfluß von Kronprinz Ludwig auf das Zustandekommen der Verfassung ist nicht zu überschätzen. Er weilte ja vom Herbst 1817 bis Mai 1818 — also in der entscheidenden Periode der Verfassungsberatungen — auf seiner berühmten Studien-

⁵ Doeberl, Ein Jahrhundert, S. 40.

⁶ Marx, Geschichte des Landrats, S. 1 ff.

⁷ Dereser, Landrat im Vormärz, S. 54.

⁸ Amtsblatt für die königlich bayerischen Lande am Rhein 1818, Nr. 12, S. 643 ff.

und Erholungsreise in Italien. Überdies war die Stellungnahme von Ludwig zur Verfassung ebenso wie zur Einführung der Landräte⁹ etwas schwankend.

Während dem Kronprinzen für die Verfassungsberatung 1814/15 großes Verdienst zukam, war drei Jahre später seine Haltung weniger positiv: wie er dem Finanzminister Freiherrn Maximilian v. Lerchenfeld vertraulich mitteilte, hätte er jetzt zuerst die längst begehrten Landräte und die Gemeindeverfassung eingeführt, um die Bürger durch Selbstverwaltung ihrer örtlichen Angelegenheiten politisch zu schulen, in der Zwischenzeit mit den Mediatisierten, den ehemaligen Reichsrittern und den Reichsstädten über ihre künftige Stellung im Staat verhandelt, aus diesen, dem übrigen Adel, den Bürgern und den Bauern zuletzt eine konstituierende Versammlung gebildet und mit ihr die Verfassung vereinbart.

Allerdings schrieb der Kronprinz auch zu dem Verfassungsentwurf von 1818, der ihm nach seiner Rückkunft von der italienischen Reise ausgehändigt wurde, handschriftliche Bemerkungen, aber sie waren aus Mangel an Zeit dürftiger und aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Vaters zurückhaltender und fanden nicht die Beachtung wie die vom Frühjahr 1815¹⁰. Immerhin stützte sich die neue Verfassung inhaltlich nicht nur auf die Konstitution von 1808 und den Entwurf der Verfassungskommission von 1814/15, sondern auch auf die weitgehenden Verbesserungsvorschläge des Kronprinzen, die dieser in seiner Denkschrift vom 9. 3. 1815 niedergelegt hatte¹¹.

Der Einfluß der „Charte Constitutionelle“, die König Ludwig XVIII. am 4. 6. 1814 seinem französischen Volk gegeben hatte, geht aus der Übernahme des monarchistischen Prinzips hervor. Der König blieb Träger der verfassungsgebenden Gewalt und ließ nur konstitutionelle Beschränkungen in der Ausübung seiner monarchischen Gewalt zu. Die Theorie einer Teilung der Staatsgewalt war damit gleichzeitig zurückgewiesen.

Die wichtigste Errungenschaft der Verfassung war die Mitarbeit, die von nun an dem Volk im Parlament, im Kreis, im Distrikt und in der Ortsgemeinde eingeräumt wurde. Eine Errungenschaft, die durch die Schaffung der Landräte noch mehr unterstrichen und ausgebaut wurde. Sowohl in der Verfassung als auch im Landrats-Gesetz ist von der Verbesserung der Verhältnisse in der inneren Verwaltung die Rede. In der Präambel der Verfassung wird von der „Wiederbelebung der Gemeindekörper durch die Wiedergabe der Verwaltung der ihr Wohl zunächst berührenden Angelegenheiten“ gesprochen, während das Landrats-Gesetz „Zur Vereinfachung der inneren Verwaltung“ dienen sollte.

In den einzelnen Verfassungstiteln selbst taucht jedoch der in der Einleitung erwähnte Gesichtspunkt bezüglich des Ausbaues der Verwaltung merkwürdigerweise mit keinem Wort mehr auf. Ein Zeichen dafür, daß damit nur ein allgemeiner Programmsatz aufgestellt wurde. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß schon kurz vor dem Erlaß der Verfassung auf dem Gebiet der Verwaltung einige Fortschritte zu verzeichnen gewesen waren.

Nach dem Sturz Montgelas' nahmen die Verhandlungen über eine neue Gemeindeverfassung einen raschen Fortgang. Am 6. 3. 1818 sprach eine königliche Verordnung

⁹ Vergl. S. 10 Anm. 2 und S. 15 Anm. 3 in dieser Arbeit.

¹⁰ Doeberl, Ein Jahrhundert, S. 45.

¹¹ Dereser, Landrat im Vormärz, S. 55.

den politischen Gemeinden wieder die Verwaltung des örtlichen Stiftungs- und Gemeindevermögens zu. Am 17. 5. 1818 wurde das neue Gemeindeedikt für das rechtsrheinische Bayern verkündet. Die Absicht des Edikts war, den Gemeinden ihr Selbstverwaltungsrecht, ihre Selbstbestimmung zurückzugeben durch Schaffung freigewählter Gemeindeorgane, durch Gewährung eines umfassenden Wirkungskreises, durch Beschränkung der Staatsaufsicht auf die Unterdrückung von Mißbräuchen und die Erhaltung der unentbehrlichen Einheit¹². Auch im Finanz- und Zollwesen wurde in den folgenden Jahren der Verwaltungsapparat beweglicher und zweckmäßiger gestaltet.

Das zum guten Teil dem preußischen Muster nachgebildete Edikt faßte die Städte- und Landgemeindeordnung zusammen, machte jedoch einen stärkeren Unterschied zwischen städtischer und ländlicher Gemeindeverfassung. Für die Städte wurde vom Steinschen Vorbild vor allem der Grundriß der kommunalen Repräsentationsverfassung übernommen, der auch hier in der alten Tradition nicht begründet war: das Nebeneinander eines kollegialen Magistrats und einer Vertretung der Bürgerschaft, der Gemeindebevollmächtigten¹³.

Eine Parallele zu den entsprechenden Bestimmungen des Landrats-Gesetzes läßt sich im Hinblick auf die Wahlvorschriften des Edikts ziehen, die eine indirekte Wahl vorschrieben und einen Teil der Sitze den Höchstbesteuerten vorbehielten. Insoweit war man ihm Wahlrecht in Bayern konservativer als die preußischen Reformer von 1808.

Die Mitwirkung der Staatsbürger in Verwaltungsangelegenheiten auch oberhalb der Gemeindeebene auf eine breitere Grundlage zu stellen, blieb Aufgabe des Landrats-Gesetzes. Die bedeutungsvollste Möglichkeit, für die Landräte einen gewissen Einfluß auf das Verwaltungsgeschehen zu nehmen, bot § 2 Ziffer 4 des LRG, in dem der Landratsversammlung die Äußerung „über den Zustand des Regierungsbezirkes und über die etwa wahrgenommenen Gebrechen der Verwaltung“ zugestanden war. Ein Recht, von dem die Landräte, wie sich aus zahlreichen Landratsabschieden ergibt, oftmals auch zum Ärger des Königs regen Gebrauch machten.

Sucht man nach einer Gemeinsamkeit in der Haltung des Monarchen bei der Einführung der Verfassung und des Landrats-Gesetzes, so liegt sie vor allem in dem Bestreben auf der Hand, die Rechte der Krone nicht im stärkeren Maße antasten zu lassen, wie es auf Grund der politischen Lage erforderlich war. Während jedoch im Zusammenhang mit der Verfassung außenpolitische Belange mit hereinspielen, fielen in Bezug auf das Landrats-Gesetz nur innenpolitische Momente ins Gewicht.

¹² Doeberl, Entwicklungsgeschichte II, S. 487.

¹³ Heffter, a. a. O., S. 126.

7. Kapitel

Die Entwicklung der vormärzlichen Selbstverwaltung in den übrigen süddeutschen Mittelstaaten

Betrachtet man die Entwicklung der vormärzlichen Selbstverwaltung außerhalb Bayerns, so zeigt sich, daß sie in den übrigen süddeutschen Mittelstaaten über die Gemeindeordnung, deren Kern die städtische Selbstverwaltung war, wenig hinausgekommen ist.

Für das Bürgertum, das doch in erster Linie hinter dem Liberalismus stand, lag es nach den Klasseninteressen und der alten Ständetradition am nächsten, in den Städten eine freiere Lokalverwaltung einzurichten, und ebenso waren die bürokratischen Regierungen hier am ehesten zu einer gewissen Nachgiebigkeit bereit, weil sie auch im absolutistischen System den Städten immer noch einige karge Reste der früheren Autonomie belassen hatten¹. Um aber die Selbstverwaltung auf die den Gemeinden übergeordneten Bezirke auszudehnen, fehlte in Süddeutschland der unmittelbare Antrieb einer ständisch-kommunalen Tradition der Ämter und Kreise. Die preußischen Kreis- und Provinzialstände waren, vor allem durch das Übergewicht des Adels, den süddeutschen Liberalen zu reaktionär. Die englische Grafschaftsverwaltung war so gut wie unbekannt, und so blieb neben den württembergischen Amtskörperschaften der in Form des bayerischen Landrats abgewandelte Generalrat des französischen Departements das nächste Beispiel, das den anderen süddeutschen Staaten vor die Augen trat.

Der allgemeine Antrieb zum Ausbau der Selbstverwaltung in allen Bereichen der Staatsordnung ist schon deutlich zu greifen in den extremen Äußerungen der Feindschaft gegen das staatliche Verwaltungsbeamtentum, wie sie List 1820 in Württemberg vorgebracht hatte: den von der Bürokratie so radikal freigemachten Raum konnte ja nur eine Selbstverwaltung ausfüllen, gleich ob nun mehr auf Ehrenämter oder auf Lokalparlamente gegründet².

Ein wichtiger Gedanke für den weiteren Fortschritt der liberalen Selbstverwaltungs-idee findet sich in Rottecks Gemeindetheorie, nämlich die durch das Vorbild der belischen Provinzen angeregte Überlegung, der Staatsgewalt die Aufsicht über die Gemeinden zu entziehen und an höhere Kommunalverbände zu übertragen, die aus den Gemeinden selber aufgebaut und ihnen also gleichgeartet wären. Bei solchen natürlichen Oberinstanzen würden die Gemeindeinteressen besser gewahrt als bei der Bürokratie.

In der Praxis des liberalen Parteikampfes waren aber der Verwirklichung einer echten Selbstverwaltung nicht nur in Bayern schwer zu überwindende Schranken gesetzt. Während in Preußen der Antrieb, für Kreis und Provinz zwischen den Ortsgemeinden und der gesamtstaatlichen Volksvertretung auch landschaftliche Kommunal-

¹ Heffter, a. a. O., S. 185.

² Heffter, a. a. O., S. 185.

verbände einzurichten, schon durch die ständische Tradition gegeben war, lag im süddeutschen Raum vor der Schaffung der bayerischen Landräte nur ein einziger Ausnahmefall gleicher Art vor: die württembergischen Amtskörperschaften. In ihnen stand neben dem königlichen Oberamtmann die aus den Gemeindevorstehern und weiteren Abgeordneten der Gemeinderäte zusammengesetzte Amtsversammlung. Für die laufenden Geschäfte wurde noch ein Amtsversammlungsausschuß, der spätere Bezirksrat, gebildet.

In Baden waren zunächst in den 20er Jahren liberale Wünsche nach Übernahme der bayerischen Landratseinrichtung, wie sie vor 1828 schon im Rheinkreis und anschließend im ganzen bayerischen Königreich bestand, laut geworden. Dann beantragte der Abgeordnete Welcker auf dem Landtag von 1831 wiederum, in den Kreisen, die hier Mittelinstanz der Staatsverwaltung waren, Landräte dieser Art zu bilden ³.

Ein entsprechender Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt, da dem Minister Winter der Gedanke, die Verwaltungsreform in liberaler Richtung weiterzuführen, vorerst fern lag ⁴. Winter revidierte vielmehr in den nächsten Jahren die liberale Gemeindeordnung im konservativen Sinn. Nach 1840 gewann die Selbstverwaltungsidee weiteren Boden. Den Kernpunkt des Strebens nach einer volkstümlichen Verwaltung bildete das Verlangen, die verhaßte Bürokratie in ihrer eigensten Domäne, den Bezirksämtern und Kreisregierungen zurückzudrängen, wo sie bisher noch gar nicht durch die Kontrolle und die Mitwirkung der Staatsbürger, wie doch schon im Bereich der Zentralregierung als auch der Gemeinden, eingeschränkt worden war ⁵.

Unter diesen Vorzeichen wiederholte Welcker in der 2. Kammer 1842 seine Forderung nach einer „volksmäßigen Landrats- oder Kreisratseinrichtung“ gemäß dem Beispiel der bayerischen Landräte und der württembergischen Amtsversammlungen als einem „Mittelglied zwischen der Gemeinde und der Ständeversammlung“ ⁶.

Aber erst im Rahmen der Verwaltungsreform, als einem wesentlichen Teil der badischen Revolutionsgesetzgebung von 1848/49, wurden die Wünsche nach einer ausgedehnteren Selbstverwaltung in den staatlichen Verwaltungsbezirken akzeptiert. Diese neue badische Organisation begnügte sich nicht damit, kommunale Einrichtungen über den Ortsgemeinden zu begründen, sondern sie wollte die Mitwirkung der neuen Selbstverwaltungskörper an der eigentlichen Staatsverwaltung, in der das Laienelement unmittelbar neben das Berufsbeamtentum treten sollte ⁷.

Das neue von Minister Bekk geschaffene Gesetz sah vor, daß statt der reinen Beamtenhierarchie die „Bürger aus dem Volk“ in allen Zweigen der Verwaltung zur Mitarbeit herangezogen werden sollten. Es war geplant, die bisherigen zwei Instanzen der Landesverwaltung zwischen dem Ministerium und den Gemeinden zu einer einzigen Instanz zusammenzuziehen und die vier Kreisregierungen samt den vielen kleinen Bezirksämtern durch zwölf „Kreisverwaltungen“ zu ersetzen.

Für den kommunalen Kreisverband war als Lokalparlament die Kreisversammlung, von den Gemeinden gewählt, vorgesehen; sie sollte jährlich zusammentreten, und sie sollte ihrerseits einen Kreisausschuß als ihr ständiges Vollzugsorgan wählen.

³ F. Böhler, Der badische Bezirksrat, Freiburger Dissertation 1933, S. 10 ff.

⁴ Heffter, a. a. O., S. 186.

⁵ Heffter, a. a. O., S. 251.

⁶ Böhler, a. a. O., S. 13 ff.

⁷ Heffter, a. a. O., S. 295/96.

Die bürokratische Staatsbehörde dagegen war das Kreisamt, an seiner Spitze ein Kreishauptmann. Die enge Verbindung zwischen diesen beiden Elementen der neuen Organisation sollte hergestellt werden, indem der Kreishauptmann den Vorsitz in Kreisversammlung und Kreisausschuß führte, und vor allem, indem der Kreisausschuß seinerseits an der staatlichen Kreisverwaltung wesentlich beteiligt wurde. Und zwar nicht etwa mit unmaßgeblichem Rat, sondern mit Beschlußrecht.

In solcher Form ist der Bekksche Entwurf zum Gesetz vom 10. 4. 1849 geworden — allerdings ist er gar nicht mehr in Kraft getreten ⁸.

In Kurhessen war in der Verfassung von 1831 an die Einführung von gewählten Bezirksräten zur Kontrolle und Beratung der Staatsbehörden in den Kreisen gedacht. Da sich aber die Regierung mit dem Landtag über einen 1834 ergangenen Gesetzentwurf nicht einigen konnte, und sich hier die Abgeordneten nicht so beharrlich wie in Bayern erwiesen, fielen die Pläne unter den Tisch.

Der Gewinn, den später die Märzrevolution der kurhessischen Selbstverwaltung einbrachte, wurde von der Reaktion nicht verschont. Ein Gesetz vom Sommer 1851 machte die damalige Verwaltungsorganisation rückgängig. Die Bezirksräte wurden jetzt den Kreisen zugeordnet, wobei ihnen im wesentlichen nur eine beratende Funktion zukam ⁹.

⁸ Heffter, a. a. O., S. 296.

⁹ Heffter, a. a. O., S. 344.

8. Kapitel

Der Landrat im Spiegel der Gesandtschaftsberichte ¹

Es gibt keinen Zweifel, daß die Akten der Staatsverwaltung, diese unmittelbaren Äußerungen staatlichen Lebens, unter den Quellen für die Geschichte eines Staates den Vorrang vor den Aussagen fremder Beobachter haben müssen. Andererseits hat manches, was mündlich verhandelt worden ist, was über Anregungen und Versuche nicht hinausgekommen ist, in den Akten und Protokollen selten Spuren hinterlassen.

Eine Würdigung der Berichte, die die österreichischen, preußischen und französischen Gesandten am Münchener Hof über die Landratsinstitution an ihre Herrscher erstattet haben, vermittelt daher nicht nur ein Bild von der Einschätzung dieser Einrichtung im Ausland, sondern sie wirft auch interessante Streiflichter auf das Geschehen hinter den Kulissen, besonders in den Jahren der Vorberatung des Landratsgesetzes in der Ständeversammlung.

Durch ihre guten Beziehungen zum Hof sind die Gesandten über die innenpolitischen Vorkommnisse meist vorzüglich unterrichtet. Sie interessierten sich für die

¹ Gesandtschaftsberichte aus München 1814—1848, hrsg. von A. Chroust. Vergleiche Abkürzungsverzeichnis.

Anfänge des bayerischen Parlamentarismus ebenso wie für die Weiterentwicklung der Selbstverwaltung, und ihre Berichte bieten eine erhebliche Bereicherung des sonst zur Verfügung stehenden Materials. Dem Vorzug dieser Quellenart, daß die Berichte ausführlich und regelmäßig gegeben werden, steht der Nachteil eines gelegentlichen Mangels an Objektivität gegenüber. Doch gerade im Hinblick auf die Berichterstattung über den Landrat fällt dieser Nachteil kaum ins Gewicht, denn in diesem Punkt besaßen die Gesandten keinen Grund zur Voreingenommenheit.

Am ergiebigsten sind die Mitteilungen der österreichischen Gesandten². Die Beziehungen zwischen Bayern und Österreich sind eben viel enger und verwickelter als beispielsweise die bayerischen Relationen zu Frankreich, das seit 1814 für Bayern in die Ferne rückte. Die Vertreter Österreichs in München bekommen mehr zu sehen und zu hören als die Franzosen, die aus Freunden, denen man sein Herz öffnet, allmählich Gegner werden, die man nicht mehr in die Karten blicken läßt. Neben den österreichischen und französischen Gesandten berichten auch die preußischen Diplomaten wiederholt über die Vorgeschichte und das Zustandekommen der Landräte.

Auffallend ist jedoch, daß die einschlägigen Meldungen in den Jahren 1818 bis 1828 — also in der Zeit der Beratung des Landrats-Gesetzes — wesentlich häufiger und umfangreicher sind als später, nachdem die Landräte ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Die Erklärung hierfür dürfte in erster Linie in der anfänglichen Überschätzung der Bedeutung dieser Institution liegen. Die Ideen über die Zusammensetzung und den Aufgabenbereich der Landräte waren im Verlauf des rund zehnjährigen Vorbereitungsstadiums so verschieden, daß das spätere wirkliche Gewicht der Institution einfach nicht abzusehen war.

Die Verhandlungen der Landräte werden in den Gesandtschaftsberichten kaum mehr registriert. Diese Reaktion war durchaus verständlich, denn in den Landratsversammlungen wurden fast nie außenpolitisch interessierende Themen behandelt.

In den österreichischen Gesandtschaftsberichten werden bereits Ende 1816 zum ersten Mal die Landräte erwähnt. Legationssekretär v. Weißenberg schreibt dazu an Metternich³: „... über die Organisation einer landständischen Verfassung ist man sich aber noch nicht im reinen. Man hatte u. a. auch die Idee, Departemental- oder Provinzialräte, wie ein solcher in Rheinbayern versuchsweise eingeführt worden ist, als Surrogat einer landständischen Verfassung zu errichten. Allein mehrere darüber befragte Generalkommissäre äußerten, daß jede Zusammenberufung von Provinzialversammlungen, wenn ihre Attributionen auch noch so beschränkt wären, bei der nachweislichen Gärung zu gefährlich, und daß es leichter wäre, eine Generalversammlung von Ständen unter den Augen des Königs zu leiten und im Zaum zu halten als Versammlungen in den Provinzen.“ Dieses Schreiben zeigt deutlich die Widerstände auf, die schon frühzeitig gerade innerhalb der Staatsverwaltung gegen die Einführung der Landräte vorhanden waren.

Drei Jahre später berichtet der österreichische Gesandte v. Hruby⁴ über die vom Fürsten v. Oettingen-Wallerstein angeführte heftige Opposition der 1. Kammer gegen die Schaffung von Landräten im diesseitigen Bayern. Die 2. Kammer sei zwar über

² Öst. Gb. Vorwort in Band I.

³ Bericht v. 26. 12. 1816, Öst. Gb. I, 130.

⁴ Bericht v. 24. 5. 1819, Öst. Gb. I, 239.

die Stellungnahme der Reichsräte entrüstet gewesen, habe aber — wie Hruby am 14. 6. 1819 meldet — doch das Budget genehmigt.

Rechberg als Informationsquelle nennt der französische Gesandte de la Garde in seinem Bericht an den Herzog von Richelieu⁵, in dem er darauf hinweist, daß der einheitliche Wunsch des bayerischen Volkes die Regierung zur Begründung einer Volksvertretung bestimmt habe. Wenn auch die Bevölkerung die verlangten Steuern mit Fügsamkeit und Genauigkeit bezahle, so verlange sie auf der anderen Seite respektvoll aber dringend eine Form von Staatsverwaltung, die ihr das Opfer erträglich machen könne, indem sie über Art und Größe der Staatsbedürfnisse Aufklärung gebe. Bei dieser Lage der Dinge habe die Regierung eine allgemeine Versammlung in der Hauptstadt und unter ihren Augen sich selbst überlassenen Provinzialständen vorgezogen.

Als die für den Landrat vorgesehene Aufgabe bezeichnet de la Garde⁶ die Verteilung der Steuereingänge, die lokale Verwaltung und die Anfertigung von Denkschriften mit Vorschlägen und Entwürfen.

Gut informiert war der stellvertretende österreichische Gesandte v. Wolff, der seine Kenntnisse ebenfalls Rechberg verdankte. Er schreibt anfangs 1821⁷, wenige Tage, nachdem Maximilian den Staatsminister v. Zentner mit der Ausarbeitung von Bestimmungen über die Einführung von Landräten betraut hatte, nach Wien: „Der gute Geist, welcher sich bei den Verhandlungen des Landrats in der Rheinprovinz gezeigt hat, bewog die Regierung zu dem Versuch, Landräte auch in den übrigen Provinzen einzuführen. Da man jedoch, wie Rechberg mir anvertraute, zugleich die Absicht hat, bei der Organisation der Landräte jeden ständischen Einfluß fern zu halten, so beschäftigt man sich bereits mit den erforderlichen Vorarbeiten, damit diese neue Institution noch vor dem zweiten Zusammentreten der Stände vollendet dastehe.“

Mehrfach setzte sich der österreichische Gesandte Graf. v. Trautmannsdorff im Jahr 1822, dem Jahr des zweiten Zusammentritts der Ständeversammlung, mit dem Problem der Landräte auseinander. Als sehr zutreffend erweist sich seine Vorhersage über die Folgen der am 1. 1. 1822 durch den König ohne Zustimmung der Stände erlassenen „Verordnung über die Einführung der Landräte in sämtlichen Kreisen des Königreiches“, der er keine lange Lebensdauer zubilligt.

Die Prognose⁸, daß sowohl die Art und Weise des Zustandekommens der Verordnung als auch der zu geringe Wirkungskreis den Widerspruch der Stände herausfordern werde, bewahrheitet sich.

Keine Partei stimme der Verordnung über die Landräte zu, teils werde sie sogar als Verfassungsverletzung angesehen, berichtet v. Trautmannsdorff im März 1822⁹. Die 1. Kammer sei darüber entrüstet, daß alle größeren Gutsbesitzer vom Landrat ausgeschlossen werden sollen. Selbst der Herzog v. Leuchtenberg hätte gesagt, daß dies „eine ganz jakobinische Verordnung wäre“.

⁵ Bericht v. 12. 4. 1818, Fr. Gb. I, 92.

⁶ Bericht v. 24. 4. 1819, Fr. Gb. I, 98.

⁷ Bericht v. 26. 1. 1821, Öst. Gb. I, 351 Anm. 2.

⁸ Bericht v. 6. 1. 1822, Öst. Gb. I, 401.

⁹ Öst. Gb. I, 434 und 437.

Die neuerliche Vorlage eines neuen Landrats-Gesetzes durch die Regierung an die Stände im Jahre 1825 wird in den Gesandtschaftsberichten durchwegs als eine mehr oder weniger taktische Maßnahme beurteilt, um dadurch die Zustimmung zu anderen Regierungsvorlagen zu erkaufen.

In einem ersten Bericht führt v. Trautmannsdorff aus ¹⁰: „Die Regierung tat alles, um die Stände in guter Stimmung zu erhalten und ihnen möglichst entgegenzukommen. Sie legte einen Entwurf zur Einführung der Landräte vor, der sogar mit Akklamation angenommen wurde, obgleich sie noch vor sechs Jahren der Einführung der Landräte entgegengearbeitet hatte, noch vor drei Jahren einen durchaus unbeliebigen Entwurf beantragte und selbst noch bei Beginn dieser Tagung die Idee der Landräte zu beseitigen gehofft hatte“.

Ein zweites Schreiben des österreichischen Gesandten ¹¹ beschäftigt sich sogar ausschließlich mit den Landräten. Demnach erschien einigen Reichsräten die Stellung, die dem Adel im Landrat zugewiesen werden sollte, im Vergleich zur übrigen Mehrheit als zu unbedeutend. Dies sei der Grund für einen Vorschlag der Reichsräte, den Adel von den übrigen Mitgliedern des Landrats zu trennen, eigene Kammern zu bilden und so der gefürchteten Unterdrückung zu entgehen.

Trautmannsdorff weist auf ministerielle Pläne hin, wonach die Regierung auf die Wahl der Landräte Einfluß nehmen will, „womit ein liberaler Finanzminister gar leicht jeden seiner Wünsche in diesen Kreisversammlungen wird durchsetzen, sofort als Wünsche des Landrats vor den Thron bringen und manches, was das Land zu verlangen weit entfernt sein dürfte, doch in der Form eines Begehrens des Landrats bei dem Regenten wird geltend machen können. Auf diesem Wege würden Auflagen, die bisher im Budget erschienen und von den Ständen diskutiert werden mußten, in die Reihe der Kreisauflagen geschwärtzt; sie würden ausgeschrieben und dem Land aufgebürdet werden, ohne dasselbe als Staatslasten in Aufrechnung kämen und die Ständeversammlung verfassungsmäßige Kenntnis davon erhielte.“

Im Anschluß daran gibt der Gesandte eine ihm gegenüber gemachte Äußerung eines Reichsrats wieder, derzufolge „ein Ministerium, welches Gesetzesentwürfe wie die jüngst erschienenen zu Tage fördern kann, macht, daß man vorsichtig wird und daß, wenn man als Feind der Konstitution nach München gekommen ist, man als ihr Freund von hier abgeht“. Eine Rede des Grafen Bassenheim vor den Reichsräten hält Trautmannsdorff für das „Gediegenste“, was darüber gesprochen wurde ¹², obwohl Montgelas darüber geurteilt habe, „daß darin alle Künste der Mechanik aufgebieten seien, um eine Maus totzuschlagen“. Für wie wichtig Trautmannsdorff diese Angelegenheit nimmt, geht daraus hervor, daß er die Rede Bassenheims im vollen Wortlaut an Metternich schickt.

Zurückhaltend im Urteil ist der preußische Vertreter am Münchener Hof v. Küster d. Ä., der meint ¹³: „Einige glauben nun im Landrat eine Kontrolle für die Kreisregierungen, denen gern eine stets überhand nehmende Willkür vorgeworfen wird, gefunden zu haben. Andere indes hätten die Landratsinstitution in der Zeit, ehe die

¹⁰ Bericht v. 2. 6. 1825, Öst. Gb. I, 580.

¹¹ Bericht v. 18. 7. 1825, Öst. Gb. I, 588.

¹² Bericht v. 8. 8. 1825, Öst. Gb. I, 598, Anm. 1.

¹³ Bericht v. 25. 5. 1825, Pr. Gb. I, 361 ff.

ständische Verfassung gegeben wurde, für heilsam gehalten, nunmehr aber eine zu große Anhäufung legislativer Gewalt in Reichs- und Provinzialständen befürchtet. Es wird darauf ankommen, wie die Regierung das Institut ins Leben treten läßt, und bis dahin wird man mit dem Urteil zurückhalten müssen“.

Im Gegensatz zu 1822 und 1825 ist im Jahre 1828, als es mit der Einführung der Landräte ernst wird, die Berichterstattung der Gesandten mit der Zeit immer dürftiger. Man scheint inzwischen eingesehen zu haben, daß der Einrichtung, zumindest vom ausländischen Standpunkt aus, doch nur ein untergeordneter Rang im Staatsapparat zugemessen ist.

Der Franzose, Graf Rumigny berichtet ¹⁴ über die Befürchtung der Abgeordneten, daß die politische Existenz der Landstände Einbuße erleiden würde, wenn man den Provinzialständen einen zu großen Wirkungskreis gäbe. Im Zusammenhang mit der Annahme des Landrats-Gesetzes macht Rumigny dem bayerischen Volk ein Kompliment über die Fortschritte, die es in seiner konstitutionellen Erziehung gemacht habe ¹⁵.

Als nicht recht geglückt betrachtet offensichtlich v. Küster d. Ä. das Landrats-Gesetz, wenn er im Bericht über die knappe Schlußabstimmung in der 1. Kammer sagt ¹⁶: „Die Abänderungsvorschläge waren so kompliziert und zahlreich, daß der Präsident für die Abstimmung 116 Fragen stellen mußte. Die meisten dieser Zusätze zusammen mit denen der 2. Kammer haben den ursprünglichen Entwurf gründlich abgeändert. So war also der Sieg, den das Ministerium über die Opposition der Stände davongetragen hatte, in keiner Beziehung sehr glänzend, und wird keinen Teil befriedigen.“

In den folgenden beiden Jahrzehnten sind die Äußerungen über die nunmehr ins Leben getretenen Landräte selten, kurz und auch etwas gegensätzlich.

Während Graf v. Spiegel glaubt ¹⁷, daß die Landräte zur allgemeinen Aufregung beitragen, nennt v. Kast ¹⁸ die Landratsversammlungen lobend „Bilder des Volkes“. Zweimal wird schließlich noch von v. Kast im Jahre 1839 ¹⁹ und von v. Küster d. J. im Jahre 1844 ²⁰ über das im Landratsabschied ausgedrückte königliche Mißfallen wegen der Landratsverhandlungen in Oberbayern Mitteilung gemacht.

¹⁴ Bericht v. 16. 1. 1828, Fr. Gb., II, 107. Rumigny schreibt: „Il parait que la Chambre a crainte qu'en donnant trop de latitude aux conseils provinciaux, l'existence politique des Etats n'en recut quelqu'atteinte; elle a voulu les faire entrer en quelque sorte sous la subordination de cette haute assemblée“.

¹⁵ Bericht v. 7. 2. 1828, Fr. Gb., II, 114. Es heißt: „Cette réflexion prouve avec évidence que le peuple Bavaois avance dans son éducation constitutionnelle“.

¹⁶ Bericht v. 25. 4. 1828, Pr. Gb., II, 105.

¹⁷ Bericht v. 27. 9. 1831, Öst. Gb., II, 361.

¹⁸ Bericht v. 12. 3. 1837, Öst. Gb., II, 650.

¹⁹ Bericht v. 24. 7. 1839, Öst. Gb., III, 66.

²⁰ Bericht v. 19. 2. 1844, Pr. Gb., IV, 75.

Schlußwort

Betrachtet man die Bedeutung und den Erfolg des Landratsgesetzes von 1828, so ist nicht zu verkennen, daß die Errichtung der Landräte einen wesentlichen Fortschritt in der staatlichen Verwaltung bedeutete. Sie dienten zur Einschränkung der Kompetenzen der Kreisregierungen und bildeten eine wertvolle Ergänzung der konstitutionellen Einrichtungen.

Schon aus der Art der personellen Zusammensetzung des Landrates erklärt es sich, daß seine Arbeit weniger politische Akzente aufwies als die Tätigkeit der Ständeversammlung. Die Landratsmitglieder wurden auch nicht auf ein politisches Programm hin gewählt, sondern sie verdankten ihre Wahl vielmehr meist persönlicher Beliebtheit, mitunter vielleicht auch dem Zufall oder der Verlegenheit des Wahlkollegiums, das nicht einen neuerlichen Wahlgang verursachen wollte.

Es ist nicht zu übersehen, daß der Landrat, trotz der ihm zustehenden Kontrolle über die Mittelbehörden, nicht nur bezüglich des Wahlmodus, sondern auch im Hinblick auf die Grenzen seines Wirkungskreises erhebliche Mängel aufwies. Zu einem Teil wurden sie durch eine zu enge Anlehnung der Gesetzgebung an das französische Recht hervorgerufen. Das halb französische, halb deutsche Rechtsgebilde, das auf diese Weise entstanden war, fügte sich in den Bau einer deutschen Staatsverwaltung nicht recht ein¹.

Vor allem wäre für die Landräte in den eigentlichen Kreisangelegenheiten ein etwas größeres Maß an Selbständigkeit zu wünschen gewesen. Aber so wie der König, fürchtete auch die Ständeversammlung, etwas von ihren Rechten zu verlieren. Die zweite Kammer war ängstlich bestrebt gewesen, daß ihr nicht durch die von ihr selbst begehrte Institution wichtige Budgetbefugnisse aus der Hand genommen wurden².

Was die Persönlichkeit König Ludwigs angeht, so hatte er sich als Kronprinz um das Zustandekommen und die Erhaltung der Verfassung außerordentliche Verdienste erworben, wachte jedoch nach seiner Thronbesteigung sorgsam über die Äußerlichkeiten des monarchischen Prinzips und enttäuschte die Hoffnungen, die die Freunde eines entschiedenen Liberalismus auf ihn gesetzt hatten.

Wie ein Refrain kehrt bei Ludwig der Satz wieder „Von den Rechten der Krone trete Ich keinen Zoll ab“³. Die Pariser Julirevolution im Jahre 1830 und ihre Folgeerscheinungen, die revolutionären Erhebungen in Belgien, Italien, Braunschweig, Kurhessen und Sachsen, nahmen dem König die Freude am Verfassungsleben. Er war besorgt, daß der Radikalismus auch in Bayern gestärkt und die Regierung gelähmt würde⁴.

¹ Seydel, a. a. O., III, S. 291.

² E. Franz, Bayerische Verfassungskämpfe, S. 117.

³ Doeberl, Ein Jahrhundert, S. 89.

⁴ Doeberl, Ein Jahrhundert, S. 76.

Ähnlich wie früher Montgelas schien er das Volk für eine Beteiligung an der Regierung nicht für reif zu halten. In dieser inneren Einstellung des Monarchen liegt zum Teil die Ursache, daß die Landräte in einem gewissen Sinn nur ein Zwittergebilde darstellten.

Maßgeblich trugen dazu auch die meist nur auf die Erringung persönlicher Vorteile basierenden Vorschläge und Abänderungswünsche einzelner Interessengruppen bei. Wie die über zehnjährige Vorgeschichte der Institution beweist, waren in den Beratungen die Fronten zwischen Regierung, Ministerium, 1. Kammer und 2. Kammer keineswegs klar abgegrenzt. Immer wieder erfolgte von der einen oder anderen Seite eine Änderung des Standpunktes, wobei oftmals sachlich nicht zu vertretende Argumente ins Feld geführt wurden. Auf diese Weise konnte naturgemäß nicht das beste Resultat erzielt werden.

Während man auf der einen Seite den Wirkungskreis der Landräte von Beginn an stark einengte, bürdete man ihnen auf der anderen Seite in dem Gesetz über die Ausschcheidung der Kreislasten von 1837 eine Reihe staatlicher Aufgaben auf, die in keinem Zusammenhang mit den speziellen Kreisinteressen standen⁵.

Die dadurch hervorgerufenen Mißstände und die Verwicklungen in der staatlichen Finanzverwaltung wurden erst durch das Gesetz vom 23. Mai 1846 beseitigt.

Das relativ eng begrenzte Betätigungsfeld der Landräte änderte aber nichts daran, daß sich diese neu geschaffene Institution schon in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens überall in Bayern im Kreis, bei dessen Regierung und auch der Staatsregierung gegenüber eine stets steigende Wirkung verschafft hat.

Recht eingehend befaßte sich in der Eröffnungsansprache anläßlich der Versammlung des Rezatkreises 1832 Regierungspräsident v. Stichaner mit dem Wirkungskreis der Landräte. Er wies darauf hin, daß das Land von seinen Vertretern in den Landratssitzungen einerseits Schutz gegen zu große finanzielle Lasten für Distrikte, Gemeinden und Privatpersonen fordere, daß aber andererseits an die selben Landratsmitglieder Ansprüche der verschiedensten Art gestellt würden, wie die Schaffung nützlicher Anstalten und die Unterstützung notleidender Bevölkerungsschichten. „Zwischen Kräften von so divergierenden Richtungen wird der Landrat sich wie ein Pendel bewegen und nie still stehen. Rechte Mittel, das Nützliche, Gute, Notwendige zu tun, müssen von ihm gesucht werden, dabei sind die Kräfte des Landes möglichst zu schonen“, sagte v. Stichaner.

Diese Ausführungen des Regierungspräsidenten sind deshalb besonders interessant, weil sie besser als der knapp gehaltene Gesetzestext den tatsächlichen landrätlichen Wirkungskreis umreißen und weil sich aus ihnen ergibt, daß die Regierung einer politischen Erziehung des Volkes zur Selbstverwaltung durchaus positiv gegenüberstand.

Der in den Versammlungen aller Kreise Jahr für Jahr aufs neue unter Beweis gestellte Wille des Volkes, sein Schicksal selbst mitzubestimmen, verschafft dem „historischen“ Landrat seinen bisher nicht immer im rechten Maße gewürdigten Platz in der bayerischen Geschichte.

Die Bestrebungen des Landrates, durch unablässige Bitten und Anträge für das Wohl und die oft fehlende Harmonie zwischen Regierung und Regierten zu sorgen,

⁵ Die den Kreisen in diesem Gesetz überwiesenen Lasten entsprachen ziemlich genau den „despenses departementales“ des französischen Rechtes. Vgl. Seydel, a. a. O., III, S. 289/290.

hatten nicht immer das gewünschte Ergebnis. Diese Feststellung kann aber den Wert und die Bedeutung der Landratsversammlungen nicht mindern.

Als kleine Parlamente von Sachkennern bildeten sie einen Damm gegen die Behördenwillkür und waren ein Sprachrohr der Bevölkerung. Alles in allem leistete der Landrat zu dem Aufbau eines modernen Staatsgebildes einen nicht zu unterschätzenden Beitrag.

QUELLEN UND LITERATUR

I. Handschriftliche Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (HStA M):

Abt. I: (Allgemeines Staatsarchiv): Akten des Königlichen Staatsrates Nr. 1848 und 2855.

Abt. II: (Geheimes Staatsarchiv) MA 1921, I. V. 5015.

Abt. III: (Geheimes Hausarchiv): ARO 19, ARO 42/Nr. 15 und 16, Blaue Schachteln XII/167, XXI/586.

Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg (StA N):

Akten der Regierung, Kammer des Innern, Abgabe 1932 Titel I b Nr. 226 ff (siehe Einzelaufstellung im Anhang).

Bayerisches Staatsarchiv Bamberg:

Akten des oberfränkischen Landrates.

II. Gedruckte Quellen

Amtsblatt für das königlich bayerische Gebiet auf dem linken Rheinufer 1817/18.

Bayerisches Gesetzblatt aus den Jahren 1817—1848.

Bayerisches Regierungs-Intelligenzblatt aus den Jahren 1807—1848.

Briefe des königlichen bayerischen Staatsministers v. Montgelas an Julie v. Zerzog, Regensburg 1853.

Corpus Constitutionum Marchicarum, 6 Teile, von Chr. v. Mylius, Berlin und Halle 1736.

Döllinger, Georg, Gesetzessammlung der im Gebiete der inneren Staatsverwaltung des Königreiches Bayern bestehenden Verordnungen, aus amtlichen Quellen geschöpft und systematisch geordnet. Band 1—33, München 1835—1854.

Fischer, Ferdinand, Übersicht über die in den Landratsprotokollen von 1829—1836 enthaltenen Verhandlungen und über die hierfür erfolgten Landratsabschiede, Band 1—3, Augsburg 1836.

Gesandtschaftsberichte aus München 1814—1848, bearbeitet von Anton Chroust, Abt. I: Die Berichte der französischen Gesandten, Band 1—2; Abt. II: Die Berichte der österreichischen Gesandten, Band 1—3; Abt. III: Die Berichte der preußischen Gesandten, Band 1—4.

Kreis- und Intelligenzblatt für den Rezatkreis (für Mittelfranken) von 1828—1848.

Landratsprotokolle und Landratsabschiede der verschiedenen bayerischen Kreise aus den Jahren 1829—1848, vornehmlich Protokolle und Abschiede des Rezatkreises (= Mittelfranken).

Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Band 5 und 10, Berlin 1869 und 1880.

Verhandlungen der Ständeversammlung aus den Jahren 1819—1848.

III. Literatur

- Amira*, Karl v., Grundriß des Germanischen Rechts, 3. Auflage, Straßburg 1913.
- Aretin*, Joh. Christ Freiherr v., fortgesetzt durch Rotteck Karl v., Staatsrecht der konstitutionellen Monarchie, Band 3, Altenburg 1824—1828.
- Aretin*, Karl Otmar Freiherr v., Der Sturz des Grafen Montgelas (in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, München 1957, Band 20, Heft 1).
- Balthasar*, A. v., Abhandlungen vom Ursprung, Amt und Recht, besonders der Wahl der Landräte im Herzogtum Pommern und Fürstentum Rügen, Greifswald 1752.
- Bayern*, Adalbert Prinz von, Max I Joseph von Bayern, München 1957.
- Böhler*, F., Der badische Bezirksrat, Dissertation Freiburg 1933.
- Bosl*, Karl — *Schreibmüller*, Hermann, Geschichte Bayern, 2. Band (Die Neuzeit), München 1955.
- Bornhak*, Conrad, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Berlin 1903.
- Dellbrück*, Hans, Der preußische Landrat, Historische und politische Aufsätze, Berlin 1887.
- Dereser*, Fritz, Der Landrat der Pfalz im Vormärz, Dissertation Mainz 1954 (Masch.schr.).
- Dereser*, Fritz, Der Landrat der Pfalz im 19. Jahrhundert (Kennwort „Donnersberg“), Preisausschreiben des Historischen Vereins der Pfalz, Speyer 1954 (Masch.schr.).
- Doeberl*, Michael, Entwicklungsgeschichte Bayerns, Band III, München 1931.
- Doeberl*, Michael, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918.
- Fester*, Richard, Franken und die Kreisverfassung, Würzburg 1906.
- Franz*, Eugen, Bayerische Verfassungskämpfe, München 1926.
- Gelpke*, Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Landratsamtes der preußischen Monarchie, Berlin 1902.
- Heffter*, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950.
- Hölzle*, Erwin, Die Idee einer altgermanischen Freiheit von Montesquieu, München und Berlin 1925.
- Isaaksohn*, S., Geschichte des preußischen Beamtentums, 3 Bände, Berlin 1874.
- Die Irrenanstalten des Kreises Mittelfranken, Denkschrift, herausgegeben vom Kreis Mittelfranken, Ansbach 1904.
- Kreittmayr*, Wiguläus Xaver Alois Freiherr v., Grundriß des allgemeinen, deutschen und bayerischen Staatsrechtes, München 1789.
- Kumpf*, Franz, Gesetzesstatistik von Mittelfranken, Ansbach 1839.
- Lang*, Karl Heinrich Ritter v., Memoiren des . . . , 2 Bände, Braunschweig 1842.
- Lempfrid*, Wilhelm, Die Anfänge des parteipolitischen Lebens in der politischen Presse in Bayern unter Ludwig I., Dissertation Straßburg 1912.
- Leupoldt*, Michael, Über wohlfeile Irrenanstalten, Erlangen 1824.
- Marx*, Werner, Die pfälzischen Abgeordneten im bayerischen Landtag, Dissertation München 1954 (Masch.schr.).
- Marx*, Werner, Die Geschichte des pfälzischen Landrats (Kennwort Trifels), Preisausschreiben des Historischen Vereins der Pfalz, Speyer 1954 (Masch.schr.).
- Moser*, Johann Jacob, Von der Teutschen Reichs-Stände Landen, Frankfurt u. Leipzig 1769.
- Moy*, Ernst v., Lehrbuch des bayerischen Staatsrechts, I. Teil, 2. Abteilung, Regensburg 1841.
- Pölnitz*, Max Freiherr v., Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und die Staatsaufsicht über dieselben in ihrer Entwicklung nach der Gemeindegesetzgebung des rechtsrheinischen Bayern seit König Maximilian I. Joseph, Dissertation Erlangen 1890.
- Rall*, Hans, Kurbayern in der letzten Epoche der alten Reichsverfassung 1745 bis 1801 (in: Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Band 45), München 1951.
- Raumer*, Adalbert v., Der Ritter von Lang und seine Memoiren, München und Berlin 1923.
- Renz*, Franz, Der bayerische Landtag von 1827/28, Dissertation München, Dingolfing 1928.
- Roll*, Ludwig, Aus der Geschichte der Landräte (in: Bayernland, 32. Jahrgang, München, 1920/21).
- Rotteck* Karl v., siehe unter *Aretin* J. C. Freiherr v.
- Sachs*, Lothar, Die Entwicklungsgeschichte des bayerischen Landtags in den ersten drei Jahrzehnten nach der Verfassungsgebung von 1818—1848, Würzburg 1914.

- Schlör, G.* v. Steuerreform in Bayern, Nördlingen 1881.
Schreiber, Rudolf, Vom Landrat zum Bezirksverband der Pfalz (in: Pfälzische Heimatblätter 1954 Nr. 1).
Schreibmüller, Hermann, siehe unter *Bosl, Karl*.
Seydel, Max, Bayerisches Staatsrecht, Band 3, München 1885.
Seydel, Max, Über Budgetrecht (in: Deutsche Zeit- und Streitfragen, Hamburg 1889).
Spindler, Max, Die Pfalz in ihrem Verhältnis zum bayerischen Staat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (in: Festgabe für Seine Königliche Hoheit Kronprinz Rupprecht von Bayern, München 1953).
Stenglein, J. G., Das definitive Grundsteuerekataster im Königreich Bayern, Erläuterungen, Bamberg 1855.
Stokar v. Neufohn, K., Handbuch der gesamten Finanzverwaltung im Königreich Bayern.
Völderndorff, Otto v., Civilgesetzstatistik des Königreiches Bayern, Nördlingen 1880.
Zimmermann, Ludwig, Die Einheits- und Freiheitsbewegung und die Revolution von 1848 in Franken, Würzburg, 1951 (in: Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte; Reihe IX, 9).
Zittel, Bernhard, Der geschichtliche Wert der Landratsprotokolle (in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 1955, Heft 3/4).

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München	= HStA M.
Abteilung I Allgemeines Staatsarchiv	= Abt. I
Abteilung II Geheimes Staatsarchiv	= Geh. StA
Abteilung III Geheimes Hausarchiv	= Geh. HA
Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg	= StA N.
Intelligenzblatt für den Rezatkreis	= I.B.
Berichte des österreichischen Gesandten	= Öst. Gb.
Berichte des französischen Gesandten	= Fr. Gb.
Berichte des preußischen Gesandten	= Pr. Gb.
Landrats-Gesetz	= LRG

ANHANG

Der (1.) Landrat des Rezatkreises für die Jahre 1829/30¹

I.

Klasse der Standesherrn und erblichen Reichsräte

1. Erblicher Reichsrat Carl Fürst v. Wrede
2. Erblicher Reichsrat Carl Graf v. Pappenheim

II.

Klasse der Universität Erlangen

3. Professor des Staatsrechts Dr. Friedrich Christ. Carl Schunck

III.

Klasse der adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit

4. Gutsbesitzer Karl Ludwig Freiherr v. Leonrod, lebenslänglicher Reichsrat und Appellationsgerichtsdirektor in Ansbach

¹ I.B. 1829, S. 1113.

5. Gutsbesitzer Karl Ludwig *Freiherr v. Buirette-Oehlefeld*
6. Gutsbesitzer Alfred Edebrecht *Graf v. Dürkheim-Montmartin*

IV.

Klasse der selbständigen Pfarrer

7. Der protestantische Pfarrer Dr. Friedrich Wilhelm *Faber*, Ansbach ²
8. Der protestantische Pfarrer Gotthold Immanuel *Seidel*, Nürnberg
9. Der katholische Pfarrer Dr. Anton *Blank*, Herrieden

V.

Klasse der Städte und Märkte

10. Dr. Friedrich *Campe*, Kunst- und Buchhändler, Nürnberg
11. Fabrikbesitzer Joh. Christ. Leonhard *Kindler*, Erlangen
12. Kaufmann Joh. Gottlieb *Krenkel*, Fürth
13. Kaufmann Joh. Sebastian *Leybold*, Rothenburg
14. Lederfabrikbesitzer und Magistratsrat Carl *Scheuning*, Ansbach
15. Apotheker Heinrich *Wolf*, Nördlingen

VI.

Klasse der Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit

16. Guts- und Tabakfabrikbesitzer Joh. Leonhard *Gedter*, Bruck b. Erlangen
17. Gutsbesitzer Johann Georg *Görl*, Diespeck
18. Mühl- und Gutsbesitzer Johann Georg *Kramer*, Hainsfahrt b. Oettingen
19. Quiescirender Regierungsdirektor und Gutsbesitzer Heinrich *Ritter v. Lang*, Ansbach
20. Papierfabrik- und Gutsbesitzer Johann Georg *Losdige*, Burgthann
21. Quiescirender Landgerichtsphysicus und Gutsbesitzer Dr. Anton *Mayer*, Herrieden
22. Guts- und Brauhausbesitzer Georg Leonhard *Reutner*, Vach
23. Gutsbesitzer Friedrich *Röder*, Enzlar (Landgericht Markt Bibart)
24. Postexpeditor und Gutsbesitzer Christoph *Schäfer*, Feuchtwangen
25. Gutsbesitzer Johann Heinrich *Scheiderer*, Neudorf (Landgericht Markt Erlbach)
26. Gutsbesitzer Michael *Trollmann*, Ammerbach (Landgericht Monheim)
27. Gutsbesitzer Joh. Wolfg. Christ. *Zumpf*, Markt Burgbernheim

Gewählt wurden von der Versammlung:

Als Präsident für die Sitzungsperiode 1829	<i>Ritter v. Lang</i>
1830	<i>Freiherr v. Leonrod</i>
Als Sekretär " " "	1829 <i>Prof. v. Schunck</i>
" " "	1830 <i>Prof. v. Schunck</i>

Der (2.) Landrat des Rezkreises für die Jahre 1831—1837 ¹

I.

1. Erblicher Reichsrat Carl *Fürst v. Wrede*
2. Erblicher Reichsrat Friedrich Ludwig *Graf v. Castell*

II.

3. Prof. Dr. *Koch*

III.

4. Gutsbesitzer Franz Georg *Freiherr v. Crailsheim*
5. Gutsbesitzer *Graf v. Pückler*
6. Gutsbesitzer *Freiherr v. Leonrod*

² Nach der Versetzung des Pfarrers *Faber* als Oberkonsistorialrat nach München rückte Pfarrer Gottlieb Albrecht *Lehmus*, Rothenburg, in den Landrat nach.

IV.

7. Der protestantische Pfarrer Ch. W. Götz, Ansbach
8. Der protestantische Pfarrer G. W. *Lehmus*, Rothenburg
9. Der katholische Pfarrer Melchior *Hotzelt*, Ansbach

V.

10. Magistratsrat Joseph *Wörsching*, Dinkelsbühl
11. Magistratsrat Sebastian *Beckh*, Schwabach
12. Kaufmann Lorenz Albrecht *Billing*, Fürth
13. Kaufmann Johann Tobias *Martius*, Erlangen
14. Magistratsrat Philipp *Neubauer*, Ansbach
15. Gerichtsassessor Joh. *Merkel*, Nürnberg

VI.

16. Kaufmann Johann Georg *Rupprecht*, Altdorf
17. Postexpeditor Moriz *Stöcker*, Langenfeld
18. Gutsbesitzer Conrad *Sauer*, Döckingen (LG Heidenheim)
19. Gastwirt Georg Heinrich *Amonsödörfer*, Schopfloch (LG Dinkelsbühl)
20. Mühlbesitzer Paul *Stein*, Riedfeld
21. Brauhausbesitzer Friedrich *Nebeleisen*, Herrieden
22. Gutsbesitzer Georg Leonhard *Berthold*, Emskirchen
23. Gastwirt Joh. Heinr. *Hörnlein*, Stadeln
24. Gastwirt Johann *Ebert*, Dennenlohe (LG Wassertrüdingen)
25. Gastwirt Joh. Michel *Herrlen*, Wassermungenau
26. Fabrikhaber Joh. Nikolaus *Adam*, Hemhofen
27. Brauhausbesitzer Stephan *Dorner*, Offenbau

Die Präsidenten:	1831 Graf v. <i>Pückler</i>	Sekretär: <i>Merkel</i>
	1833 I. Graf v. <i>Pückler</i>	<i>Merkel</i>
	1833 II. Prof. <i>Koch</i>	<i>Merkel</i>
	1834 Prof. <i>Koch</i>	<i>Merkel</i>
	1835 Prof. <i>Koch</i>	<i>Merkel</i>
	1836 Prof. <i>Koch</i>	<i>Merkel</i>

Folgende personelle Veränderungen waren im Landrat bis 1836 zu verzeichnen:

1. Nachdem *Martius* als Ersatzmann in die Abgeordnetenversammlung rückte, wurde der Gastwirt Philipp *Eckard*, Neustadt, zum Landrat ernannt.
2. Für *Beckh* trat ab 20. Dezember 1832 Carl *Ungerland*, Bürgermeister in Windsheim, ein (I.B. 1832, S. 2143).
3. Als *Ungerland* die passive Wahlfähigkeit nach § 22 LRG verloren hatte, wurde am 8. Februar 1833 Johann Thomas *Hetzner*, Bürgermeister in Gunzenhausen, in den LR berufen (I.B. 1833, S. 259).
4. *Freiherrn v. Leonrod* wurde am 2. Februar 1833 auf Grund des § 22 LRG die Entlassung aus dem LR bewilligt und an seine Stelle rückte der Gutsbesitzer Johann Jacob v. *Wahler*, Oberbürg (I.B. 1833, S. 311).
5. Albert *Billing* wurde am 3. Juli aus dem LR entlassen. Seinen Platz nahm der Kaufmann Johann Conrad *Sörgel*, Hersbruck, ein (I.B. 1833, S. 1509).
6. An Stelle des verstorbenen L. *Berthold* wurde am 31. Oktober 1833 der Mühlbesitzer Lorenz *Schlicht* auf dem Franzenhammer in den LR berufen (I.B. 1833, S. 1877).
7. Am 10. Januar 1834 wurde der Gerichtsassessor Daniel *Wiß* zum LR ernannt (I.B. 1834, S. 119).
8. Am 18. Februar 1834 wurden als Landräte berufen: a) Chr. Karl v. *Harsdorf*, 2. Bürgermeister von Nürnberg; b) Gutsbesitzer und Landwehrmajor Friedr. *Freiherr v. Eyb* (I.B. 1834, S. 355).
9. Am 28. August 1834 wurde der Landwirt Lorenz *Schnitzlein*, Weißenburg, zum LR ernannt. Wer vor diesen Ernennungen unter 7.—9. aus der Landratsversammlung ausgeschieden ist, geht aus den Akten nicht hervor.

Der (3.) Landrat von Mittelfranken für die Jahre 1837–1843 ¹

I.

1. Erblicher Reichsrat Carl Graf v. Pappenheim
2. Erblicher Reichsrat Josef Freiherr v. Würtzburg

II.

3. Prof. Dr. Koch

III.

4. Gutsbesitzer Franz Georg Freiherr v. Crailsheim
5. Gutsbesitzer Ludwig Freiherr v. Buirette-Oehlefeld
6. Gutsbesitzer Christ. Wilh. Carl Freiherr Krefß v. Krefenstein

IV.

7. Der protestantische Pfarrer Johann Adam Lehmus, Rothenburg
8. Der protestantische Pfarrer Christ. Wilhelm Götz, Ansbach
9. Der katholische Pfarrer Melchior Hotzelt, Ansbach

V.

10. Magistratsrat Johann Matthias Lodter, Ansbach
11. Kaufmann Johann Caspar Schmidt, Erlangen
12. Kaufmann Johann Christian Biberbach, Nürnberg
13. Kaufmann Friedrich Wild, Fürth
14. Weingastgeber Joseph Geyer, Eichstätt
15. Bierbrauer Johann Georg Bühler, Weißenburg

VI.

16. Kaufmann Karl Jung, Uffenheim
17. Bierbrauer Johann Georg Ebert, Dennenlohe (LG Markt Erlbach)
18. Bierbrauer Heinrich Leidig, Leutershausen
19. Bierbrauer Leonhard Meyer, Kipfenberg
20. Maurermeister Johann Andreas Gehauf, Ipsheim
21. Mühlenbesitzer Johann Georg Förstner, Schniegling
22. Gastwirt Friedrich Wilhelm Hauselt, Feuchtwangen
23. Bierbrauer Johann Michael Rohm, Lichtenau
24. Bierbrauer Johann Friedrich Rückel, Altmannshausen
25. Papierfabrikant G. Friedrich Volkert, Oberfichtenmühle
26. Gastwirt Friedrich Anton Rottinger, Ellingen
27. Bierbrauer Michael Dörner, Thalmässing

Die Präsidenten:	1837/38 Prof. Koch	Sekretär: Götz
	1839 Prof. Koch	Götz
	1840 Prof. Koch	Schnizlein
	1841 Prof. Koch	Schnizlein
	1842 Prof. Koch	Schnizlein

Personelle Veränderungen:

1. Am 19. Dezember 1838 kam für den verstorbenen Freiherrn v. Crailsheim Karl v. Harsdorf in den LR (I.B. 1838, S. 703).
2. Am 8. Mai 1840 wurden für die in die Kammer der Abgeordneten berufenen bisherigen Landratsmitglieder Krefß v. Krefenstein, Lodter und Götz neu ernannt: Hauptmann á la suite Rudolf Freiherr v. Oefele, Illesheim; Pfarrer Friedrich Schnizlein, Ansbach; Bierbrauer Wilhelm Prottegeier, Altdorf (I.B. 1840, S. 283).

¹ I.B. 1838, S. 95. Es handelt sich hierbei um den nach der Neueinteilung des Königreiches ernannten Landrat. Von der Aufführung des zunächst 1837 gewählten Landrats, der jedoch überhaupt nicht in Aktion trat (siehe I.B. 1837, S. 1033), wurde abgesehen, Vgl. S. 44.

3. Am 23. April 1841 rückten an die Stelle von *Lehmus Pfarrer* Heinrich Friedrich *Esper*, Feuchtwangen und an die Stelle von *Hotzelt Stadtpfarrer* Ignaz *Königsdörfer*, Ornbau (I.B. 1841, S. 276).
4. Ausgeschieden sind am 1. November 1843 *Wild, Rohm, Meyer* und *Gehauf*. Dafür kamen neu in den Landrat: Lebküchner Johann Carl *Roth*, *Windsheim*; Gastwirt Michael *Herrlen*, Wassermungenau; Müller Johann Konrad *Hubinger*, Schneemühle und Müller Johann Georg *Weidner*, Geretsmühle (I.B. 1843, S. 478).
5. Am 27. November 1843 trat für *Rottinger* der Bierbrauer Conrad *Memmert*, Bruck bei Erlangen ein (I.B. 1843, S. 524).
6. Die Stelle der verstorbenen K. v. *Harsdorf* blieb in Ermangelung eines Ersatzmannes unbesetzt (allgem. Protokoll 1844, S. 6).

Der (4.) Landrat von Mittelfranken für die Jahre 1844—1846 ¹

I.

1. Erblicher Reichsrat Carl *Graf v. Pappenheim*
2. Erblicher Reichsrat Ludwig *Graf v. Rechtern-Limpurg*

II.

3. Prof. Dr. *Eduard Schmidlein*

III.

4. Gutsbesitzer Ludwig *Freiherr v. Buirette-Oehlefeld*
5. Gutsbesitzer Gottlieb *Freiherr v. Tucher*
6. Gutsbesitzer Sigmund Samuel *Freiherr Haller v. Hallerstein*

IV.

7. Der katholische Pfarrer Johann *Pflaum*, Ansbach
8. Der protestantische Pfarrer Heinrich Friedrich *Esper*, Feuchtwangen
9. Der protestantische Pfarrer Ludwig Julius *Stadelmann*, Leutershausen

V.

10. Gerichtsassessor Christian *Biberbach*, Nürnberg
11. Apotheker Friedrich Wilhelm *Rau*, Ansbach
12. Bürgermeister Wilhelm *Langguth*, Hersbruck
13. Bierbrauer Wilhelm *Prottengeier*, Altdorf
14. Poststallmeister Josef *Geyer*, Eichstätt
15. Lebküchner Karl *Roth*, Windsheim

VI.

16. Mühlbesitzer Georg *Förstner*, Schniegling
17. Gastwirt Michael *Herrlen*, Wassermungenau
18. Bierbrauer Philipp *Rückel*, Altmannshausen
19. Bierbrauer Michael *Dorner*, Thalmässing
20. Bierbrauer Heinrich *Leidig*, Leutershausen
21. Gastwirt Wilhelm *Haußelt*, Feuchtwangen
22. Mühlbesitzer Georg *Weidner*, Gerasmühle
23. Bierbrauer Georg *Schneider*, Burgbernheim
24. Papierfabrikant Constantin *Bullinger*, Kinding
25. Posthalter Friedrich *Polland*, Pleinfeld
26. Chemiker Wilhelm *Seewald*, Hochholz
27. Posthalter Karl *Kober*, Uffenheim

¹ I.B. 1844, S. 243.

Die Präsidenten:	1844	I	<i>Freiherr v. Buirette</i>	Sekretär:	<i>Schmidlein</i>
	1844	II	<i>Freiherr v. Buirette</i>		<i>Freiherr v. Tucher</i>
	1845		<i>Freiherr v. Buirette</i>		<i>Freiherr v. Tucher</i>

Der (5.) Landrat von Mittelfranken für die Jahre 1846—1852¹

I.

1. Erblicher Reichsrat Carl Graf v. Pappenheim
2. Erblicher Reichsrat Ludwig Graf v. Rechtern-Limpurg

II.

3. Prof. Dr. *Schmidlein*

III.

4. Gutsbesitzer Sigmund *Freiherr Haller v. Hallerstein*
5. Gutsbesitzer Ludwig *Freiherr v. Buirette-Oehlefeld*
6. Gutsbesitzer Eduard *Freiherr v. Crailsheim*

IV.

7. Der katholische Pfarrer Friedrich *Thinnes*, Eichstätt
8. Der protestantische Pfarrer Heinrich *Esper*, Feuchtwangen
9. Der protestantische Pfarrer Julius *Stadelmann*, Leutershausen
10. Kaufmann Christian *Biberbach*, Nürnberg
11. Bierbrauer Wilhelm *Prottegeier*, Altdorf
12. Apotheker Carl *Biedele*, Eichstätt
13. Bierbrauer Michael *Humbser*, Fürth
14. Lebküchner Carl *Roth*, Windsheim
15. Kaufmann Wilhelm *Staudinger*, Weißenburg

VI.

16. Tafernwirt Paul *Lederer*, Thalmässing
17. Müllermeister Conrad *Hubinger*, Schneemühle (LG Markt Erlbach)
18. Bierbrauer Friedrich *Leuchs*, Lichtenau
19. Bierbrauer Conrad *Memmert*, Bruck b. Erlangen
20. Müllermeister Christian *Hauck*, Wittelshofen
21. Papierfabrikant Paul *Blümelein*, Penzendorf
22. Müllermeister Carl *Hauck*, Zirndorf
23. Bierbrauer Georg *Schneider*, Burgbernheim
24. Bierbrauer Georg *Sammeth*, Weidenbach
25. Gutsbesitzer Ferdinand *Andreae* auf der Freihardt (LG Heidenheim)
26. Gutsbesitzer Leonhard *Ulherr*, Altensittenbach (LG Hersbruck)
27. Papierfabrikant Constantin *Bullinger*, Kinding

Die Präsidenten:	1846	<i>Freiherr v. Buirette</i>	Sekretär:	<i>Schmidlein</i>
	1847	<i>Freiherr v. Buirette</i>		<i>Schmidlein</i>

Personelle Veränderungen:

Am 9. Dezember 1847 trat für *Thinnes* der Pfarrer Ignatz *Königsdörfer*, Ornbau ein (I. B. 1847, S. 550).

Die Regierungspräsidenten des Rezatkreises bzw. von Mittelfranken:

- 1826—1832 *Arnold v. Mieg*
1832—1838 *Franz Joseph Edler v. Stichaner*
1838—1840 *Reichsgraf v. Giech*

¹ I. B. 1846, S. 350.

1840—1847 Anton Freiherr v. Andrian Werburg
 1847—1849 Karl Freiherr v. Welden

Regierungsakten über den mittelfränkischen Landrat in der Zeit von 1828—1848 im Bayerischen Staatsarchiv Nürnberg: Regierung, Kammer des Innern, Abgabe 1932 Tit. I b.

Jahr	Nr.	
1822	226	Einführung und 1. Wahl der Landräte.
1828	242	I und II Die Wahlen der Landräte.
	243	Wahl der Landräte aus d. Kl. der adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit
	244	Städte und Märkte
	245	Standesherrn und erbl. Reichsräte
	246	Universität Erlangen
	247	Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit
	248	selbständigen protestantischen Pfarrer
	249	selbständigen katholischen Pfarrer
1829	274	Die Ernennung und Einberufung der Mitglieder des LR im Jahr 1829
	275	I. u. II. Die Landratsverhandlungen
1830	288	Einberufung und Verhandlungen des Landrats
	300	Wahl der Landräte für 1831
	302	Wahl der Landräte aus d. Kl. der Standesherrn und erbl. Reichsräte
	303	adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit
	304	Städte und Märkte
	305	Universität Erlangen
	306	Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit
	307	katholischen Pfarrer
	308	protestantischen Pfarrer
1831	321	I und II Einberufung und Verhandlung der Landräte
1832	331	Die Landratsverhandlungen 1832—1833
1833	337	1833—1834
1834	347	1834—1835
1835	357	1835—1836
1836	364	Wahl der Landräte aus d. Kl. d. Standesherrn und erbl. Reichsräte
	365	adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit
	366	Städte und Märkte
	367	Universität Erlangen
	368	Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit
	369	katholischen Pfarrer
	370	protestantischen Pfarrer
	371	Wahl der Landräte
1837	381	Erneuerte Wahl der Landräte
	382	Erneuerte Wahl d. Landr. aus d. Kl. d. Standesherrn u. erbl. Reichsräte
1837	383	Erneuerte Wahl der LR aus d. Kl. d. Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit
	384	Städte und Märkte
	385	Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit
	386	katholischen Pfarrer
	387	protestantischen Pfarrer
	388	Universität Erlangen
1838	389	Landratsverhandlungen 1837—1839
1839	411	1839—1840
1840	432	1840—1841
1841	433	1841—1842
1842	489	1842—1843
1843	505	1843—1844
1844	512	1844—1845
1844	513	Wahl der Landräte und Ernennung 1844
	514	Wahl d. LR aus d. Kl. d. Standesherrn und erbl. Reichsräte

Jahr	Nr.	
	515	Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit
	516	Städte und Märkte
	517	Wahl der Landräte
	518	Wahl der Landräte
	519	Wahl der Landräte
	520	Wahl der Landräte
	521	Wahl der Landräte
	522	Wahl der Landräte
	525	Wahl der Landräte
1845	539	Landratsverhandlungen 1845—1846
1846	556	Wahl d. LR und Ernennung 1846
	557	Wahl d. LR aus d. Kl. der Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit
	558	Standesherrn und erblichen Reichsräte
	560	Städte und Märkte
	561	Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit
	562	katholischen Pfarrer
	563	protestantischen Pfarrer
	564	Universität Erlangen
1847	565	Landratsverhandlungen 1846—1847
1848	577	1847—1848

Lebenslauf

Ich wurde am 17. März 1930 in Wien geboren. Nach dem Besuch von Volksschulen in Wien, Berlin und Nürnberg trat ich in die Ohm-Oberrealschule Erlangen ein. Das Abitur legte ich 1949 an dem Realgymnasium in Nürnberg ab.

Im Wintersemester 1949/50 begann ich das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Erlangen, das ich 1955/I mit dem ersten juristischen Staatsexamen abschloß.

Sofort nach dem bestandenen ersten Staatsexamen trat ich im November 1955 in den bayerischen Referendardienst ein. Nach Absolvierung der vorgeschriebenen 3¹/₂jährigen Ausbildung legte ich 1959/I das zweite juristische Staatsexamen ab.

Nachdem ich schon während meiner Referendarzeit als Schüler von Herrn Professor D. Dr. Liermann mit der Bearbeitung der Dissertation über den „Bayerischen Landrat von 1828“ begonnen hatte, beendete ich nach Abschluß des zweiten Staatsexamens die Arbeit.

